



3 | 2003

56. Jg., 6.–7. KW, 14. Februar 2003

ifo Schnelldienst

Kommentar

Egon Hölder

- Änderungen der Altersrentenversicherung:
Rentenbemessung nach Kinderzahl?

Forschungsergebnisse

Uwe Chr. Täger

- Ladenschluss – wieder kein endgültiges Ende?

Daten und Prognosen

Volker Rußig

- Baukonjunktur in Europa: Warten auf den Aufschwung

Annette Weichselberger

- Westdeutsche Industrie: 2003 Erhöhung der Investitionen

Oscar-Erich Kuntze

- Dänemark: Allmähliche Konjunkturerholung

Im Blickpunkt

Wolfgang Nierhaus

- Zur gesamtwirtschaftlichen Preisentwicklung

Hans G. Russ

- ifo Konjunkturtest Januar 2003

ifo Schnelldienst ISSN 0018-974 X

Herausgeber: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.,
Poschingerstraße 5, 81679 München, Postfach 86 04 60, 81631 München,
Telefon (089) 92 24-0, Telefax (089) 98 53 69, E-Mail: ifo@ifode.de.

Redaktion: Dr. Marga Jennewein.

Redaktionskomitee: Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn, Prof. Dr. Gebhard Flaig,
Thomas J. Darcy, Dr. Gernot Nerb, Dr. Wolfgang Ochel,.

Dr. Heidemarie C. Sherman, Dr. Martin Werding.

Vertrieb: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Erscheinungsweise: zweimal monatlich.

Bezugspreis jährlich:

Institutionen EUR 225,-

Einzelpersonen EUR 96,-

Studenten EUR 48,-

Preis des Einzelheftes: EUR 10,-

jeweils zuzüglich Versandkosten.

Layout: Pro Design

Satz und Druck: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):

Nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars.

Kommentar

Notwendige Änderungen der Altersrentenversicherung als soziale Infrastruktur der Marktwirtschaft

Rentenbemessung nach Kinderzahl

3

Egon Hölder

In seinen Ausführungen zu einer Rentenreform, die die Rentenbemessung in Zusammenhang mit der Kinderzahl definiert, unterstützt *Egon Hölder*, Präsident des Statistischen Bundesamtes a.D., einen von Prof. Hans-Werner Sinn entwickelten Vorschlag zum Umbau der Altersrentenversicherung.

Forschungsergebnisse

Der deutsche Ladenschluss – und wieder kein endgültiges Ende?

Ein Kommentar

8

Uwe Chr. Täger

Die Bundesregierung plant wieder eine Erweiterung der Ladenöffnungszeiten. Aus handelsforscherischer Sicht wäre dies zu begrüßen. Die Liberalisierung des Handelsgesetzes hat zwar die Strukturpolitik im Einzelhandel etwas beschleunigt, die wesentlichen Einflussfaktoren für die Veränderungen liegen aber an der allgemeinen Wettbewerbsverfassung, die zu einer rückläufigen Entwicklung der Beschäftigung im Einzelhandel und zu einem vermehrten Ausscheiden von kleineren, inhabergeführten Einzelhandelsunternehmen geführt haben. Eine weitere Liberalisierung der gesetzlichen Ladenschlusszeiten würde vor allem diejenigen kleineren Einzelhandelsunternehmen, die ihre Verkaufsläden in sog. Szenevierteln betreiben, spürbar begünstigen, was auch zu einer Stärkung der Wettbewerbsposition und der langfristigen Existenz dieser stark personengeprägten Unternehmen führen würde.

Daten und Prognosen

Baukonjunktur in Europa: Banges Warten auf den Aufschwung

Weitere Ergebnisse der 54. EUROCONSTRUCT-Winterkonferenz 2002

11

Volker Rußig

Das europäische Bauvolumen stagnierte 2002 bei rund 953 Mrd. €, und auch 2003 ist in Europa noch nicht mit dem Überwinden der Konjunkturlaute im Bausektor zu rechnen. Für 2004 und im Ausblick auf 2005 kann nach den Prognosen des EUROCONSTRUCT-Netzwerkes (mit dem ifo Institut als deutschem Partner) von einem moderaten Anstieg des Bauvolumens in Europa ausgegangen werden, der etwa über + 1% und rund + 2% betragen dürfte. Das reale Bauvolumen erreicht 2005 mit etwa 990 Mrd. € einen neuen Spitzenwert. Zur absoluten Zunahme um rund 38 Mrd. € (2002 bis 2005) steuern Großbritannien und Spanien allein rund 28 Mrd. € bei. Deutschland hält hingegen mit seinem großen Gewicht den Anstieg der Bautätigkeit in Europa weiter dicht am Boden, da die Baurezession auch 2003 noch nicht überwunden und für 2004 kaum mehr als Stagnation erwartet wird. Solange dieser bedeutende Bauleistungsmarkt nicht wieder größere Dynamik entfaltet, wird es in Westeuropa schwerlich einen kräftigeren Bauaufschwung geben können. Mitteleuropa dürfte schon 2003 wieder auf einen steilen Wachstumspfad mit überproportionaler Ausweitung der Bautätigkeit einschwenken. Von einer stärkeren Synchronisierung der Baukonjunktur in Europa kann also noch keine Rede sein.

Westdeutsche Industrie: Nach Rückgang 2002 in diesem Jahr Erhöhung der Investitionen Die neuen Ergebnisse des ifo Investitionstests

23

Annette Weichselberger

Wie die aktuellen Ergebnisse des ifo Investitionstests zeigen, hat das westdeutsche verarbeitende Gewerbe seine Investitionen im letzten Jahr erstmals seit 1994

wieder gekürzt. Nach einer vom ifo Institut durchgeführten Sonderumfrage Mitte letzten Jahres hat jedes dritte Unternehmen seine Investitionsabsichten bereits im Laufe des ersten Halbjahres nach unten revidiert. Als Hauptgründe wurden hierfür die allgemeine konjunkturelle Entwicklung und die damit verschlechterte Auftragslage genannt. Insgesamt gesehen hat die westdeutsche Industrie 2002 rund 5% weniger in neue Bauten und Ausrüstungsgüter investiert als 2001. Nach den Plänen der Unternehmen werden die Investitionen 2003 wieder zunehmen. So beabsichtigen 55% der Unternehmen ihre Investitionsausgaben 2003 zu erhöhen, während 32% weniger als im letzten Jahr investieren wollen. Rund 13% wollen gleichviel wie in 2002 investieren. Es ist damit zu rechnen, dass die westdeutsche Industrie 2003 um fast 5% mehr investieren wird als im letzten Jahr. Vorrangiges Investitionsziel ist die Ersatzbeschaffung. Im Durchschnitt ist in diesem Jahr knapp ein Drittel des Investitionsbudgets für Ersatzbeschaffungen vorgesehen. Mit einem Anteil von 25% stehen Erweiterungsinvestitionen an zweiter Stelle, gefolgt von Rationalisierungsmaßnahmen mit 20%.

Dänemark: Allmähliche Konjunkturerholung auf solider Wirtschaftsbasis

28

Oscar-Erich Kuntze

Nach der konjunkturellen Verlangsamung 2001 haben sich Nachfrage und Produktion in Dänemark 2002 wieder lebhafter erhöht. Das reale Bruttoinlandsprodukt hat um 1¹/₂% zugenommen. Auf dem Arbeitsmarkt blieb die Lage günstig. Die Arbeitslosenquote lag im Jahresdurchschnitt bei 4¹/₄%. Die Lebenshaltungskosten stiegen um 2,4%. 2003 dürfte das reale BIP um fast 1¹/₂% expandieren. Auf dem Arbeitsmarkt verändert sich die Lage nicht, und die Arbeitslosenquote dürfte wieder bei 4¹/₄% liegen. Die Konsumentenpreise erhöhen sich im Jahresdurchschnitt um rund 2¹/₄%. 2004 wird das BIP um 2¹/₄% steigen. Die Arbeitslosenquote dürfte reichlich 4% und die Preissteigerung 2% betragen.

Im Blickpunkt

Zur gesamtwirtschaftlichen Preisentwicklung

37

Wolfgang Nierhaus

Der Preisindex des Bruttoinlandsprodukts (BIP-Deflator) ist einer der wichtigsten Inflationsindikatoren im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Er misst die Preisentwicklung der gesamten von der Wirtschaft erbrachten Produktionsleistung. Im vergangenen Jahr zeigte sich eine bemerkenswerte Divergenz zwischen der Entwicklung des BIP-Deflators und der Preisentwicklung der Teilkomponenten des Bruttoinlandsprodukts. So stieg der Preisindex des BIP mit 1,8% kräftig an, während die Preisindizes der Endnachfrage (Konsum, Bruttoinvestitionen und Exporte) deutlich geringere Raten aufwiesen und der Importpreisindex sogar rückläufig war. Der vorliegende Beitrag zeigt, wie der BIP-Deflator berechnet wird und wie die Ergebnisse zu interpretieren sind.

ifo Konjunkturtest Januar 2003 in Kürze

39

Hans G. Russ

Das Geschäftsklima in der Gewerblichen Wirtschaft hat sich – nach sieben Monaten der konjunkturellen Abkühlung – wieder geringfügig verbessert. Neben den Erwartungen tendierte auch die Geschäftslage leicht nach oben. In den neuen Bundesländern hellte sich das Geschäftsklima zum zweiten Mal in Folge auf, obwohl sich die Lagebeurteilung etwas verschlechterte. Die Klimabesserung ist allerdings noch kein Indiz für eine konjunkturelle Wende.

Notwendige Änderungen der Altersrentenversicherung als soziale Infrastruktur der Marktwirtschaft

Rentenbemessung nach Kinderzahl

Hans-Werner Sinn hat in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 14. Januar 2003 ein »heißes« – weil in der Öffentlichkeit immer wieder verdrängtes – Thema angepackt, nämlich den Zusammenhang zwischen der Bereitschaft, Kinder in die Welt zu setzen und sie zu tüchtigen Erwachsenen großzuziehen auf der einen Seite und der Gewissheit, im Alter eine auskömmliche Rente als Lebensgrundlage zu bekommen auf der anderen Seite. Und er hat logische Konsequenzen aus seinen offensichtlich richtigen Erkenntnissen gezogen. Seine Korrekturvorschläge setzen bei einer wichtigen Ursache der Rentenproblematik und bei deren Verursachern an: Die künftige Rente soll bei jedem Rentenbezieher dessen persönliche und finanzielle Leistungen für das Entstehen der unausweichlich notwendigen nachfolgenden Erwerbsgeneration als Beitrag eigener Art berücksichtigen und honorieren: »Rente nach Kinderzahl«. Der Generationenvertrag wird damit gerechterweise individualisiert.

Der Vorschlag hat ein lebhaftes Echo hervorgerufen, im Kreis der Betroffenen, am Arbeitsplatz, in der Gesellschaft noch mehr, als in der veröffentlichten Meinung. Dabei ist natürlich meist die persönliche Lebenssituation Ausgangspunkt der Meinungsbildung. Aber Sinn hat recht. Sein empirisch gestützter Vorschlag löst die Spannung zwischen rein individuellen Wünschen und den Notwendigkeiten der Gesellschaft als der Gesamtheit von Individuen. Äsops Fabel von der Ameise und der Grille zeigt, dass die Vorsorge für die Zukunft, wie auch immer gestaltet, seit jeher eine notwendige Beschränkung des »in den Tag hinein Lebens« bedeutet.

Die politische Diskussion greift mittlerweile über diese Zusammenhänge hinaus und bezieht auch Sachverhalte aus der Staatsorganisation, wirtschaftspolitische Grundüberzeugungen, bloße Neidkomplexe, tagessbezogene Finanzpolitik und lebensferne Ideologien ein.

Das Thema ist aber von großer politischer und insbesondere wirtschaftspolitischer Relevanz und Dringlichkeit. Es sollte da-

her möglichst nicht mit weiteren Problemen belastet, sondern möglichst bald so gelöst werden, dass sowohl die älteren künftigen Rentner als auch die jungen Erwerbstätigen, bei denen der Rentenbeginn noch in der Ferne liegt, Vertrauen fassen und sich ganz der Verbesserung unserer Wirtschaft in der globalen Konkurrenz widmen können. Die Altersrente ist ohnehin ein wichtiger Teil der sozialen Komponente unserer Marktwirtschaft, zu der uns unsere Verfassung verpflichtet. Ihre Erhaltung und Weiterentwicklung sollte aber zugleich auch der Wirtschaftsentwicklung selbst dienen.

Die nachfolgenden Ausführungen unterstützen die Vorschläge von Sinn, greifen weitere Fragen auf und versuchen, die aktuellen Probleme für die Breitendiskussion unter den Entscheidern und den Versicherten weiter aufzubereiten.

Die Altersrente zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik

Im Meinungsstreit um eine erfolgversprechende Arbeitsmarktpolitik wird auch die Sicherheit »der Rente« diskutiert und um die sachgerechte Lösung – kollektiv oder individuell – gestritten. Dabei werden oft nur die Beiträge der Wirtschaft als Lohnnebenkosten problematisiert. Diese sollen nach unterschiedlichen Rezepten verringert und um den Arbeitgeberbeitrag gekürzt werden. Zum Ausgleich werden andere Finanzierungen erwogen. Das beginnt mit der Forderung nach »mehr Eigenverantwortung für den einzelnen Menschen« – was wohl heißen soll, dass jeder seine Beiträge aus eigenem Einkommen bezahlt – und reicht bis zur Übernahme auf öffentliche Haushalte, also auf Steuermittel. Die Auswirkungen der damit geforderten Systemänderungen auf die Lebensmöglichkeiten der Lohnabhängigen, auf die künftige Lage der alten Menschen, auf die Binnenwirtschaft wegen der dramatischen Verringerung der Nachfrage aus dem Bereich der Senioren und auf den Staat durch vermehrte An-



Egon Hölder*

* Egon Hölder war von 1983 bis 1992 Präsident des Statistischen Bundesamtes.

sprüche auf Sozialleistungen müssen aber sorgfältig bedacht werden.

Die Altersvorsorge ist eine soziale Notwendigkeit für den größten Teil des Volkes. Sie ist auch für die Wirtschaft schon jetzt und erst recht künftig ein bedeutender Faktor; denn nur real ausreichende Renteneinkünfte sichern auch in Zukunft den jetzt schon interessanten Teilmarkt mit den immer zahlreicher werdenden Senioren. Zudem führt der Zweifel an der Sicherheit und an der ausreichenden Höhe der künftigen Altersbezüge auch bei jüngeren Leuten zu Kaufzurückhaltung und zu unzweckmäßigen, aber vermeintlich sicheren Geldanlagen.

Das bei der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage an sich so gewichtige Argument der Notwendigkeit, die Arbeitsplatznebenkosten zu senken, erweist sich bei näherer Betrachtung für die Alterssicherung nicht als wirklich entscheidungserheblich. Die Arbeitsplatznebenkosten sind nämlich für den Arbeitgeber Arbeitskosten und für den Arbeitnehmer gesetzlich angeordnete Nebeneinkünfte aus seinem Arbeitsverhältnis. Würde der Arbeitgeberbeitrag entfallen, käme auf den Arbeitnehmer eine Verdoppelung seiner Sozialabgaben zu. Diese Last wäre für die meisten Arbeitnehmer, die im Wesentlichen nur von ihrem Arbeitseinkommen leben, nicht zu tragen. Die Gewerkschaften müssten und würden mit Sicherheit einen Ausgleich in den Lohnstarfen fordern und vermutlich auch voll durchsetzen. Im Ergebnis würden die bisherigen Nebenkosten zu normalen Arbeitskosten und die kalkulatorische Ausgangslage der Arbeitgeber wäre kaum verändert. Der Verwaltungsaufwand bei den Versicherern würde jedoch erheblich ansteigen und verteuern wirken.

Ähnliches gilt auch für die Rente aus Steuermitteln. Da nicht ernsthaft mit Einsparungen in gleicher Höhe in den Haushalten gerechnet werden kann, wären Steuererhöhungen die notwendige Folge. Und auch sie trafen die Wirtschaft.

Eine vertrauenerweckende Lösung des riesigen Problems ist ohnehin nicht durch einen Austausch der Systeme, also durch Flucht in die private Versicherungswirtschaft zu finden. Dem stünde u.a. schon die Unmöglichkeit der Gewährleistung real (!) ausreichender Renten in ferner Zukunft für die volle Lebenszeit unter Einbeziehung auch so großer Risiken wie Geldwertentwicklung, politische Veränderungen usw. entgegen. Demgegenüber ist in das dynamisierte Umlagesystem die Währungsklausel und damit die real fortgeschriebene Rentenleistung schon vom Verfahren her eingebaut.

Lösungsweg: Beibehaltung aber Korrektur der Sozialversicherung

Die Lösung ist daher die Beibehaltung, aber kritische Überprüfung und geregelte Fortschreibung des jetzigen Versiche-

rungssystems. Dazu gehören die Erkennung und Beseitigung langjähriger Fehlentwicklungen sowie Rationalisierung und Modernisierung der Versicherung. Aber auch im Staat und in der Gesellschaft Deutschlands, in der Einstellung der Menschen zu ihren Aufgaben und Pflichten gegenüber der Gemeinschaft, an die sie Ansprüche auf Schutz und Hilfe stellen, sind Änderungen notwendig. Die Bundesrepublik Deutschland ist nach ihrer Verfassung ein Sozialstaat und verpflichtet, dem in Not geratenen Bürger zu helfen (Sozialhilfe). Im Interesse der Gerechtigkeit in der Gesellschaft müssen der Gesetzgeber und die Exekutive dafür sorgen, dass jeder, der kann, durch Beiträge den Anspruch auf die Rente erwirbt, damit er nicht später ähnliche Leistungen erhält, ohne zuvor das Nötige zur Eigensicherung getan zu haben.

Daher sollen im Folgenden unter Nutzung der bisherigen Erfahrungen und der Einsichten in die Zukunftsentwicklung Schlüsse auf die notwendigen Veränderungen gezogen werden.

Erfahrungen mit der Sozialversicherung

Die Sozialversicherung, insbesondere die Alterssicherung der Arbeitnehmer hat sich in über einem Jahrhundert in Deutschland bewährt. Sie hat entscheidend dazu beigetragen, dass

- nach zwei Weltkriegen, in denen Deutschland unterlegen ist,
 - nach zwei massiven Geldentwertungen,
 - nach der weitgehenden Zerstörung unseres Landes im zweiten Weltkrieg und
 - nach der Vertreibung von Millionen Deutschen aus ihrer Heimat in die spätere Bundesrepublik
- dennoch
- die soziale Not in Grenzen gehalten und
 - der Neuaufbau von Staat und Wirtschaft in relativer sozialer Ruhe in Angriff genommen werden konnte.

Diese Versicherung hat schon in Friedenszeiten dafür gesorgt, dass in unserer Massengesellschaft der arbeitende Mensch seinen Lebensabend in finanzieller Sicherheit verbringen konnte, wie es ihm nur mit eigenständigen Vorsorgemaßnahmen nicht möglich gewesen wäre. Und auch die unkalkulierbaren, unermesslichen Lebensrisiken, wie die großen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umwälzungen nach den Kriegen, haben viele frühere Besitzer von Vermögen – Aktien, Reichsanleihen und sonstige Wertpapiere, Lebensversicherungen, mündelsichere Anlagen, Grundbesitz usw. – viel schlechter überstanden als diejenigen, die Anspruch auf Sozialrente hatten.

Damit hat die Rentenversicherung nicht nur positive Auswirkungen auf die Lebensführung der einzelnen Rentner erbracht, sondern auch eine erhebliche politische und fi-

nanzielle Bedeutung für den Staat und die Kommunen gewonnen: Den öffentlichen Haushalten blieben und bleiben Sozialleistungen erspart, die ohne die Verpflichtung zur Altersvorsorge mit Sicherheit in großem Umfang auf sie zugekommen wären. Das soziale Klima war durch die sichere Altersvorsorge entspannt.

Die Altersrentenversicherung hat aus demütigen Armen durch solidarische Eigenleistung und staatliche Garantie finanziell gesicherte, selbstbewusste Bürger gemacht. Ein früher viel bewundertes Ergebnis deutscher Sozialpolitik mit großer Bedeutung für das Funktionieren unserer Demokratie und – auch wegen der Kaufkraft – für die Wirtschaft.

Ist die Rente noch sicher?

Erst seit einiger Zeit schwächt sich das Vertrauen in die Sicherheit der Rente ab. Den heutigen Beitragszahlern wird eingeredet, dass sie trotz der jetzigen Leistungen später keine oder doch keine ausreichende Rente beziehen können.

Für diese Meinung gibt es allerdings sachliche Gründe: Seit längerem wurden die Rechtsgrundlagen nicht an erhebliche Veränderungen der Ausgangslage angepasst. Das muss ohne Verzug nachgeholt werden.

Daneben wirkt natürlich auch die Werbung für konkurrierende privatwirtschaftliche Versicherungen auf die Meinungsbildung ein.

Maßstäbe für die notwendigen Entscheidungen

Die Entscheidungen über die künftige Entwicklung der Alterssicherung müssen folgende Punkte berücksichtigen:

- real angemessene Rente auf Lebenszeit nach dem Ablauf eines normalen Berufslebens, nach Leistung der Beiträge und nach Erfüllung der allgemeinen und sonstigen Bedingungen sicher zu erwarten,
- grundsätzliche Versicherungspflicht der Arbeitnehmer und Mitfinanzierungspflicht der Arbeitgeber,
- Finanzierung grundsätzlich solidarisch durch die Versicherten und die Arbeitgeber, Garantieleistung des Staates nur in bestimmten Ausnahmefällen,
- Ausschluss der Finanzierung versicherungsfremder Leistungen,
- evt. Einschluss anderer Einkommensbezieher zur Vermeidung späterer Sozialhilfe, wenn Zusatzbelastungen für die Versicherung vermieden werden können,
- Selbstverwaltung, Staatsaufsicht, Transparenz durch Publikation von Ausgaben und Einnahmen,
- keine Einbeziehung funktionierender anderer Systeme zur Altersvorsorge,

- regelmäßige Beobachtung und Bewertung der realen Entwicklung und der vorhersehbaren Fehlentwicklungen und Störfaktoren durch eine unabhängige Kommission von drei Wissenschaftlern.

Ideelle Grundlagen der umlagefinanzierten Altersrentenversicherung

Ausgangsmodell Bauernhof

In vielen Gesellschaften dieser Erde wird seit langem der Lebensunterhalt der alt gewordenen Menschen durch ihre Kinder gesichert. So war auch in Deutschland die Erbfolge in den bäuerlichen Betrieben seit langem Teil der Alterssicherung, von der die Alten lebten und auf die die aktiven Bauern hoffen durften: Drei Generationen waren beteiligt. Die Erwerbsgeneration bewirtschaftete den Hof und erwirtschaftete den Lebensunterhalt der Eltern, die als vorausgegangene Generation auf dem Altenteil saßen. Gleichzeitig zog die Erwerbsgeneration aus ihrem Einkommen auch die Kinder auf, aus denen als der nachfolgenden Generation der nächste Hoferbe und damit der nächste Garant des Unterhalts des gegenwärtigen Bauern und künftigen Altenteilers kommen würde. Es kam also darauf an, in der nachfolgenden Generation Erben zu haben.

Dieses Prinzip besteht noch heute: Die Rentner leben – gewissermaßen auf dem Altenteil – von der nachfolgenden Generation. Diese ist jetzt aktiv tätig und muss neben dem eigenen Einkommen auch die Rente für die Elterngeneration – Arbeitsplatznebenkosten (!) – und dazu auch den Unterhalt der eigenen Kinder erwirtschaften.

Nutzen und Lasten des Systems rollieren durch die Generationen.

Neu ist aber, dass immer mehr Rentner ausschließlich von den Kindern der anderen leben wollen und sich der eigenen Beteiligung am Aufbau der notwendigen nächsten Erwerbsgeneration durch gewollte Kinderlosigkeit entziehen. Ca 130 000 legale Abtreibungen im Jahr in Deutschland machen auch in diesem Zusammenhang nachdenklich. Wer den Nutzen (Altersrente) haben möchte und sich um eine der beiden Lasten drückt, handelt unsolidarisch und unfair und beeinträchtigt persönlich die Grundlage der gemeinsamen Alterssicherung.

Ursachen der Schwierigkeiten der Altersrentenversicherung

Jede Versicherung muss die Ausgaben, zu denen sie verpflichtet ist, aus Einnahmen oder aus Beständen leisten. Das Umlageverfahren muss dieser Wechselwirkung Rechnung tragen und Leistungen und Einnahmen entsprechend an-

passen. Dies ist in wichtigen Punkten bisher unterblieben, obwohl die amtliche Statistik, die Bevölkerungswissenschaft und viele Rentenfachleute seit langem auf die Fehlentwicklungen und die daraus zu erwartenden Folgen hingewiesen haben.

Hauptursache der Rentenprobleme ist die demographische Entwicklung.

- a) Die dramatische Verringerung der Geburtenzahlen mit der Folge, dass in entsprechendem zeitlichen Abstand später die Erwerbsgeneration weniger Menschen und damit weniger potentielle und reale Beitragszahler umfasst als die Vorgängergeneration. Damit wird die Zahl der Menschen, auf die dann die Lasten verteilt werden müssen (und können) geringer und folglich die Last für jeden Einzelnen höher.
- b) Der erhebliche Anstieg der Lebenserwartung. Das bedeutet, dass heute viele Menschen viel länger leben und damit viel mehr Rente im Laufe ihres Lebens beziehen, als das früher der Fall war. Diese Entwicklung wird sich voraussichtlich – und hoffentlich – fortsetzen. Damit steigen aber auch der Geldbedarf für die Rente und die Belastung des Systems.

Das geänderte Erwerbsverhalten wirkt sich aus.

- c) Viele Berufsanfänger beginnen die Berufsausübung deutlich später, als das früher üblich war, und verkürzen damit die Beitragsleistung.
- d) Viele Berufstätige beenden ihre Berufstätigkeit deutlich vor Erreichen der regulären Altersgrenze (Frührentner, Vorruhestand) und verkürzen damit nicht nur die Beitragsleistung, sondern verlängern zugleich die Dauer des Rentenbezugs.

Weitere Belastungen:

- e) Hohe Arbeitslosigkeit vermindert den Beitragseingang. Die Arbeitslosigkeit muss verringert und das brachliegende Potential an Arbeitskraft wertschaffend genutzt werden mit Rückwirkung auf die Versicherung – Vergl. ifo Schnelldienst Nr. 12/2002,
- f) Versicherungsfremde Leistungen, sie müssen überprüft und aus anderen Quellen finanziert werden.

Die vorgenannten Störungen des Umlagesystems führen insgesamt zur Unterdeckung der jetzigen und der künftigen Verpflichtungen. Sie müssen beseitigt oder ausgeglichen werden.

Ist das Rentenrecht schon seit Jahren verfassungswidrig?

Genauere Betrachtung der o.g. Probleme ergibt, dass die gegenwärtige Rentenregelung schon seit Jahren in wichtigen Teilen unfair und ungerecht und bei korrekter Wertung

der Vernachlässigung wichtiger Unterschiede wohl auch rechtswidrig und sogar verfassungswidrig geworden ist.

Das System der Altersrente im Umlageverfahren beruht – wie oben dargestellt – auf der jeweiligen Dreigenerationen-Verbindung. Das Funktionieren dieses Systems ist nur gewährleistet, wenn jede Generation ihre jeweilige Aufgabe wenigstens einigermaßen erfüllt. Praktisch bedeutet dies nicht nur für die Erwerbsgeneration insgesamt, sondern auch für jedes Mitglied derselben, dass zwei Verpflichtungen erfüllt werden müssen, nämlich zum einen die Leistung des Finanzbeitrags für die Rentner – was auch mit einer angemessenen Lebensarbeitszeit zusammenhängt – und zum anderen auch ein Beitrag zur ausreichenden Stärke der Nachfolgeneration durch Zeugung, Geburt und Aufzucht eigener Kinder. Die finanziellen Aufwendungen für mehrere Kinder dürften zumindest in den entscheidenden Jahren höher sein als die Beiträge zur Versicherung.

Die letztere Verpflichtung – die auch Übernahme gewichtiger finanzieller Lasten bedeutet – ist im Gesetz nicht ausdrücklich genannt, ihre Erfüllung ist aber auf das Ganze gesehen absolute Voraussetzung für die Möglichkeit, später Rente zu zahlen (und zu erhalten) – *conditio sine qua non*. Wer nicht mitwirkt am Aufbau der neuen Generation, sollte deshalb im Prinzip später jedenfalls nicht die volle Rente erhalten. Die in der Öffentlichkeit als notwendige Folge des Geburtenrückganges vorgeschlagene allgemeine Kürzung der Renten würde hingegen alle treffen: Die Versicherten mit und die ohne Kinder gleichermaßen. Damit würde aber durch Verletzung der Solidarität in der Generation neues Unrecht dem bestehenden hinzugefügt. Statt dessen muss auch innerhalb der Generationen das Verursacherprinzip gelten.

Vorschlag: Kinder – Voraussetzung für die Zahlung der vollen Rente

Daher wird vorgeschlagen, beide Voraussetzungen für den künftigen Rentenbezug als Leistungsvoraussetzungen in das Gesetz aufzunehmen. Zweckmäßig wäre es, die Rente zunächst ungefähr wie bisher zu berechnen, dann aber dem kinderlosen Versicherten nur 50% des errechneten Betrages als Rente zuzuerkennen. Die andere Hälfte sollte von der Kinderzahl abhängen. Die volle Rente sollte erst ab dem dritten Kind pro Ehepaar (= 1,5 Kindern bei Einzelpersonen) anfallen. Die Zwischenstufen sollten 60% bei einem Kind (= 0,5) und 75% bei zwei Kindern (= 1) sein.

Diese Regelung würde nicht nur zur Lösung des konkreten Versicherungsproblems beitragen, sondern auch die Einsicht in die Zwangsläufigkeit natürlicher Zusammenhänge fördern. Das besonders früher für die Landbevölkerung selbstverständliche Bewusstsein, dass Kinder auch einen unmittelbaren Schutz für das eigene Alter bedeuten, würde

auch wieder Eingang in die Entscheidung für oder gegen Kinder gewinnen. Die Geburtenrate dürfte danach merklich ansteigen. Es würde zugleich das Bewusstsein geweckt, dass auch in der Demokratie der Einzelne nicht nur Rechte gegen, sondern auch Pflichten für die im Staat organisierte Gemeinschaft hat.

Die Regel sollte zunächst ab einem sehr nahen Zeitpunkt für die Zukunft gelten. Übergangsbestimmungen müssten regeln, ab welchem Lebensalter bei Inkrafttreten des Gesetzes die neuen Vorschriften gelten (zu erwägen etwa 50 Jahre beim Mann, 40 Jahre bei der Frau bei voller Anrechenbarkeit späterer Geburten).

Rentenbeginn unter 65 nur noch bei zwingenden Gründen

Eintritt in die Rente sollte regelmäßig erst zu dem dafür vorgesehenen Lebensalter geschehen und nicht ohne zwingenden Grund schon früher. Damit wird ein weiterer echter Beitrag zur Gerechtigkeit in der Generation geleistet, denn es wurde von denen, die bis zum Endtermin arbeiteten, doch als Ärgernis empfunden, wenn sich ein Teil der Versicherten mit Tricks einen früheren Rentenbeginn erschleicht und sich auf Kosten der Gemeinschaft dem *dolce far niente* hingibt. Sollte bis zum regulären Rentenbeginn keine Arbeit zu finden sein, wäre der Versicherte solange als Arbeitsloser zu behandeln.

Wenn nach Ausschöpfung der Arbeitszeit bis zum regulären Rentenbeginn bei den meisten Versicherten eine Finanzlücke bei der Altersrentenversicherung bestehen bleibt, wird die Altersgrenze später maßvoll erhöht werden müssen, um die Stärke der Erwerbsgeneration an die Notwendigkeiten anzupassen. In der vorhergehenden Diskussion wird dann den Betroffenen und der Öffentlichkeit deutlich zu machen sein, dass darin keine Schlechterstellung im Vergleich zur Regelung früherer Jahrzehnte zu sehen ist, sondern im Gegenteil die selbstverständliche Folge der sehr erfreulichen Tatsache, länger leben zu dürfen als frühere Generationen. Ein oder zwei weitere Jahre der Arbeit als Teil der neu gewonnenen Lebenszeit sind dann ein solidarischer Beitrag zur Bewältigung der daraus entstehenden Kosten.

Verbleibender Regelungsbedarf

Die vorgeschlagene Einführung der Kinderzahl als Grundlage der Leistungsgewährung kann bei der Langfristbetrachtung das Vertrauen der Versicherten sehr schnell erhöhen und verbessern, wird sich in den Zahlen aber erst mittelfristig auswirken. Die Umgestaltung der Arbeitslosenversicherung, wie im ifo Schnelldienst Nr. 12/2002 angeregt, würde direkt und indirekt auch in der Altersrentenversicherung zur Ent-

spannung beitragen. Deshalb sollten diese beiden Regelungen zur Zukunftssicherung angekündigt und überlegt aber rasch geschaffen werden.

Die Chance sollte genutzt werden, die Altersrentenversicherung insgesamt zu überprüfen und bei Berücksichtigung ihrer Besonderheiten auf eine gesunde Basis nach Versicherungsgrundsätzen zu stellen.

Dazu gehört die Überprüfung der versicherungsfremden Leistungen und derjenigen Versicherungsleistungen, die ohne ausreichende versicherungsübliche Grundlage jetzt oder später erbracht werden. Für diese Leistungen wird die Fortdauer oder Beendigung bzw. eine andere Finanzierungsgrundlage erwogen werden müssen. Da ein großer Teil dieser Probleme aus Kriegsfolgen und der Wiedervereinigung Deutschlands und aus politischen und humanitären Erwägungen herrührt, werden sogar Verhandlungen mit der EU zu führen sein, damit diese Aufwendungen nicht auch noch erhebliche Strafzahlungen wegen Überschreitung des Verschuldungslimits nach sich ziehen. Deutschland ist hinsichtlich der neuen Bundesländer noch immer in der Lage eines Beitrittslandes aus dem früheren Ostblock.

Selbstverständlich müssen auch Rationalisierungsnotwendigkeiten und -möglichkeiten erkundet und genutzt werden.

Bei einer solchen Renovierungsoffensive muss auch das Umfeld beachtet werden. Dazu gehören Gesellschaftspolitik, Familienpolitik, kommunale Daseinsvorsorge, Rechtswesen und das Werben für eine aufgeschlossene kinderfreundliche Lebenseinstellung.

Fazit

Eine große umfassende Versicherung kann die sozialen Probleme des Lebens im Alter im Umlageverfahren lösen. Sie durch privatrechtliche Lebensversicherungen abzulösen erscheint nicht möglich. Versicherungspflicht, Garantie des realen Schutzes (Währungssicherheit), Anpassung an neue Situationen zur Vermeidung allgemeiner Armut usw. sind wohl nur so zu erreichen.

Für die Wirtschaft bleibt aber das interessante Gebiet der zusätzlichen Versicherung von Arbeitnehmern mit dafür ausreichendem Einkommen, von Angehörigen und sonstigen Personen. Für die Wirtschaft bleibt die von der Sozialversicherung gesicherte Kaufkraft und das soziale Klima eines ausreichenden Wohlstandes.

Der Beitrag ist auszugsweise in englischer Sprache im CESifo Internet Forum auf unserer Website www.cesifo.de zu finden.

Der deutsche Ladenschluss – und wieder kein endgültiges Ende?

Ein Kommentar

8

Uwe Chr. Täger

Die Bundesregierung plant im Rahmen ihrer Reformaktivitäten wieder einmal eine Erweiterung der Ladenöffnungszeiten am Samstag bis 20.00 Uhr. Einige Bundesländer (wie Hamburg, Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt, Sachsen) schlagen über den Bundesrat sogar eine vollständige Aufhebung der werktäglichen Ladenöffnungszeiten vor. Vornehmlich die Gewerkschaft ver.di als Vertretung des Verkaufspersonals im Einzelhandel plädiert für eine Beibehaltung der derzeitigen Ladenschlusszeiten, um u.a. das Verkaufspersonal vor den Belastungen überlanger abendlicher Öffnungszeiten zu schützen und auch dem Vordringen von großflächigen Betriebstypen des Einzelhandels Einhalt zu gebieten.

Auch wenn sich die Debatte der Ladenschlusszeiten infolge der unterschiedlichen Wertung der Betroffenheit in den verschiedenen Bevölkerungsgruppen weitgehend einer rationalen Diskussion entzieht, so soll doch noch einmal ein erneuter Versuch einer differenzierenden Argumentation aus handelsforscherischer Sicht unternommen werden.

Es wird in der derzeitigen Debatte grundsätzlich übersehen, dass bei der Kodifizierung des damaligen Ladenschlussgesetzes im Jahr 1956 die bestimmenden politischen Zielsetzungen, nämlich einen umfassenden Arbeitsschutz vor zu langen Arbeitszeiten und die Gewährung einer zusammenhängenden Ruhe- bzw. Arbeitspause für das Verkaufspersonal gesetzlich zu verankern, im Verlauf der letzten 40 Jahre von zahlreichen und speziellen Gesetzeswerken des Arbeitnehmerschutzes übernommen wurden und viel wirkungsvoller wahrgenommen werden, als dies das derzeitige Ladenschlussgesetz vermag.

Das oft als »Grundgesetz des Arbeitnehmerschutzes« titulierte Ladenschlussgesetz hat daher seine ordnungspolitische Funktion des Schutzes des Verkaufspersonals vor allem deshalb im Alltag verloren, weil die Organisation und Planung der sehr individuellen Arbeitszeiten des Verkaufspersonals in den verschiedenen Typen von Verkaufsstellen im Einzelhandel sich nicht mehr nach dem Beginn oder dem Ende der Ladenöffnungszeiten orientieren. Die sehr unterschiedlichen Arbeitszeiten des Verkaufspersonals werden z.B. häufig nach der Frequenz der Kunden im Verlauf des Tages in Zusammenarbeit mit dem Personal und der Arbeitnehmervertretung festgelegt, d.h. es gibt keine Entsprechung mehr zwischen den Ladenöffnungszeiten der Verkaufsstellen im Einzelhandel auf der einen Seite und den Arbeitszeiten der unter-

schiedlichen Gruppen von Verkaufspersonal in den verschiedenen Betriebstypen des Einzelhandels (wie kleine und mittlere Fachgeschäfte, Verbraucher- und Fachmärkte, Discountgeschäfte) auf der anderen Seite. Diese Fiktion der Synchronisierung von Ladenöffnungszeiten und Arbeitszeiten des Verkaufspersonals ist durch die hohe Strukturdynamik im Einzelhandel in den letzten 30 Jahren nicht mehr vorhanden.

Auch wenn es im Verlauf des nächsten Jahres zu einer weiteren, schleichenden Liberalisierung oder zu einer völligen Aufhebung der werktäglichen Ladenschlusszeiten kommen sollte, so würden diese Aktivitäten zu keiner spürbaren Änderung der Marktstrukturen des Einzelhandels führen. Mit der Verlängerung der Ladenöffnungszeiten bis 20.00 Uhr am 1. November 1996 von Montag bis Freitag hat sich die sog. Strukturdynamik im Einzelhandel zwar geringfügig beschleunigt, die wesentlichen Einflussfaktoren für die unverändert hohe Strukturdynamik in der deutschen Distribution liegen aber nicht in den verschiedenen Bereichen der handelsrelevanten Liberalisierung wie die Öffnungszeitregelungen, sondern in der allgemeinen Wettbewerbsverfassung und der daraus resultierenden Leitmaxime des störungsfreien Leistungswettbewerbs in der Warendistribution.

Die strukturellen Wirkungen einer Verlängerung des gesetzlichen Ladenschlusses werden generell überschätzt. Es sind viel-

fach andere Kernfaktoren des Distributionswettbewerbs, die z.B. zu einer rückläufigen Entwicklung der Beschäftigung im Einzelhandel oder zu einem vermehrten Ausscheiden insbesondere von kleineren, inhabergeführten Einzelhandelsunternehmen aus dem Wettbewerb geführt haben. Die Wirkungsintensität eines liberalisierten Ladenschlusses auf die Wettbewerbsdynamik im Einzelhandel ist weitaus geringer als z.B. der Markteintritt marktstarker ausländischer Einzelhandelsunternehmen in den deutschen Markt oder der von den großen Markenherstellern oder marktführenden Handelsunternehmen forcierte und stark werbegestützte Preiswettbewerb.

Ein zunehmender Teil der jüngeren Konsumenten – vor allem in den Ballungsräumen – nutzt und fordert die abendlichen Öffnungszeiten, um in den von ihnen präferierten Läden z.B. in den sog. Szenevierteln auch zu ungewöhnlichen Zeiten »shoppen« gehen zu können. Darüber hinaus bevorzugt eine zunehmende Zahl von erwerbstätigen Verbrauchern eindeutig die verlängerten Ladenöffnungszeiten am Abend. Ein immer größer werdender Anteil von Nahrungsmitteln wird von den Berufstätigen in SB-Lebensmittelmärkten und -Verbrauchermärkten mit Öffnungszeiten bis 20.00 Uhr eingekauft. Dies gilt insbesondere für Food-Geschäfte, die sich durch einen wohnortnahen Standort mit günstigen Parkplatzmöglichkeiten auszeichnen und einen bequemen Einkauf in Form eines tiefen und breiten Sortiments mit attraktivem Frischwarenangebot bieten. Viele dieser SB-Lebensmittelmärkte konnten in den letzten Jahren u.a. infolge ihrer abendlichen Öffnungszeiten ihre Umsätze merkbar erhöhen

Über 20.00 Uhr hinausreichende abendliche Ladenöffnungszeiten werden keine oder nur minimale Umsatz- oder Marktanteilsverlagerungen zwischen den konkurrierenden kleineren und größeren Verkaufsstellen oder Betriebsformen zur Folge haben. Zum einen werden nur sehr wenige großflächige Geschäfte bzw. großflächige Betriebstypen des Einzelhandels länger als 20.00 Uhr öffnen, da die abendlichen Zuschläge auf die Lohnentgelte des Verkaufspersonals die Personal- bzw. Betriebskosten der sog. Verkaufsbereitschaft am späten Abend stark erhöhen werden, d.h. die großflächigen und öffnungsaktiven Geschäfte geraten mit Öffnungszeiten über 20.00 Uhr hinaus in eine spürbare Kostenfalle. Im Fall einer vollständigen Aufhebung der gesetzlichen Ladenschlusszeiten an Werktagen werden daher nur sehr wenige großflächige Verbraucher- bzw. Fachmärkte oder SB-Warenhäuser oder City-Warenhäuser ihre Pforten öffnen. Allerdings werden diese wettbewerbsaktiven Verkaufsstellen zu besonderen Ereignissen abendliche Öffnungszeiten verstärkt anbieten (wie in der Vorweihnachtszeit oder zu Stadtfesten).

Es wird in den nächsten Jahren zweifelsohne zu einer Erhöhung von Einzelhandelsumsätzen in den verschiedenen

Typen von innerstädtischen und außerstädtischen Einkaufszentren und sonstigen agglomerativen Standortlagen des Einzelhandels kommen. Infolge ihrer gestiegenen Angebotsattraktivität, aber auch ihrer verlängerten abendlichen und samstäglichen Ladenöffnungszeiten werden sie eine hohe Sogwirkung insbesondere auf die jüngeren und mobilen Konsumenten ausüben. Dabei werden zweifelsohne diejenigen Einkaufszentren an Marktterrain gewinnen, die einen interessanten Branchen- und Sortimentsmix sowie eine günstige Anbindung an den öffentlichen und an den Individualverkehr bieten. Die über 20.00 Uhr hinaus verlängerten Ladenöffnungszeiten werden vermutlich zu einer Verstärkung der Attraktivität von derartigen Einzelhandels-Agglomerationen führen.

Die Bedeutung derartiger Großzentren wird in den nächsten Jahren aber auch zunehmend davon abhängen, inwieweit es dem jeweiligen Center-Management gelingt, auch kleinere, stark personengeprägte Verkaufsläden in derartige Zentren wirkungsvoll einzubinden. Der Besatz mit gleichartigen Filialgeschäften mit ihren einheitlichen Warenprofilen birgt die Gefahr der Uniformität in sich. Um dieser zu begegnen, werden sich die Einkaufszentren mehr und mehr um notwendige »Farbtupfer« in ihren Waren- und Outlet-Angeboten kümmern müssen. Es ist zu vermuten, dass auch der strenge und vertraglich verankerte Gleichklang von abendlichen Ladenöffnungszeiten dann ins Wanken kommt, wenn dadurch die langfristige Existenz der inhabergeführten Geschäfte in diesen Zentren gefährdet wird. Dieser Gleichklang ist in vielen Einkaufszentren schon bei den morgendlichen Öffnungszeiten nicht mehr gewahrt, um Personalkosten zu sparen.

Der damals im Jahr 1956 für das Ladenschlussgesetz zu bejahende Gesetzestenor, nämlich der schon erwähnte Schutz des Verkaufspersonals vor zu langen Arbeitszeiten und vor Arbeitszeiten an Sonn- und Feiertagen, ist – wie schon erwähnt – im Verlauf der letzten 30 Jahre mehr und mehr von anderen, stärker wirkenden Arbeitnehmerschutzgesetzen abgelöst worden. Darüber hinaus kann das im Handel schon weit verbreitete Instrument der Betriebsvereinbarung dafür viel effizienter genutzt werden, z.B. älteres Verkaufspersonal oder alleinerziehende Verkäuferinnen vor überlangen und spätabendlichen Arbeitszeiten wirksam zu schützen, da diese Betriebsvereinbarungen die speziellen Gegebenheiten »vor Ort« viel besser und umfassender als die starren Regeln des Ladenschlussgesetzes berücksichtigen können.

Eine weitere Liberalisierung der gesetzlichen Ladenschlusszeiten insbesondere in den »späteren« Abendzeiten wird vor allem von denjenigen kleineren Einzelhandelsunternehmen mehr und mehr gefordert und gewünscht, die ihre Verkaufsläden in sog. Szenevierteln (wie in den sog. Altstädten) haben, in denen insbesondere am Abend und

in Ferienzeiten eine hohe Frequenz von auswärtigen bzw. ausländischen Besuchern herrscht. In diesen Kleinstläden mit z.T. sehr unterschiedlichen und innovativen Waren- und Leistungsprofilen sind meist keine abhängigen Beschäftigten tätig. Diese vorwiegend inhabergeführten Verkaufsstellen, die schon standort- und leistungsprofilbedingt nicht in direkter Konkurrenz mit den kleinen und mittleren Unternehmen des Facheinzelhandels oder mit den großflächigen Betriebstypen der Großunternehmen des Einzelhandels stehen, würden in ihren Wettbewerbsaktivitäten durch flexibler handhabbare Ladenschlusszeiten spürbar begünstigt, was auch zu einer Stärkung der Wettbewerbsposition und der langfristigen Existenz dieser stark personengeprägten Unternehmen führen könnte.

Wenn es auch zurzeit nicht danach aussieht, dass der Anachronismus eines gesetzlich geregelten Ladenschlusses vollständig aufgehoben oder beseitigt wird, so sollten doch die in der Diskussion gemachten Aussagen über die Wirkungsintensität eines weiter liberalisierten Ladenschlusses umfassender und differenzierter überprüft und objektiviert werden (vgl. Täger et al. 1995; Täger 2000). Der deutsche Einzelhandel mit seiner weltweit anerkannten Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit sowie Vielfalt an kleineren und größeren Geschäfts- und Betriebstypen würde sich im Zuge einer spürbaren und radikalen Liberalisierung der gesetzlichen Ladenschlusszeiten noch stärker den Bedürfnissen der Konsumenten öffnen können. Auch auf diese Weise kann der Einzelhandel dazu beitragen, die oft beklagte Kaufzurückhaltung vieler Konsumenten in den nächsten Jahren merkbar zu stimulieren. Dabei geht es nicht um eine Ausweitung der effektiven Öffnungszeiten und Minderung des Arbeitsschutzes des Verkaufspersonals, sondern um mehr Flexibilität in der Leistungsbereitschaft der Einzelhandelsverkaufsstellen und um eine verbrauchergerechte Verschiebung der »Öffnungszeitenfenster« insbesondere auch für kleinere, sehr personengeprägte Einzelhandelsgeschäfte.

Literatur

- Täger, U.Chr., K. Vogler-Ludwig, S. Munz (1995), *Das deutsche Ladenschlußgesetz auf dem Prüfstand*, Berlin und München.
Täger, U.Chr. et al. (2000), *Effekte der Liberalisierung des deutschen Ladenschlußgesetzes auf den Einzelhandel und auf das Verbraucherverhalten. Eine empirische Bestandsaufnahme*, München.

Noch im Frühsommer vorigen Jahres waren die EUROCONSTRUCT-Prognosen für die Bautätigkeit in Europa von vorsichtigem Optimismus geprägt: Die Talsohle sollte 2002 erreicht werden; ab 2003 wurde eine zunächst moderate, sich ab 2004 beschleunigende Erholung der Baukonjunktur erwartet. Die 54. EUROCONSTRUCT-Konferenz, die im Dezember 2002 vom ifo Institut in München organisiert wurde, brachte eine deutliche Revision der Vorausschätzungen nach unten: Das reale Bauvolumen in Europa ist im abgelaufenen Jahr kaum größer gewesen als 2001 (rund 952 Mrd. € bzw. etwas über 953 Mrd. €), und auch für 2003 wird nur wenig mehr als Stagnation erwartet. Erst für 2004 und im Ausblick auf 2005 ergibt sich aus der Zusammenfassung der 19 Länderprognosen eine leichte Belebung der Baukonjunktur, der Expansionspfad des europäischen Bauvolumens bleibt jedoch flach (2002 bis 2005: Zunahme um knapp + 4% auf fast 990 Mrd. €).

Auch Irland und Portugal haben im Zeitraum 2002 bis 2005 ein insgesamt leicht schrumpfendes Bauvolumen zu erwarten, aber Deutschland zieht mit – 6 Mrd. € (rund – 3%) mit großem Abstand am stärksten nach unten. Solange es im Bausektor der größten europäischen Volkswirtschaft nicht wieder aufwärts geht, werden von der Bautätigkeit keine spürbaren Impulse für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Europa ausgehen. Der Wachstumsbeitrag des Bauvolumens erreicht aber – bei großen Unterschieden auch zwischen den übrigen Ländern – im gesamten Prognosezeitraum immerhin knapp 38 Mrd. €. Vor allem im Wohnungsbau setzt sich der Rückgang 2003 im dritten Jahr in Folge fort, aber auch der Nichtwohn(hoch)bau wird sich wohl erst ab 2004 deutlicher von der Talsohle lösen; im Tiefbau ist eine Fortsetzung der kontinuierlichen Expansion zu erwarten.

Verhalten optimistische EUROCONSTRUCT-Prognosen der Bautätigkeit in Europa ...

In dem bereits 1975 gegründeten und seitdem immer enger geknüpften und verstärkten europäischen Forschungs- und Beratungsnetzwerk EUROCONSTRUCT arbeiten Institute mit spezifischem Know-how im Bausektor aus 15 westeuropäischen sowie aus vier mittelosteuropäischen Ländern zusammen. Weitere Länder, z.B. die baltischen Staaten sowie Japan und Korea, werden »nachrichtlich« einbezogen oder in Spezialstudien einzelner Partnerinstitute behandelt.¹ Das ifo Institut für Wirtschaftsforschung ist Gründungsmitglied und seit über 25 Jahren deutsches Partnerinstitut dieses Netzwerkes; für Deutschland gilt also: EUROCONSTRUCT ist das ifo Institut.

Den Kern der EUROCONSTRUCT-Aktivitäten bilden die an wechselnden Orten in Europa veranstalteten Halbjahres-Konferenzen²; zu denen »dezentral« jeweils differenzierte Vorausschätzungen nach einheitli-

chem Muster sowie informative Analysetexte erstellt werden. Außerdem werden Spezialstudien zu den längerfristigen Perspektiven und zu strukturellen Entwicklungen im europäischen Bausektor für (private und staatliche) nationale Auftraggeber und für internationale Organisationen angefertigt.

Die Aktivitäten von EUROCONSTRUCT werden von den *Nutzern* der Analysen und Prognosen finanziert. Das Interesse dieser Nutzer gilt einer möglichst breiten Abgrenzung bei gleichzeitig starker Differenzierung sämtlicher Wert- und Mengenvariablen. Das Bauvolumen soll dementsprechend nicht nur die Bauinvestitionen (neue Bauwerke und »investive« Modernisierung von Gebäuden und Tiefbauten; einschließlich selbsterstellte Bauten), sondern auch nicht werterhöhende Baumaßnahmen im Bauwerksbestand umfassen; außer den Leistungen des Baugewerbes im Roh- und Ausbau werden auch die Beiträge anderer Wirtschaftszweige, speziell des Verarbeitenden Gewerbes (vorgefertigte Gebäude

¹ Beispielsweise vom ungarischen EUROCONSTRUCT-Partnerinstitut Build&ECON für Russland, Ukraine, Bulgarien und Rumänien sowie im assoziierten Netzwerk ASIACONSTRUCT für ausgewählte fernöstliche Länder.

² Die 55. EUROCONSTRUCT-Konferenz findet am 6. und 7. Juni 2003 in Budapest statt. Interessenten können sich wegen der Programme und der Anmeldeunterlagen sowie wegen der Tagungsunterlagen schon jetzt im Internet informieren (www.ifo.de oder www.euroconstruct.com) oder direkt an das ifo Institut wenden.

aus Holz, Stahl usw.) sowie von privaten und staatlichen Dienstleistern (Architekten und Ingenieure; Genehmigungsbehörden), einbezogen (vgl. Statistisches Bundesamt 2002).

Nach einem ersten Bericht über die für die Münchner EUROCONSTRUCT-Konferenz aktualisierten Vorausschätzungen zum (mengenmäßigen) Wohnungsneubau und zu den Wohnungsfertigstellungen (vgl. Rußig 2003) wird nachfolgend in einem knappen Überblick über die Entwicklung des *Bauvolumens* als wichtigstem wertmäßigem Indikator der europäischen Baukonjunktur bis 2004 mit einem Ausblick auf 2005 berichtet. Dabei wird nach den Bausparten Wohnungsbau, Nichtwohn(hoch)bau und Tiefbau, jeweils mit Differenzierung nach Neubau und Altbauerneuerung, untergliedert. Außer auf das europäische Gesamttaggregat wird auch auf einzelne Länder und Ländergruppen eingegangen.

Noch bei der EUROCONSTRUCT-Winterkonferenz 2001 (Dezember in Rom) hatte sich aus der Zusammenfassung der Länderberichte von 19 Partnerinstituten eine vorsichtig optimistische Einschätzung der europäischen Baukonjunktur ergeben: Zwar wurde für 2002 mit + 0,4% erneut annähernd Stagnation prognostiziert (2001: 0,0%), ab 2003 sollte es jedoch – wenngleich nicht stürmisch, aber doch spürbar – nach oben gehen.

... erhalten bei der Aktualisierung mehr als nur einen deutlichen Dämpfer

Obwohl für Deutschland und Polen gravierende Korrekturen nach unten vorgenommen werden mussten, brachte die EUROCONSTRUCT-Sommerkonferenz 2002 (Juni in Dublin) eine Bestätigung dieser Einschätzungen (vgl. Tab. 1): Für das gesamte EUROCONSTRUCT-Gebiet und insbesondere für Westeuropa wurden die Veränderungsrate für 2002 und 2003 sogar minimal angehoben, für 2004 nur wenig zurückgenommen; trotz des noch tieferen Einbruchs in Polen drehte die Veränderungsrate für die vier MOE-Staaten für 2002 ins Plus, und für 2003 wurde für diese Region ein leichtes, für 2004 sogar ein kräftiges Bauwachstum prognostiziert (vgl. Rußig 2002b).

Bei der EUROCONSTRUCT-Winterkonferenz 2002 (Dezember in München) wurden nicht nur für einzelne Länder, sondern auch – mangels ausreichenden »Gegengewichten« – für das aggregierte europäische Bauvolumen ungewöhnlich kräftige Korrekturen nach unten vorgenommen (vgl. Tab. 1):³ Für 2002

³ Differenzierte Einzelergebnisse der aktualisierten Prognosen mit ausführlichen Erläuterungen und Begründungen können den umfangreichen Tagungsunterlagen der letzten EUROCONSTRUCT-Konferenz entnommen werden. Außer den in diesem knappen Überblick behandelten Analysen und Prognosen der wertmäßigen Bautätigkeit mit Zusammenfassungen für die drei großen Bausparten und zum aggregierten europäischen Bauvolumen sowie 19 Länderberichten mit Analysetexten und standardisierten Tabellen sind darin auch Angaben zu den Wohnungsfertigstellungen und -beständen und zu ausgewählten Makrovariablen (Bevölkerung und

Tab. 1
Entwicklung der Bautätigkeit^{a)} in Europa^{b)} 2002 bis 2004/05^{c)}: EUROCONSTRUCT-Prognosen im Vergleich^{d)}

	2002		2003		2004		2005
	.12/2001 (Rom)	.6/2002 (Dublin) (München)	.12/2001 (Rom)	.6/2002 (Dublin) (München)	.12/2001 (Rom)	.6/2002 (Dublin) (München)	.12/2002 (München)
EUROCONSTRUCT-Gebiet	0,4	0,5	1,4	1,5	2,0	1,9	2,0
davon: Westeuropa	0,5	0,6	1,3	1,4	1,8	1,6	1,6
darunter: Deutschland	-1,3	-2,1	0,8	0,1	2,0	1,7	1,3
Irland	-5,8	-0,9	-1,0	-0,1	5,5	0,8	-3,3
Mitteleuropa	-1,1	0,6	3,9	4,3	1,8	7,4	9,6
darunter: Polen	-5,5	-6,8	1,8	2,1	7,1	7,5	12,2

a) Veränderung des realen Bauvolumens (Basisjahr: 2001; breite Abgrenzung; ohne Mehrwertsteuer; Neubau und Altbauerneuerung) gegenüber dem Vorjahr (in %).
b) EUROCONSTRUCT-Gebiet: 15 west- und 4 mitteleuropäische Länder (vgl. Länder-Liste in Tab. 2).
c) 2002: Prognose- bzw. Schätzwerte; 2003 und 2004: EUROCONSTRUCT-Prognose bzw. Ausblick; 2005: Ausblick.
d) Vorausschätzungen für die Jahre 2002 bis 2005 bei den EUROCONSTRUCT-Konferenzen in Rom (Dezember 2001), Dublin (Juni 2002) und München (Dezember 2002).

Quelle: EUROCONSTRUCT/ifo Institut für Wirtschaftsforschung (München, Dezember 2002).

Haushalte; Bruttoinlandsprodukt nach Verwendungsbereichen usw.) enthalten. Außerdem wurden Vorausschätzungen für die drei baltischen Staaten und Japan sowie Informationen zum Schwerpunktthema »Infrastrukturausbau in Europa: privat und/oder staatlich?« aufgenommen. Die beiden umfangreichen Tagungsberichte (in englischer Sprache: Summary Report und Country Report) können beim ifo Institut bezogen werden.

hält sich die Anpassung noch in engen Grenzen (0,1% statt 0,5% im Frühsommer 2002), obwohl außer in Deutschland z.B. auch in Irland und Polen die Prognosen herabgesetzt wurden. Für Westeuropa ergibt sich zwar noch ein leichter Anstieg, für Mitteleuropa allerdings nicht nur kein Auslaufen, sondern sogar eine Verschärfung der 2001 einsetzenden, allein vom gewichtigen Polen ausgelösten Baurezession.

Die Prognosen für das europäische Bauvolumen wurden in München für 2003 fast um einen Prozentpunkt und auch für 2004 deutlich herabgesetzt. In Deutschland dauert die Baurezession noch weiter an⁴, in Irland wird sie sich voraussichtlich massiv verschärfen; die meisten der übrigen Länder haben ihre Vorausschätzungen ebenfalls nach unten korrigiert. Die im Frühsommer 2002 noch verhalten optimistischen Erwartungen haben also einen deutlichen Dämpfer erhalten – mehr noch: Die Hoffnungen auf ein baldiges Ende der konjunkturellen Schwächephase im europäischen Bausektor haben sich zunächst zerschlagen; der Bauaufschwung wurde nach 2004 und in den Ausblick auf 2005 »verschoben«.

Diese ausgewählten Vergleiche von unterschiedlich datierten Bauprognosen zeigen, wie wichtig die regelmäßige Überprüfung und Anpassung von Vorausschätzungen der konjunkturellen Entwicklung des europäischen Bausektors in kurzen Abständen und in der Differenzierung nach Ländern (bzw. sogar nach Regionen) und Bausparten ist. Manchem der auf der Absatzseite direkt betroffenen Nutzer der EUROCONSTRUCT-Prognosen ist die Frequenz mit zweimal jährlichen Aktualisierungen noch nicht hoch genug; wegen des enormen Aufwandes bei der »dezentralen« Erstellung der Länderprognosen und der anschließenden Aggregation zu Angaben für die Bautätigkeit in (West- und Mittelost-)Europa lässt sich eine dichtere Konferenzfolge allerdings kaum realisieren.

Verschlechterte Rahmenbedingungen, Wachstumsschwäche und drohender Irak-Krieg ...

Die schwache Entwicklung im Bausektor Europas, und dort vor allem in einigen westeuropäischen Ländern, hat vielfältige und nicht zuletzt auch länderspezifische Ursachen. Für die europäischen Volkswirtschaften haben sich die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen seit 2001 deutlich verschlechtert: Erstmals seit der Ölkrise 1973/74 waren drei große Wirtschaftsblöcke, nämlich die USA sowie Japan und Deutschland, gleichzeitig in eine Rezession geschlittert. Nach

⁴ Nach den mittlerweile vorliegenden amtlichen Daten zur Entwicklung der (etwas anders als das Bauvolumen abgegrenzten) Bauinvestitionen in Deutschland ist der Rückgang im abgelaufenen Jahr mit – 5,9% noch kräftiger ausgefallen als im Spätherbst 2002 erwartet worden war. Deshalb und wegen der sich inzwischen noch klarer abzeichnenden Entwicklung bei Rahmenbedingungen und zentral wichtigen Einflussfaktoren dürfte die für 2003 prognostizierte Schrumpfung der Bauinvestitionen rund 2 1/2 bis 3% erreichen; auch die Erwartungen für 2004 und (im Ausblick) für 2005 müssen wohl noch weiter zurückgenommen werden.

den dramatischen Ereignissen des 11. September 2001 war in optimistischen Szenarien von einem raschen und nachhaltigen Überwinden des Schockzustandes und von einer bald einsetzenden Aufwärtsentwicklung ausgegangen worden.

Diese Hoffnungen haben sich zerschlagen. Vor allem die zeitgleich geplatze »New Economy-Blase« wird weltweit noch eine ganze Weile dämpfende Effekte haben, und mittlerweile bewirkt der drohende Irak-Krieg zunehmende Unsicherheit und damit eine partielle Lähmung wirtschaftlicher Aktivitäten (vgl. Sinn et al. 2002). Positive Ansätze für eine Konjunkturbelebung konnten sich bislang nicht klarer durchsetzen – die Weltwirtschaft dümpelt seit einiger Zeit vor sich hin. Dem Aufschwung fehlt es an Dynamik und Breite.

... sowie Reformstau, EU-Erweiterung und diskretionäre Staatseingriffe ...

Im Positiven wie im Negativen folgt Europa den Entwicklungen in den USA mit zeitlicher Verzögerung. Eine »eigenständige« Konjunkturerholung wird dadurch erschwert, dass in vielen europäischen Volkswirtschaften, vor allem aber im gewichtigen Deutschland, gravierende Strukturprobleme in den Sozialsystemen und auf dem Arbeitsmarkt weiter ungelöst sind. Der Reformstau wirkt hier wie im gesamten Europa als Expansionshindernis.

Das anhaltend schwache europäische Wirtschaftswachstum wird derzeit stark vom Export in die anderen Weltregionen getragen. Der Anstieg des Euro-Kurses weit über die Parität zum US-Dollar könnte dazu führen, dass auch dieser Motor demnächst ins Stottern gerät.

Schon seit einiger Zeit spürbar sind für Westeuropa – und hier wiederum vor allem für Deutschland – starke Belastungen im Vorfeld der EU-(Ost-)Erweiterung um einige direkt angrenzende Niedriglohnländer; auch für die nächsten Jahre ergeben sich hieraus noch große Risiken. Insbesondere für den westeuropäischen bzw. deutschen Bausektor dürften sich per saldo zusätzliche Dämpfungseffekte ergeben (vgl. Rußig 2002a; Walter und Rust 2002). Umso dringlicher erscheint insbesondere für diesen großen Wirtschaftszweig, aber auch generell, die rasche Einleitung und konsequente Umsetzung von Strukturreformen.

Deutschland ist seit einiger Zeit Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum in Europa (vgl. Sinn 2002). Hinweise auf die nachteiligen Folgen der Euro-Einführung (Zinsangleichung und Umlenkung von Investitionen) sowie auf hohe Wachstumsraten in der ersten Hälfte der neunziger Jahre (Index-Betrachtungen mit der Basis 1995 erscheinen deshalb problematisch) sind für die Erklärung der deutschen Wachstumsschwäche, speziell im Bausektor, zwar notwendig und nützlich, sie reichen aber ebenso wenig aus wie das Argu-

ment einer (angeblich) besonders engen Verflechtung mit der Weltwirtschaft und hohe Exportquoten. Die deutsche Misere hat vielmehr gravierende »hausgemachte« Ursachen. Seit dem Herbst vergangenen Jahres sorgt die »Zick-Zack-Diskussion« um Steuererhöhungen und Subventionsabbau für zusätzlicher Verunsicherung; viele dieser geplanten diskretionären Maßnahmen zielen direkt auf die Bauwirtschaft (vgl. Rußig 2003).

... bewirken Verlängerung und Verschärfung der Bauflaute in Europa

Bei der Errichtung von neuen, aber auch bei der Modernisierung von Bauwerken handelt es sich in aller Regel um »großkalibrige« Maßnahmen mit hohem Kapitalbedarf und langen Fertigungszeiten. Dementsprechend besteht eine starke Abhängigkeit von den mittel- und längerfristigen Erwartungen und von den Produktions- bzw. Absatzplanungen in den übrigen Wirtschaftssektoren. Bei den Privathaushalten wirkt jede länger anhaltende Unsicherheit bezüglich Einkommen und Arbeitsplatz als massive Entscheidungsbremse. Die bei geringem Wachstum schwächer sprudelnden Steuerquellen veranlassen den Staat, insbesondere die Kommunen, bei anhaltend strengem Konsolidierungskurs, bevorzugt die Nachfrage nach Bauleistungen einzuschränken.

Die anhaltende *Konjunkturschwäche* im deutschen und europäischen Bausektor

- ist also einerseits auf »natürliche« Besonderheiten zurückzuführen (großer Kapitalbedarf, enge Standortgebundenheit und überwiegende Unikatfertigung sowie hohe Transportkosten bei zeitlich dehnbarer Leistungsabgabe),
- andererseits spielen aber auch »produzierte« Spezifika wie z.B. die vielfach große Regulierungsdichte, verschleppte Strukturanpassungen, der hohe Verschuldungsgrad und die schlechte Finanzausstattung der Kommunen eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Dabei ist für Deutschland, abgeschwächt aber auch für andere europäische Länder, die Unterscheidung zwischen der Entwicklung der effektiven *Nachfrage nach Bauleistungen* und damit nach dem inländischen Bauvolumen sowie der *Auslastung der heimischen Baukapazitäten* von Bedeutung (vgl. Jacob 2002). Der Versuch, die Beschäftigung der inländischen Bauarbeiter mittels einer Politik der Abschottung gegen billigere ausländische Anbieter (Unternehmen und Arbeitskräfte) zu stabilisieren, hat nicht einmal kurzfristig sichere Erfolgsaussichten, weil die negativen Wirkungen von höheren Preisen berücksichtigt werden müssen. Langfristig behindert eine solche Politik den gesamtwirtschaftlichen Strukturwandel und verringert damit Wachstums- und Wohlstandseffekte (vgl. Rußig 2002a).

Die ungünstige wirtschaftliche und geopolitische »Großwetterlage« ist also nicht allein verantwortlich bzw. keine ausreichende Erklärung für die ausgeprägte Konjunkturschwäche im europäischen Bausektor. Zu diesen »übergeordneten« kommen vielfältige bau-spezifische Einflüsse hinzu. Zusammen haben diese Faktoren zu einer Verlängerung und Verschärfung der *Bauflaute in Europa* geführt.

Die insgesamt stagnierende, in vielen Ländern sogar deutlich schrumpfende Bautätigkeit dämpft aber umgekehrt – bei einem BIP-Anteil des Bauvolumens in einer Größenordnung von über 10% – den Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in Europa. In Deutschland sind die Bauinvestitionen in den letzten beiden Jahren um rund bzw. fast 6% zurückgegangen. Gegenüber der »Null-Linie« (Stagnation der Bautätigkeit) bedeutete dies eine Reduzierung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums um rund 0,7 Prozentpunkte; gegenüber einer »normalen« Expansionsrate der Bautätigkeit von 1½ bis 2% ist der »Belastungseffekt« entsprechend noch höher anzusetzen.

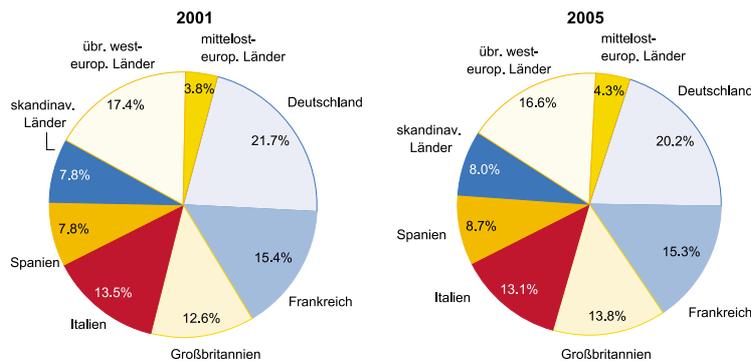
Bauvolumen in Europa bis 2005: Nur schwacher Anstieg auf 990 Mrd. €

Jedes der Partnerinstitute in den 15 west- und vier mitteleuropäischen EUROCONSTRUCT-Ländern liefert zu den Halbjahres-Konferenzen Daten, Analysen und Prognosen für das (reale) *Bauvolumen* in der Differenzierung nach den *Sparten* Wohnungsbau, Nichtwohn(hoch)bau und Tiefbau sowie jeweils nach den *Bauleistungskategorien* Neubau und Altbauerneuerung. In diesen Untergliederungen werden auch die Europa-Aggregate ermittelt. Soweit möglich wird der Nichtwohnbau noch weiter nach Gebäudearten und der Tiefbau nach Bauwerkskategorien aufgespalten. Um Verzerrungen durch unterschiedlich hohe nationale Steuersätze zu eliminieren, wird die Umsatzsteuer (MWSt bzw. VAT) in einem zusätzlichen Arbeitsschritt aus den Wertgrößen herausgerechnet. Vergleichbarkeit und Aggregierbarkeit sämtlicher Wertangaben sowie Konsistenz zwischen den Wert- und Mengenvariablen haben bei der Verwendung als Planungs- und Entscheidungsgrundlagen einen hohen Stellenwert.

Nach den zur Winterkonferenz 2002 aktualisierten Angaben der nationalen EUROCONSTRUCT-Partnerinstitute (Stand: Dezember 2002) hat das relativ breit abgegrenzte (»Netto-«)Bauvolumen im EUROCONSTRUCT-Gebiet⁵ im Basisjahr

⁵ Das allen Analysen und Prognosen und damit auch diesem Beitrag zugrunde liegende »EUROCONSTRUCT-Gebiet« umfasst ganz Westeuropa einschließlich die Nicht-EU-Staaten Norwegen und Schweiz, aber mit Ausnahme von Griechenland und einigen Kleinststaaten (insgesamt 15 Länder) sowie vier mitteleuropäische Länder (»Visegrad-Staaten«; vgl. unten Tab. 1). Trotz (gerade auch »statistisch«) fortbestehender Niveau- und Entwicklungsunterschiede zwischen West- und Mitteleuropa werden hier Gesamtergebnisse für dieses »Europa« ermittelt und dargestellt, es werden aber auch Zwischenadditionen zu den beiden großen Teilgebieten und einzelne Länder angesprochen.

Abb. 1
Regionalstruktur des realen Bauvolumens^{a)} in Europa^{b)} 2001 und 2005^{c)} nach Ländern/Ländergruppen



a) Anteil (in %) der Länder/Ländergruppen am aggregierten realen Bauvolumen (ohne Mehrwertsteuer, in Preisen des Basisjahres 2001).
 b) EUROCONSTRUCT-Gebiet: 15 west- und 4 mittelosteuropäische Länder (vgl. Länder-Liste in Tab. 2).
 c) 2001: Istwerte; 2005: Ausblick.

Quelle: EUROCONSTRUCT/ifo Institut (München, Dezember 2002).

2001 rund 952 Mrd. € erreicht. Gegenüber dem Vorjahr bedeutete dies annähernd Stagnation auf hohem Niveau; im Vergleich zu 1998 errechnet sich aber immerhin ein realer Zuwachs um etwa 6 1/2%.

Mit der Betrachtung des so abgegrenzten »Europa« werden unterschiedlich große Länder zusammengefasst. Die auf einzelne Staaten abstellende *Regionalstruktur* des europäischen Bauvolumens zeigt für das Basisjahr 2001, dass auf Deutschland trotz großer Anteilsverluste (2001 gegenüber 1998: über 3 Prozentpunkte = PP) mit fast 22% weiterhin das mit Abstand größte Bauvolumen entfällt (vgl. Abb. 1). Mit einigem Abstand folgen die übrigen der »großen 5« Länder Westeuropas, also Frankreich⁶ (Anstieg um 1 PP auf fast 15 1/2%), Italien (2001 auf Platz 3 mit 13 1/2%), Großbritannien (konstant bei 12 1/2%) und Spanien (Anstieg um 1 PP auf knapp 8%). Zusammen brachten es die »Big 5« im Basisjahr (wie auch schon in den Vorjahren) auf einen Anteil am europäischen Bauvolumen von etwa 71%.

Der Anteil der vier skandinavischen Länder am gesamten europäischen Bauvolumen lag 2001 stabil bei etwas über 7 1/2%, auf die übrigen sechs kleineren westeuropäischen Länder entfielen zusammen rund 17 1/2% (wobei allerdings zu beachten ist, dass z.B. die Niederlande einen höheren Anteilswert aufweisen als die vier MOE-Staaten zusammen). Die Tendenz zu steigenden Anteilswerten aus überproportional hohen Zuwachsraten der vier mittelosteuropäischen Länder wurde 2001 unterbrochen; ihr Anteil sank auf nur noch knapp 4% (zum Vergleich: Bevölkerungsanteil rund 14 1/2%).

⁶ Bei den Angaben für Frankreich ist zu beachten, dass umfangreiche Neuberechnungen auf der Grundlage erst jetzt zur Verfügung stehender differenzierter Daten für das Basisjahr 2001 zu deutlich höheren Werten für das Bauvolumen und zu größeren Anteilswerten in Europa geführt haben.

Bis 2005 wird das europäische Bauvolumen voraussichtlich nur relativ schwach auf knapp 990 Mrd. € (rund + 4% gegenüber 2001) ansteigen. Obwohl Deutschland weitere Anteilsverluste hinnehmen muss (- 1 1/2 PP auf wenig über 20%) entfallen auf die »Big 5« unverändert etwa 71% des europäischen Bauvolumens, weil Großbritannien und Spanien an relativer Bedeutung gewinnen. Der Anteil der vier skandinavischen Länder bleibt stabil, die Gruppe der übrigen westeuropäischen Länder fällt aber etwas zurück. Von niedrigen Werten aus leicht zulegen dürften bis 2005 die mittelosteuropäischen Länder (+ 1/2 PP auf fast 4 1/2%).

Bauaufschwung gewinnt in Europa erst ab 2004 etwas mehr Dynamik

Die konjunkturelle Schwächephase im europäischen Bausektor hat 2002 angehalten (+ 0,1%). Während sich die Baufaute in Westeuropa »nur« fortgesetzt hat, verzeichnete Mitteleuropa einen noch größeren Rückgang, weil sich die Baurezession in Polen weiter verschärft hatte.

Für die 19 EUROCONSTRUCT-Länder ergibt sich aus den zusammengefassten Konjunkturprognosen, dass die Staginationsphase in *Westeuropa* frühestens im Verlauf von 2003 überwunden werden dürfte; im Jahresdurchschnitt wird für die 15 Länder dieser Region lediglich eine ganz kleine Zunahme prognostiziert (unter + 1/2%; vgl. Tab. 2).⁷ In den vier Visegrád-Staaten wird die Talsohle rasch verlassen; das Bauvolumen *Mitteleuropas* steigt im laufenden Jahr voraussichtlich um rund 4 1/2%. Insgesamt wird für *Europa* – noch ohne die absehbare Verschlechterung in Deutschland⁸ und ohne die Belastungen durch einen wahrscheinlicher gewordenen Irak-Krieg – 2003 nur eine »magere« Zunahme um etwa 1/2% erwartet.

Derzeit wartet Europa mit Bangen auf den schon mehrfach »verschobenen« Aufschwung im Bausektor. Unter den getroffenen Annahmen könnte eine im Verlauf dieses Jahres einsetzende Erholung allmählich aus dem Konjunkturtal herausführen, die Auftriebskräfte bleiben aber zunächst ziemlich schwach. Erst ab 2004 dürfte der Bauaufschwung etwas mehr Dynamik bekommen. Die Jahresveränderungsrate des realen Bauvolumens steigt 2004 in Europa auf et-

⁷ Bei Abweichungen für einzelne Länder und Variable und weiteren Unterschieden im Detail kommt der europäische Bauwirtschaftsverband FIEC zu ähnlichen Vorausschätzungen (vgl. FIEC 2002).

⁸ Vorankündigung: Differenzierte Analysen und Prognosen der Baukonjunktur in *Deutschland* (Bauinvestitionen nach Sparten und Wohnungsfertstellungen, jeweils mit Untergliederung nach West- und Ostdeutschland) werden beim dritten »ifo Branchen-Dialog 2003« am 23. Oktober 2003 in München vorgelegt und zur Diskussion gestellt.

Tab. 2
Veränderungsraten^{a)} des realen Bauvolumens^{b)}
in Europa^{c)} 2003 bis 2005^{d)}

	2003	2004	2005
Belgien	0,0	2,8	5,1
Dänemark	2,3	2,5	2,5
Deutschland	-1,1	0,3	1,3
Finnland	0,5	3,5	4,0
Frankreich	0,0	1,0	1,6
Großbritannien	3,8	2,9	2,1
Irland	-7,2	-4,3	-3,3
Italien	-0,5	-0,7	0,4
Niederlande	-1,9	1,8	2,7
Norwegen	5,8	-2,2	-3,1
Österreich	1,2	1,5	2,0
Portugal	-3,9	-3,3	1,2
Schweden	3,6	2,5	3,7
Schweiz	-0,1	0,8	0,3
Spanien	3,2	3,5	3,5
Westeuropa (EC 15)	0,4	1,0	1,6
Polen	3,0	7,5	12,2
Slowakei	1,5	1,5	1,7
Tschechien	4,6	4,7	4,6
Ungarn	8,5	9,1	9,0
Mittelosteuropa (EC 4)	4,4	7,0	9,6
Europa (EC 19)	0,6	1,2	2,0

a) Veränderung gegenüber dem Vorjahr (in %).
b) Bauvolumen (ohne Mehrwertsteuer) in Preisen des Basisjahres 2001.
c) EUROCONSTRUCT-Gebiet: 15 west- und 4 mittelost-europäische Länder.
d) 2003 und 2004: Prognose; 2005: Ausblick.

Quelle: EUROCONSTRUCT/ifo Institut für Wirtschaftsforschung (München, Dezember 2002).

was über + 1% (vgl. Tab. 2), wobei allerdings Westeuropa hinter dieser Marke zurückbleiben dürfte. Trotz beschleunigter Zunahme können die mittelosteuropäischen Länder wegen ihres nur geringen Gewichts das Gesamtbild nur wenig aufhellen.

Das Bauwachstum wird 2005 in den 19 EUROCONSTRUCT-Ländern voraussichtlich weiter anziehen; die Jahresveränderungsrate könnte + 2% erreichen. Auch dieser wegen der fortbestehenden Risiken recht »wackelige« Ausblick sieht die westeuropäischen Länder in einer anhaltend flachen Aufwärtsbewegung; demgegenüber werden für die vier MOE-Staaten beachtlich hohe Zuwachsraten angesetzt.

Die Zunahme auf den neuen »europäischen Baugipfel« beträgt im gesamten Prognosezeitraum (also 2005 gegenüber dem Basisjahr 2001) knapp 38 Mrd. € oder rund 4%. Das gesamte Bruttoinlandsprodukt (BIP) wächst im gleichen Zeitraum mit rund 8½% mehr als doppelt so schnell (vgl. EUROCONSTRUCT 2002a). Der BIP-Anteil des Bauvolumens geht in Europa in jedem dieser vier Jahre zurück; zu-

letzt hatte das Bauvolumen 1999 stärker zugenommen als die Summe der übrigen BIP-Komponenten.

Unterschiedliche Positionen der europäischen Länder im Bauzyklus ...

Die Bautätigkeit in den 19 Ländern des EUROCONSTRUCT-Netzwerkes unterscheidet sich nicht nur erheblich hinsichtlich der absoluten Größe ihrer Bauleistungsmärkte (vgl. Abb. 1), sondern auch hinsichtlich ihrer Entwicklung in der aktuellen konjunkturellen Schwächephase der Bautätigkeit. Obwohl konsistente lange Zeitreihen für die hier verwendete spezielle Abgrenzung und Berechnung des (realen) Bauvolumens nicht zur Verfügung stehen, gibt es klare Hinweise darauf, dass auch die Zeitpunkte ihrer konjunkturellen Höhe- und Tiefpunkte sowie die Amplituden der zyklischen Ausschläge signifikant voneinander abweichen.

Viele der 19 Länder befinden sich also zu jedem konkreten Zeitpunkt an ganz unterschiedlichen *Positionen im Bauzyklus* (zu Details vgl. EUROCONSTRUCT 2002b). Immerhin sind aber Gruppenbildungen möglich. Für die Jahre 2003 bis 2005, also für den Zeitraum mit »rechten« Prognosen, bleibt allerdings bei einer Zuordnung nach den *Jahresveränderungsraten* zu fünf Gruppen immer noch eine gewisse »Unschärfe« bestehen:

- Anhaltende oder einsetzende Baurezession
- Irland, Norwegen
- Nach Rezession oder Stagnation moderate oder flotte Erholung
- Deutschland, Frankreich, Italien, Niederlande, Portugal, Schweiz
- Stabile Aufwärtsentwicklung
- Dänemark, Österreich, Schweden, Spanien sowie Slowakei
- Auslaufender Bauboom
- Großbritannien
- Hohe oder rasch zunehmende Dynamik
- Belgien, Finnland sowie Polen, Tschechien, Ungarn

Als Bremse des Bauwachstums in Europa fungieren – jeweils mit geringem Anteil – Irland (wo sich die Baurezession nach Überhitzungserscheinungen, aber auch infolge diskretionärer staatlicher Maßnahmen noch verschärft) sowie Norwegen. Die nicht nur zahlenmäßig, sondern mit drei der »Big 5« auch vom Gewicht her stark besetzte zweite Gruppe prägt die aktuelle Charakterisierung der Baukonjunktur im EUROCONSTRUCT-Gebiet: Die 2001 einsetzende Bau-schwäche sollte im Zuge einer 2003 einsetzenden Erholung allmählich überwunden werden, der Aufschwung bleibt aber in wichtigen Ländern verhalten.

Eine ebenfalls stark, wenngleich bei weitem nicht so »gewichtig« besetzte Ländergruppe sorgt derzeit für größere

Stetigkeit in der konjunkturellen Entwicklung. Für Großbritannien musste eine eigene Kategorie gebildet werden, weil dort der Bauboom der letzten Jahre zwar noch anhält, aber doch deutlich abflacht; der obere Wendepunkt wurde schon 2002 erreicht. Außer drei der vier Visegrád-Staaten (einschließlich Polen nach einer bemerkenswert schnellen Überwindung des tiefen Einbruchs der Jahre 2001 und 2002) entfaltet der Bausektor auch in Belgien und Finnland in diesem Zeitraum eine zunehmende Dynamik.

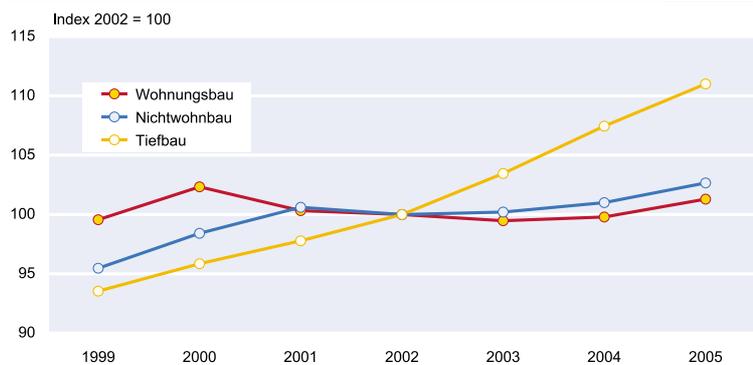
Insgesamt kann von einem *Gleichlauf der Baukonjunktur in Europa* keine Rede sein: Während etliche Länder hoffen, endlich den unteren Wendepunkt der Wellenbewegung erreicht zu haben, gibt der »Baumotor« in anderen Ländern schon richtig »Gas«, oder er kommt wegen Überhitzung »ins Stottern«. Positiv interpretiert bedeutet dies, dass die Konjunkturausschläge im Gesamtgebiet durch die Phasenverschiebung zwischen den einzelnen Ländern abgeschwächt werden und sich neue Chancen in wechselnden Regionen bieten.

... bei großer und variierender Spannweite der Beiträge zum Bauwachstum

Zur Verdeutlichung der unterschiedlich großen (positiven oder negativen) Wachstumsbeiträge der 19 EUROCONSTRUCT-Länder und wegen den erwähnten Abweichungen bei ihren Positionen im Bauzyklus werden hier auch die *absoluten Veränderungen* des Bauvolumens in den Zeiträumen 2002 bis 2003 und 2004 bis 2005 zusammengefasst dargestellt. Das unterschiedlich große Gewicht dieser Länder schlägt dabei absichtlich voll durch⁹, und es werden einerseits die auslaufende konjunkturelle Schwächephase, andererseits der erwartete Aufschwung abgedeckt.

Richtet man bei den absoluten Beiträgen der einzelnen Länder zum europäischen Bauwachstum den Blick zunächst ans Ende der Skala (vgl. Abb. 2), so wird deutlich, dass *Deutschland* mit seinem auch 2003 schrumpfenden Bauvolumen im ersten Zeitraum die Bremserrolle übernommen hat; zwar werden vom europäischen Schlusslicht anschließend wieder positive Beiträge erwartet, es wird jedoch bis 2005 kein voller Ausgleich für die »ausgefallene« Bauleis-

Abb. 2
Entwicklung der Bautätigkeit^{a)} in Europa^{b)} nach Sparten 1999 bis 2005^{c)}



a) Reales Bauvolumen (Basisdaten ohne Mehrwertsteuer; jeweils Neubau und Altbaurenewerung, in Preisen des Basisjahres 2001).
 b) EUROCONSTRUCT-Gebiet: 15 west- und 4 mittelosteuropäische Länder.
 c) 1999 bis 2001: Istwerte; 2002: Schätzwerte; 2003 und 2004: Prognose; 2005: Ausblick.
 Quelle: EUROCONSTRUCT/ifo Institut (Konferenz in München: Dezember 2002).

tung erreicht (2002/03: rund - 9 1/2 Mrd. €; 2004/05: etwas mehr als + 3 Mrd. €).

Ein schrumpfendes Bauvolumen haben im ersten Zeitraum auch Irland, Polen (wegen der kräftigen »Ausrutscher« in 2001 und 2002), Portugal, Niederlande sowie mit kleinen Werten Belgien und Schweiz zu verzeichnen, allerdings bleiben deren Negativbeiträge mit riesigem Abstand hinter dem von Deutschland zurück. Während Polen (mit hohem Zuwachs), Niederlande, Belgien und Schweiz (sowie Frankreich mit fast + 4 Mrd. €) 2004/05 ein wieder steigendes Bauvolumen erwarten, dauert die Baurezession in Irland und Portugal weiter an.

Von den übrigen der »Big 5« in Westeuropa können *Großbritannien* (mit Zuwächsen von über 10 und 6 1/2 Mrd. €) sowie *Spanien* (mit rund bzw. knapp 6 Mrd. €) in beiden Zeiträumen mit einem beachtlich großen Anstieg ihres Bauvolumens rechnen. Vor allem diese beiden Länder sorgen dafür, dass das absolute Niveau des aggregierten europäischen Bauvolumens auch im ersten Zeitraum signifikant (insgesamt um rund 6 1/2 Mrd. €) und im zweiten Zeitraum beachtlich stark ansteigt (+ 31 Mrd. €).

Mit der Reihung nach den Werten für 2002/03 können sich Ungarn und Tschechien ziemlich weit vorne platzieren, was angesichts der niedrigen Ausgangsbasis Beachtung verdient. Etliche der »mittelgroßen« westeuropäischen Länder mit wesentlich größeren Bauleistungsmärkten werden deutlich übertroffen. Die übrigen der west- und mitteleuropäischen Länder bleiben für das *absolute Bauwachstum* (aber nicht für das Niveau) in beiden Zeiträumen ohne Bedeutung.

Vom gesamten Zuwachs des europäischen Bauvolumens im Vierjahreszeitraum 2002 bis 2005 (fast + 38 Mrd. €) entfallen auf die 15 westeuropäischen EUROCONSTRUCT-Länder rund 31 Mrd. € (knapp 6 1/2 und über 24 1/2 Mrd. € in den beiden

⁹ Wie bei den Wohnungsfertigstellungen mit den beiden Kennziffern Wohnungsbauintensität und -Koeffizient (vgl. Rußig 2003: 2002c) lässt sich auch für das wertmäßige Bauvolumen eine Größenbereinigung vornehmen, indem durch die Zahl der Einwohner (oder ggf. der Beschäftigten) dividiert wird (wertmäßige Wohnungsbauintensität); geeignete Bestandsgrößen für die Berechnung von Bauvolumens-Koeffizienten stehen allerdings nicht zur Verfügung.

Zeiträumen). Die vier mittelosteuropäischen Länder tragen zur absoluten Ausweitung des Bauvolumens 2002/03 fast gar nichts bei (knapp 1/2 Mrd. €), im Zeitraum 2004/05 fällt ihr Beitrag umso gewichtiger aus (fast 6 1/2 Mrd. €).

Anhaltende Neubauschwäche verlängert Rezession im Wohnungsbau ...

Mit den Untergliederungen nach Sparten und Kategorien ergibt sich für das *europäische Bauvolumen* fast zwangsläufig eine noch wesentlich stärkere Auffächerung der Wachstumsbeiträge bzw. der Veränderungsraten. Mit Abstand die größte Bausparte ist und bleibt trotz des Rückganges seit dem 2000 erreichten Spitzenwert der *Wohnungsbau* (Neubau und Altbauerneuerung). Im Basisjahr 2001 erreichte das Bauvolumen in dieser Sparte in den 19 EUROCONSTRUCT-Ländern fast 434 Mrd. €; dies entspricht einem Anteil von rund 45 1/2%. Die klare Dominanz des Wohnungsbaus besteht allerdings nur in Westeuropa, wo der Anteilswert 2001 über 46% erreichte. Demgegenüber entfielen in den vier noch wenig »gewichtigen« mittelosteuropäischen Ländern nur knapp 25% des Bauvolumens auf diese Sparte.

Der 2001 einsetzende Rückgang des Wohnungsbauvolumens hat sich im vergangenen Jahr fortgesetzt, und auch 2003 wird es in dieser Bausparte weiter abwärts gehen (vgl. Abb. 3). Erst für das nächste Jahr ergibt sich aus der Zusammenfassung der Länderprognosen (bei weiterhin starker Streuung zwischen über - 8% in Spanien und + 12% in Ungarn) ein minimaler Wiederanstieg um knapp 1/2%. Im Ausblick auf 2005 zieht der Wohnungsbau (auch in Westeuropa) allerdings etwas stärker an (insgesamt + 1 1/2%). Ein ausgeprägter Wohnungsbauboom ist also nicht in Sicht. Der Wohnungsbau-Index mit der Basis 2002 = 100 steigt bis 2005 nur auf rund 101 1/2 Punkte.

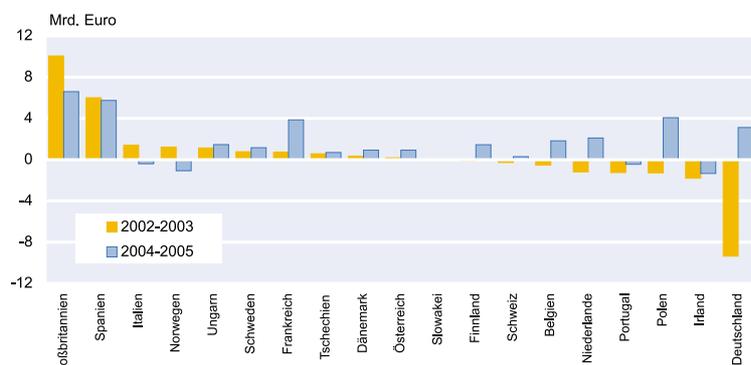
Ursächlich für den konjunkturellen Rückschlag im Wohnungsbau war allein der *Neubau*, der 2001 wegen der krisenhaften Entwicklung in Deutschland und Finnland und ziemlich starken Einbrüchen auch in Österreich, Belgien, Niederlande und Schweiz sowie in Polen und Slowakei und leichteren Rückgängen in Frankreich, Irland, Portugal und Großbritannien sowie in Ungarn um insgesamt 4% geschrumpft ist. Auch im abgelaufenen Jahr dominierten in dieser Teilsparte die negativen Vorzeichen (außer in Deutschland noch in sieben weiteren Ländern; insgesamt aber nur rund - 1%). In Westeuropa und damit auch im gesamten EUROCONSTRUCT-Gebiet hält die ausgeprägte Rezession im Wohnungsneubau auch noch 2003 und 2004 an, wobei eine ausgeprägte *Krise im Eigenheimbau* zu konstatieren ist (vgl. Rußig 2003). Erst 2005 dürfte hier eine ganz leichte Erholung einsetzen, weil die Entwicklung in Deutschland wieder nach oben geht und die Rückgänge in vier westeuropäischen Ländern dadurch und durch z.T. wesentlich stärkere Zunahmen in anderen Ländern überkompensiert werden.

Eine ziemlich kontinuierliche Ausweitung erfahren demgegenüber in der Mehrzahl der Länder und damit auch insgesamt die Baumaßnahmen im Wohnungsbestand. Zwar wurde der Anstieg der *Altbauerneuerung* 2001 wegen Rückgängen in Dänemark und in Deutschland, Schweiz, Polen sowie besonders stark in der Slowakei fast auf null gedrückt, und auch 2002 wurde nur wenig mehr als Stagnation erreicht. Bereits für das laufende Jahr und für den Rest des Prognosezeitraumes wird aber mit einer Rückkehr zum alten Expansionstempo mit rund oder sogar über + 2% pro Jahr gerechnet. In den 19 europäischen Ländern hat die Erneuerung und Erhaltung der Wohnungsbestände (einschließlich Umbaumaßnahmen und Erweiterungen) 2002 wertmäßig den Neubau von Wohngebäuden übertrifft; in Westeuropa war dies schon 2001 der Fall. Bis 2005 werden sich die beiden Teilaggregate des Wohnungsbaus noch

stärker auseinander entwickeln. Die Bestandsmaßnahmen waren und bleiben also Stabilisierungsfaktor und Impulsgeber für die Wohnungsbaukonjunktur in Europa.

Abb. 3

Beiträge der Länder zur absoluten Veränderung des realen Bauvolumens^{a)} in Europa^{b)} 2002 - 2003 und 2004 - 2005^{c)}



a) Absolute Veränderung (in Mrd. Euro) des realen Bauvolumens (ohne Mehrwertsteuer; in Preisen des Basisjahres 2001) in 19 europäischen Ländern.

b) EUROCONSTRUCT-Gebiet: 15 west- und 4 mittelosteuropäische Länder.

c) 2002: Schätzwerte; 2003 und 2004: Prognose; 2005: Ausblick.

Quelle: EUROCONSTRUCT/ifo Institut (München, Dezember 2002).

... und führt zu weiterer Verzögerung bei der Erholung im Nichtwohnbau

Im Basisjahr 2001 entfiel mit knapp 321 Mrd. € etwas mehr als ein Drittel des europäischen Bauvolumens auf den *Nichtwoh(hoch)bau*. Die beiden Hochbausparten bringen es also zusammen fast auf vier Fünftel der in den 19 Ländern insgesamt erbrachten Bauleistungen. In Westeuropa war (und bleibt) der Anteil des Bauvolumens, der auf die Errichtung neuer und die Erhaltung bzw. Erneuerung vorhandener Gebäude für

die Unternehmen der Waren produzierenden Branchen und des Dienstleistungssektors sowie für den Staat entfällt, deutlich kleiner (knapp 33%) als in Mitteleuropa (fast 50%).

Bis 2001 wurde der Nichtwohnbau (Neubau und Altbauerneuerung) in Europa ziemlich kräftig ausgeweitet, was als Zeichen für die von den meisten Experten erwartete Fortsetzung der vergleichsweise hohen wirtschaftlichen Dynamik vor allem im »bau-intensiven« Produzierenden Sektor und dabei insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe zu werten ist.

In den MOE-Staaten wurde die Aufwärtsentwicklung schon 2000 gestoppt, und sie drehte 2001 und 2002 sogar ins Negative, weil das »übergewichtige« Polen einen massiven Rückgang zu verzeichnen hatte. Auch in Westeuropa rutschte diese Bausparte im abgelaufenen Jahr in eine leichte Rezession, weil außer dem »Schwergewicht« Deutschland auch Belgien, Österreich, Finnland, Norwegen, Schweden und Schweiz mehr oder weniger deutlich rückläufige Nichtwohnbauleistungen aufzuweisen hatten. Zu einem regelrechten Einbruch kam es 2002 im Nichtwohnbau in Irland (– 16^{1/2}%), wo die scharfe Rezession auch noch im laufenden Jahr anhält (– 12^{1/2}%) und erst 2004 allmählich ausläuft (nochmals fast – 3%).

Für 2003 wird für Westeuropa mit einem fast stagnierenden, für Mitteleuropa mit einem schwach steigenden Nichtwohnbauvolumen gerechnet; für das gesamte EUROCONSTRUCT-Gebiet ergibt sich nur ein minimaler Anstieg (+ 0,2%). Ab 2004 (und damit auch hier zeitverschoben) geht es in beiden Teilgebieten und damit in Europa insgesamt wieder aufwärts, die Zunahme des Nichtwohnbaus bleibt aber bis 2005 ebenfalls sehr verhalten. Der Nichtwohnhochbau kann sich aber etwas rascher von der Talsohle lösen als der Wohnungsbau, was auch an der Indexdarstellung abzulesen ist (vgl. Abb. 3). Die Hochbaumaßnahmen für Unternehmen und Staat erreichen bis zum Ende des Prognosezeitraumes auf der Basis 2002 = 100 allerdings nur rund 102^{1/2} Indexpunkte.

Beim Nichtwohnhochbau entfielen 2001 auf die *Altbauerneuerung* nur etwa 40^{1/2}% der Bauleistungen dieser Sparte (Westeuropa über 41%, MOE-Staaten knapp 29%). Obwohl einzelne Länder in diesem Leistungsbereich schon seit 1999 (Großbritannien) und vermehrt ab 2000 Rückgänge ausgewiesen haben, wurden die Bestandsmaßnahmen im Nichtwohnbau insbesondere in Westeuropa ziemlich stetig ausgeweitet. Die konjunkturelle Abschwächung in Europa ist also auch beim Nichtwohnhochbau allein auf die Teilsparte *Neubau* zurückzuführen (2002: fast – 2%; 2003: über – 1^{1/2}%). Für das nächste Jahr wird (dank rascher Expansion in den MOE-Staaten; das »alte« Europa bleibt bis 2004 im Minus) ein stagnierendes Neubauvolumen prognostiziert. Im Ausblick auf 2005 dreht auch Westeuropa ins Plus, was für das Gesamtgebiet einen moderaten Anstieg (+ 1^{1/2}%) ergibt.

Kontinuierlicher Anstieg des Tiefbaus mit stärkeren Impulsen vom Neubau

Neu- oder Ausbau sowie Erhaltung, Substanzwertsicherung und Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur (Straßen-, Schienen- und Kanalnetz sowie Flughäfen und Hafenanlagen), die Versorgung mit Wasser und die Entsorgung von Abwasser und Abfällen sowie Energieversorgungs- und Telekommunikationsnetze sind die wichtigsten Bauwerkskategorien im *Tiefbau*. Im Basisjahr 2001 erreichte das Bauvolumen in dieser Sparte erstmals etwas mehr als 200 Mrd. €, was einem Anteil von über einem Fünftel des europäischen Bauvolumens entspricht (Westeuropa: 20^{1/2}%; Mitteleuropa: fast 34%).

Trotz etlicher, in einigen Ländern und Jahren prozentual sogar zweistelliger Rückgänge (1999 in Dänemark und vor allem in der Slowakei; 2000 in Norwegen; 2001 in Polen) wurden die gesamten Tiefbauleistungen in Europa in den letzten Jahren kontinuierlich ausgeweitet. Nach der Abschwächung des Wachstums 2001 auf + 2% wurden schon für im abgelaufenen Jahr wieder fast + 2^{1/2}% erreicht, wobei Belgien, Frankreich, Deutschland, Niederlande und Portugal sowie vor allem Polen negative Veränderungsdaten zu verzeichnen hatten.

Die stabile Aufwärtsentwicklung des Tiefbaus wird sich voraussichtlich auch in der mittelfristigen Projektion bis 2005 fortsetzen. In Mitteleuropa expandiert das Bauvolumen in dieser Sparte ab 2003 mit zweistelligen Raten; für Westeuropa werden für 2003 und 2004 jeweils rund + 3%, im Ausblick auf 2005 wird allerdings wieder eine leichte Abflachung erwartet. Die Tiefbau-Rezession in Irland dauert bis 2005 an; Norwegen befürchtet für 2005 einen massiven und die Schweiz einen leichten Rückgang des Tiefbauvolumens.

Mit der Basis 2002 = 100 klettert der Tiefbau-Index im EUROCONSTRUCT-Gebiet bis zum Prognoseendjahr 2005 ziemlich flott auf 111 Punkte (vgl. Abb. 3). Damit lässt diese Sparte die beiden Hochbaubereiche Wohnungs- und Nichtwohnbau klar hinter sich.

Ein relativ großer Anteil entfällt im europäischen Tiefbau auf den *Neubau* (2001 in West- und Mitteleuropa und damit insgesamt fast 67%). Der Neubau expandiert in dieser Bausparte im Zeitraum 2002 bis 2005 voraussichtlich stärker (über + 21 Mrd. € oder rund + 16%) als die *Altbauerneuerung* (fast + 6 Mrd. € oder mehr als + 8^{1/2}%).¹⁰ Der Tiefbau erhält im Vorausschätzungszeitraum die stärkeren Impulse also (anders als die beiden Hochbausparten) vom

¹⁰ Die Renovierungs- und Modernisierungsmaßnahmen im Tiefbau werden in manchen EUROCONSTRUCT-Ländern so niedrig ausgewiesen, dass man Untererfassungen bzw. Abgrenzungsprobleme nicht völlig ausschließen kann.

Neubau, also von der Errichtung neuer Verkehrs- und Kommunikations- sowie Ent- und Versorgungsbauwerke.

Stark variierende sowie konjunkturell und tendenziell fallende Neubau-Anteile

Das Verhältnis zwischen *Neubau* (Errichtung von neuen Wohn- und Nichtwohngebäude sowie von Tiefbauten) und *Altbauerneuerung* (Baumaßnahmen in und an bestehenden Bauwerken) lag in Europa im Basisjahr 2001 beim gesamten Bauvolumen bei etwa 57 zu 43 (Westeuropa: 56 zu 44; Mitteleuropa: 74 zu 26; vgl. Tab. 3).

Insgesamt dominiert also der Neubau noch deutlich, in der Tendenz und speziell im Prognosezeitraum bis 2005 gewinnen die Bestandsmaßnahmen aber leicht an relativer Bedeutung (Relation Neubau zu Altbauerneuerung 2005: 56 zu 44), weil einerseits der Bedarf an zusätzlichen Bauwerken in den »reifen« Volkswirtschaften zurückgeht und an-

dererseits der Aufwand zur Erhaltung, Substanzwertsicherung und Modernisierung der mittlerweile sehr großen Bauwerksbestände sowie zu deren Anpassung an neue Anforderungen im raschen Strukturwandel der Wirtschaft immer größer wird.

Schwankungen bei den *Anteilswerten* der beiden Bauleistungskategorien ergeben sich sowohl im Wohnungsbau als auch im Nichtwohnhochbau und im Tiefbau dadurch, dass der Neubau in allen Bausparten viel stärkere zyklische Ausschläge aufzuweisen hat. Dies liegt an den – eingangs bereits angesprochenen – Besonderheiten des Bausektors, es spielen aber auch spekulative Einflüsse sowie das Verhalten der staatlichen Institutionen eine wichtige Rolle.

Die Baumaßnahmen im und am Bauwerksbestand werden dagegen relativ stetig, wenngleich nicht völlig »störungsfrei« ausgeweitet. Die Altbauerneuerung expandiert in den drei Bausparten langsamer, oder sie geht sogar zurück, wenn Einkommen, Gewinne und Steuern (schon in den Erwartungen der Akteure) nur schwach steigen oder sogar schrumpfen und wenn das Transaktionsvolumen mit Immobilien nur wenig ausgeweitet wird oder sogar – wie in Deutschland seit einer Reihe von Jahren – Niveaurückgänge zu verzeichnen hat.

In Westeuropa lag der *Neubauanteil* am Bauvolumen 2001 in allen Ländern außer in Italien und Schweden über 50%, in Frankreich allerdings nur knapp; er fällt dort 2005 unter diese Marke (vgl. Tab. 3). Besonders hohe Anteilswerte des Neubaus lassen sich (außer für Österreich, was allerdings auf ganz spezielle Abgrenzungs- und Zuordnungsprobleme zurückzuführen sein dürfte) für die dynamisch wachsenden Länder Irland und Portugal sowie für drei der vier Visegrád-Staaten (außer Polen) errechnen.

Bedingt durch die anhaltende Konjunkturschwäche im europäischen Bausektor sinkt der Neubauanteil bis 2005 in Westeuropa deutlich, in Mitteleuropa aber nur wenig ab. Ausnahmen sind Deutschland, wo die Baukonjunktur und damit vor allem der Neubau ab 2004 wieder anziehen, Italien und Schweiz sowie Großbritannien mit einem konstanten Neubauanteil. Mit einer beschleunigten Aufwärtsentwicklung des Bauvolumens dürfte es in weiteren Ländern zeitweilig zu einer Zurückdrängung der Altbauerneuerung und damit zu »konjunkturell« steigenden Neubauanteilen kommen.

Enger Zusammenhang zwischen Bruttoinlandsprodukt und Bauvolumen

Zwischen dem Niveau des *Bauvolumens* und der (Summe der übrigen Teilaggregate) des *Bruttoinlandsprodukts* besteht eine enge positive Korrelation: Wohlhabende Länder

Tab. 3

Anteil (in %) des Neubaus am realen Bauvolumen^{a)} in Europa^{b)} 2001 und 2005^{c)}

	2001	2005	Veränderung ^{d)}
Belgien	66,9	66,2	-0,8
Dänemark	60,1	58,7	-1,4
Deutschland	53,5	54,3	0,8
Finnland	60,7	57,6	-3,1
Frankreich	50,2	48,6	-1,5
Großbritannien	58,5	56,4	-2,0
Irland	73,9	72,2	-1,7
Italien	42,2	42,4	0,2
Niederlande	54,1	51,0	-3,2
Norwegen	57,5	53,7	-3,8
Österreich	92,5	90,0	-2,5
Portugal	71,8	71,1	-0,7
Schweden	44,5	43,5	-1,0
Schweiz	60,0	61,3	1,3
Spanien	53,5	53,5	0,0
Westeuropa (EC-15)	56,2	55,0	-1,2
Polen	65,5	65,5	0,0
Slowakei	72,1	71,2	-0,9
Tschechien	76,7	77,1	0,4
Ungarn	79,7	79,5	-0,2
Mitteleuropa (EC-4)	73,9	73,7	-0,1
Europa (EC-19)	56,9	55,8	-1,0

a) Bauvolumen (ohne Mehrwertsteuer) in Preisen des Basisjahres 2001.

b) EUROCONSTRUCT-Gebiet: 15 west- und 4 mittelost-europäische Länder.

c) 2001: Istwerte; 2005: Ausblick.

d) Absolute Veränderung des Anteilswertes 2005 gegenüber 2001.

Quelle: EUROCONSTRUCT/ifo Institut für Wirtschaftsforschung (München, Dezember 2002).

können sich mehr und aufwendigere Bauwerke »leisten«, und sie müssen für die Substanzerhaltung ihres großen Bestands an Wohn- und Nichtwohngebäuden sowie an Tiefbauten permanent mehr ausgeben als »ärmere« Länder. Allerdings steigt der Bauanteil am BIP in wirtschaftlich rasch expandierenden Volkswirtschaften für einen längeren Zeitraum deutlich an, weil dadurch die Voraussetzungen für weiteres Wachstum erst geschaffen werden.

Zur Veranschaulichung dieses Zusammenhanges für die 19 EUROCONSTRUCT-Länder muss mit den Pro-Kopf-Werten gearbeitet werden, um die enormen Größenunterschiede auszuschalten. Für die beiden Stichjahre 2001 und 2005 ergibt sich jeweils eine ziemlich enge Streuung um eine Trendgerade (die Anpassung wäre mit einer abflachenden Kurve – auch gemäß der Theorie – vermutlich noch enger). Die Gerade für 2005 verläuft flacher (vgl. Abb. 4), was die ausgeprägte konjunkturelle Schwächephase des Bausektors in den Jahren 2002 und 2003 in einem insgesamt wenig dynamischen Umfeld widerspiegelt. Die Auswirkungen der Bauflaute dürften bis 2005 noch nicht völlig überwunden sein.

Im linken unteren Bereich des Streudiagramms sind in beiden Stichjahren die vier Visegrád-Staaten sowie die aggregierten Werte für *Mittelosteuropa* versammelt: Dort sind sowohl das Einkommens- bzw. BIP-Niveau als auch – und dies trotz seit einigen Jahren überproportionalen Zuwächsen – das Bauvolumen pro Einwohner vergleichsweise sehr niedrig (Bauvolumen pro Kopf in den MOE-Staaten 2001: rund 550 €; 2005 rund 650 €). Ganz weit oben rangieren in dieser Darstellung Norwegen sowie mit Abstrichen die Schweiz. Deutschland befindet sich mit weiteren Ländern in einem »Punkteknäuel« dicht am westeuropäischen Durchschnitt (Bauvolumen pro Kopf in Westeuropa 2001: rund 2 400 €; 2005 rund 2 450 €). In *Westeuropa* sind das Bau-

volumen und das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner also jeweils rund *viermal so groß* wie in *Mittelosteuropa*.

Sowohl bezüglich des »Bau-Niveaus« als auch hinsichtlich der »Bewegung« der Koordinaten zwischen 2001 und 2005 fällt *Irland* deutlich aus dem Rahmen: Bei »mittelmäßigem« BIP pro Kopf wurde dort im Basisjahr 2001 pro Einwohner das mit Abstand höchste Bauvolumen realisiert; 2005 dürfte der BIP-Wert deutlich höher sein, das Bauvolumen erreicht nach massiven Einbrüchen aber nur noch einen wesentlich niedrigeren Wert als 2001 (vgl. Abb. 4). Auch in Portugal sinkt der »Bau-Beitrag« zum allerdings deutlich schwächeren BIP-Wachstum »sichtlich« ab.

Fazit: Verlängerung und Verschärfung der Bauflaute in Europa, ...

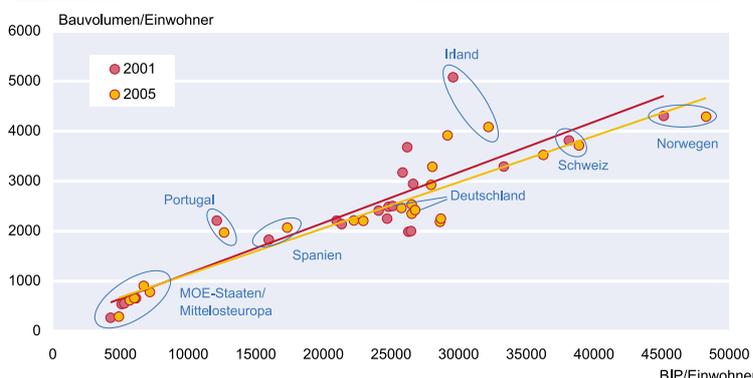
Die bis zum Frühsommer des abgelaufenen Jahres gehegten Erwartungen einer rasch *anspringenden Baukonjunktur in Europa* wurden enttäuscht: Das Bauvolumen stagnierte 2002 im EUROCONSTRUCT-Gebiet bei 953 Mrd. €, und auch für 2003 wird noch nicht mit einem Überwinden der verlängerten und teilweise sogar verschärften *Flaute im Bausektor* gerechnet. Allerdings gibt es auch in etlichen westeuropäischen Ländern Anzeichen für eine baldige Erholung. Mit Bangen warten jetzt alle Akteure auf den mehrfach angekündigten *Bauaufschwung*.

Nach den im Dezember 2002 aktualisierten Prognosen des EUROCONSTRUCT-Netzwerkes (mit dem ifo Institut als deutschem Partner) wird die Schwächephase im europäischen Bausektor im Verlauf dieses Jahres allmählich überwunden. Für 2004 und im Ausblick auf 2005 wird von einem moderaten *Anstieg des Bauvolumens* in den 19 einbezogenen Ländern ausgegangen (Zunahmen um etwas über 1% und rund 2%). Das aggregierte reale Bauvolumen in Europa dürfte bis 2005 auf etwa 990 Mrd. € ansteigen und damit einen neuen Spitzenwert erreichen; der Zuwachs gegenüber dem Basisjahr 2001 beträgt aber bloß »magere« 4%. Zur absoluten Zunahme des Bauvolumens um rund 38 Mrd. € im Vierjahreszeitraum steuern Großbritannien und Spanien allein rund 28 Mrd. € bei.

Zur absoluten Zunahme des Bauvolumens um rund 38 Mrd. € im Vierjahreszeitraum steuern Großbritannien und Spanien allein rund 28 Mrd. € bei.

Im klar dominierenden *Westeuropa* (Anteil am europäischen Bauvolumen: rund 95%) wird die seit 2001 andauernde Stagnation der Bautätigkeit nur sehr zögerlich überwunden. Vor allem *Deutschland* hält mit seinem großen Gewicht den Anstieg der Bautätigkeit in Europa weiter »dicht am Boden«, weil die Baurezession auch 2003 noch nicht überwunden und für 2004 kaum mehr als Stagnation erwartet wird. Solange dieser be-

Abb. 4 Pro-Kopf-Werte von Bauvolumen^{a)} und Bruttoinlandsprodukt in Europa^{b)} 2001 und 2005^{c)} in Euro



a) Reales Bauvolumen (ohne Mehrwertsteuer; in Preisen des Basisjahres 2001).
 b) EUROCONSTRUCT-Gebiet: 15 west- und 4 mittelosteuropäische Länder.
 c) 2001: Istwerte; 2005: Ausblick.

Quelle: EUROCONSTRUCT/ifo Institut (München, Dezember 2002).

deutende Bauleistungsmarkt nicht wieder größere Dynamik entfaltet, wird es in Europa schwerlich einen kräftigeren Bauaufschwung geben können. *Mittelosteuropa* dürfte schon 2003 wieder auf einen steilen Wachstumspfad mit überproportionaler Zunahme des Bauvolumens einschwenken, weil der massive Einbruch im gewichtigen Polen überraschend schnell »ausgebügelt« wird.

Insgesamt zeigt die Differenzierung des europäischen Bau-sektors nach Ländern ein sehr heterogenes Bild: Die *Positionen im Bauzyklus* reichen für die »echten« Prognosejahre 2003 bis 2005 von einer verschärften Baurezession in Irland über das erwartete Verlassen der Talsohle (außer in Deutschland z. B. auch in Frankreich und Italien) und eine zunehmende Dynamik in Belgien und Finnland sowie in den MOE-Staaten bis zum Überschreiten des oberen Wendepunktes in Großbritannien. Von einer stärkeren *Synchronisierung der Baukonjunktur* in Europa kann also keine Rede sein. Für europaweit agierende Zulieferbetriebe und Finanzierungsinstitute ergeben sich neue Chancen in wechselnden Regionen.

... aber bessere Zeiten ab 2004 nach Überwinden der Neubauschwäche

Vor allem im Wohnungsbau, aber auch im Nichtwohnhochbau zog und zieht der *Neubau* (Errichtung von neuen Eigenheimen und Mehrfamiliengebäuden sowie von Büro-, Fabrik- und Handelsgebäuden) kräftig nach unten. Der Tiefbau erhält allerdings von der Errichtung neuer Bauwerke (Verkehrs- sowie Ver- und Entsorgungsinfrastruktur) die entscheidenden Wachstumsimpulse. Im *Wohnungsbau* wird die Neubaukrise, die diesmal besonders massiv den Eigenheimsektor in Westeuropa erfasst, noch bis 2004 andauern und dann nur allmählich überwunden. Etwas früher dürfte die Stabilisierung in dieser Teilsparte des *Nichtwohnbau* einsetzen, wo der Einbruch ohnehin nicht ganz so scharf gewesen ist. Voraussetzung für das Überwinden der Neubaukrise in Europa und damit wenigstens für einen moderaten Bauaufschwung sind wachsendes Vertrauen bei den privaten Investoren (Haushalte und Unternehmen) und erweiterte finanzielle Spielräume bei den staatlichen Institutionen; letzteres könnte insbesondere dem *Tiefbau* zusätzliche Impulse geben.

Insgesamt stabilisierend wirkt im gesamten Prognosezeitraum (wie schon davor) die *Altbauerneuerung*, die auch in den Jahren 2002 bis 2005 wesentlich stärker expandiert als der Neubau. Auch längerfristig ist mit Anteilsgewinnen der Bestandsmaßnahmen zu rechnen, weil immer mehr Bauwerke unterhalten und modernisiert werden müssen, der rasche Strukturwandel häufige Anpassungen und Umwidmungen erzwingt und die Kostenkontrolle in Unternehmen und beim Staat weiter verschärft wird.

Zwischen Niveau und Entwicklung des *Bauvolumens* und (den übrigen Komponenten) des Bruttoinlandsprodukts besteht ein enger Zusammenhang: In relativ armen Ländern sind die jeweiligen Pro-Kopf-Werte niedrig, im Entwicklungs- und Aufholprozess (etwa der MOE-Staaten) wächst das Bauvolumen aber schneller als die Gesamtwirtschaft – der Bauanteil am BIP steigt an. Wohlhabende Länder (z. B. im »alten« Europa) können sich größere und aufwändigere Bauwerke leisten, sie müssen aber auch für den riesigen Bestand an Gebäuden und Tiefbauten (anteilig) mehr für die Erhaltung und Substanzwertsicherung aufbringen.

Pro Einwohner gerechnet sind Bauvolumen und Bruttoinlandsprodukt in Westeuropa rund *viermal so hoch* wie in Mittelosteuropa (Bauvolumen 2001: rund 2 400 € zu etwa 550 €). Trotz überproportionaler Zunahme des Bauvolumens in den vier Visegrad-Staaten wird sich im Prognosezeitraum bis 2005 an dieser Relation nichts Entscheidendes ändern. Die Erwartung »guter Baugeschäfte« in den östlichen Nachbarländern muss – gerade auch im Vorfeld der EU-Erweiterung (vgl. Birtel 2002) – diese Größenrelationen unbedingt im Auge behalten.

Literatur

- Birtel, Th. (2002), »EU-Osterweiterung – Betriebliche Strategien zur Erschließung der Baumärkte in den Beitrittsstaaten«, in: Gesellschaft zur Förderung des Deutschen Baugewerbes mbH und Betriebswirtschaftliches Institut der Bauindustrie GmbH (Hrsg.), *EU-Osterweiterung – Chancen und Risiken für Bauunternehmen*, ZDB-Schriftenreihe Band 50, Berlin (November).
- EUROCONSTRUCT (Ed.: Ifo Institute, 2002 a), *The Outlook for the European Construction Sector – Summary Report*, 54th EUROCONSTRUCT conference, Munich, December 2002 (nicht veröffentlicht).
- EUROCONSTRUCT (Ed.: Ifo Institute, 2002 b), *The Outlook for the European Construction Sector – Country Report*, 54th EUROCONSTRUCT conference, Munich, December 2002 (nicht veröffentlicht).
- FIEC (Fédération de l'Industrie Européenne de la Construction) (2002), *Die Bautätigkeit in Europa – Konjunkturreport Nr. 46* (dreisprachig: deutsch – englisch – französisch), Brüssel.
- Jacob, D. (2002), »EU-Osterweiterung – Betriebliche Strategien zur Marktbekämpfung im Inland«, in: Gesellschaft zur Förderung des Deutschen Baugewerbes mbH und Betriebswirtschaftliches Institut der Bauindustrie GmbH (Hrsg.), *EU-Osterweiterung – Chancen und Risiken für Bauunternehmen*, ZDB-Schriftenreihe Band 50, Berlin.
- Rußig, V. (2003), »Anhaltender Rückgang der Wohnungsfertigstellungen in Europa«, *ifo Schnelldienst* 56 (2), 11–19.
- Rußig, V. (2002a), »EU-Osterweiterung – Gesamtwirtschaftliche Effekte und Auswirkungen auf den Bausektor«, in: Gesellschaft zur Förderung des Deutschen Baugewerbes mbH und Betriebswirtschaftliches Institut der Bauindustrie GmbH (Hrsg.), *EU-Osterweiterung – Chancen und Risiken für Bauunternehmen*, ZDB-Schriftenreihe Band 50, Berlin.
- Rußig, V. (2002b), »Bautätigkeit in Europa: Nach der Flaute wieder deutlich höhere Wachstumsbeiträge«, *ifo Schnelldienst* 55 (14), 27–36.
- Rußig, V. (2002c), »Wohnungsneubau in Europa: 2002 wird die Talsohle erreicht«, *ifo Schnelldienst* 55 (13), 25–32.
- Sinn, H.-W. (2002), »Die rote Laterne – Die Gründe für Deutschlands Wachstumsschwäche und die notwendigen Reformen«, *ifo Schnelldienst* 55 (23), 3–32.
- Sinn, H.-W., W. Nierhaus, W. Meister, O.-E. Kuntze und J.-E. Sturm (2002), »ifo Konjunkturprognose 2003: Nur zögerliche Belebung«, *ifo Schnelldienst* 55 (24), 22–44.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg., 2002), *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen – Beiheft Investitionen, 1970 bis 1. Halbjahr 2002*, Stuttgart: Metzler-Poeschel.
- Walter, N. und T. Just (2002), »Die deutsche Bauwirtschaft im Zuge der EU-Osterweiterung«, in: Verband der Bauindustrie für Niedersachsen e.V. (Hrsg.), *Strukturwandel – Jahrbuch 2002*, Hannover.

Westdeutsche Industrie: Nach Rückgang 2002 in diesem Jahr Erhöhung der Investitionen

– Die neuen Ergebnisse des ifo Investitionstests

23

Annette Weichselberger

An der schwerpunktmäßig im Oktober/November letzten Jahres durchgeführten Investitionsbefragung beteiligten sich gut 1800 westdeutsche Unternehmen. Gemessen an den Bruttoanlageinvestitionen repräsentieren die erfassten Unternehmen das westdeutsche verarbeitende Gewerbe zu rund 50%. Ziel dieser quantitativen Befragung ist es, die amtlichen Ex-post Daten des Statistischen Bundesamtes, die mit bis zu zwei Jahren Verspätung erscheinen, am aktuellen Rand mittels Prognosen zu ergänzen. Erhoben wurden neben den Anlagezugängen im letzten Jahr die Investitionspläne für 2003 sowie die Zielsetzung der Investitionsstätigkeit. Die hier dargestellten Ergebnisse beziehen sich auf die Aktivitäten der westdeutschen Firmen in den alten Bundesländern. Die Investitionsentwicklung in den neuen Bundesländern wird wegen der deutlich differierenden Strukturen weiterhin gesondert erfasst und ausgewertet.

2002: Investitionsrückgang stärker als geplant

Die für letztes Jahr erwartete konjunkturelle Erholung blieb aus. Die Auslandsnachfrage zog zwar wieder etwas an. Die Inlandsnachfrage war jedoch leicht rückläufig, so dass die Kapazitätsauslastung der Industrieunternehmen nur unzureichend war. Sie mussten ihre Produktion im letzten Jahr sogar einschränken, und relativ viele Unternehmen sahen sich gezwungen, Insolvenz anzumelden. 2002 war das Investitionsklima somit alles andere als gut.

Nach den aktuellen Ergebnissen des ifo Investitionstests hat das westdeutsche verarbeitende Gewerbe seine Investitionen im letzten Jahr erstmals seit 1994 wieder gekürzt, und zwar stärker, als es sich in der Frühjahrserhebung abgezeichnet hatte. Die Pläne vom Frühjahr letzten Jahres ließen nämlich einen nur leichten Rückgang von 2% erwarten. Nach einer vom ifo Institut Mitte 2002 durchgeführten Sonderumfrage hatte bereits jedes dritte Unternehmen – sowohl die großen als auch die kleinen und mittelgroßen – seine Investitionsabsichten im Laufe des ersten Halbjahres nach unten revidiert. Als Hauptgründe wurden hierfür die allgemeine konjunkturelle Entwicklung und die damit verschlechterte Auftragslage genannt. Insgesamt gesehen wurde 2002 nach der aktuellen Hochrechnung in der Industrie mit knapp 44 Mrd. € rund 5% weniger in neue Bauten und Ausrüstungsgüter investiert als 2001. Der reale Rückgang bewegt sich aufgrund der nur

minimalen Preiserhöhungen für Investitionsgüter im letzten Jahr in gleicher Größenordnung. Damit haben sich die Investitionen im westdeutschen verarbeitenden Gewerbe nicht so ungünstig entwickelt wie in der Gesamtwirtschaft, wo der Rückgang gut 6% (real knapp 7%) betrug (Sinn et al. 2002).

Investitionskürzungen auf breiter Ebene

Auf Sektorebene war 2002 nur im *Bergbau* ein leichter Investitionsanstieg von rund 3% zu verzeichnen. Alle anderen Sektoren meldeten Investitionsrückgänge. Im *Nahrungs- und Genussmittelgewerbe* wurden die Ausgaben für neue Bauten und Ausrüstungsgüter sogar um 8% gekürzt.

Im *Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe* wurden die Investitionen 2002 im Durchschnitt um 7% eingeschränkt. Der bauabhängige Bereich Steine und Erden kürzte seine Investitionsausgaben gegenüber dem Vorjahr am stärksten – um rund ein Viertel. Deutliche Rückgänge um rund 20% wurden auch von der eisenschaffenden Industrie, der Holzbearbeitung und von der Gummiverarbeitung gemeldet. Die Ziehereien und Kaltwalzwerke schränkten ihre Investitionsausgaben um 15% ein und die Zellstoff-, Papier- und Pappeerzeugung sowie die Mineralölverarbeitung (einschl. Vertrieb) um 10%. Ein im Vergleich zu 2001 unverändertes Investitionsniveau war im letzten Jahr in der chemischen Industrie und bei den Gie-

Bereiten zu verzeichnen. Erhöht hat seine Investitionen im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe nur der NE-Bereich (+ 10%).

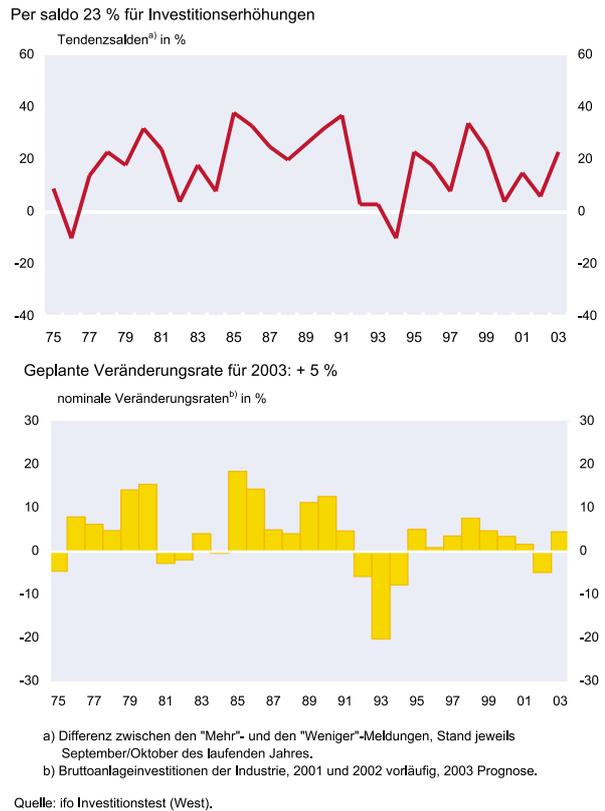
Die Unternehmen des *Investitionsgüter produzierenden Gewerbes* investierten im letzten Jahr rund 2% weniger in neue Bauten und Ausrüstungsgüter als 2001. Dass der Rückgang in diesem Bereich relativ gering ausfiel, ist auf die anhaltend rege Investitionstätigkeit der Hersteller von Straßenfahrzeugen zurückzuführen. Sie stockten 2002 ihre Ausgaben für Sachanlagen um knapp 10% auf. Fast ein Viertel der Investitionen des gesamten verarbeitenden Gewerbes wird vom Straßenfahrzeugbau getätigt. Der Luft- und Raumfahrzeugbau hat seine Investitionen zwar noch stärker – um rund ein Viertel – erhöht, vom Volumen her fällt dieser Anstieg jedoch nicht so stark ins Gewicht wie der im Straßenfahrzeugbau. Kürzungen zwischen 20 und 30% meldeten demgegenüber die Branchen Stahlverformung, Herstellung von EBM-Waren sowie die Feinmechanik und Optik. Mit rund 10% waren die Rückgänge in der Elektrotechnik, im Maschinenbau und in der Herstellung von EDV-Geräten etwas niedriger. Die Stahl- und Leichtmetallbauer investierten 2002 im gleichen Umfang wie im Jahr zuvor.

Mit 9% fiel der Investitionsrückgang 2002 auf Hauptgruppenebene am stärksten im *Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe* aus. Ein Anstieg der Investitionen um 10 bis 20% wurde nur vom Ledergewerbe und von der Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Schmuck usw. gemeldet. In allen anderen Verbrauchsgüter produzierenden Branchen wurden die Ausgaben für Sachanlagen im letzten Jahr reduziert: in der Holzverarbeitung um rund ein Viertel, in der Herstellung und Verarbeitung von Glas, im Bereich Druckereien und Vervielfältigung und im Textilgewerbe um 10 bis 15% sowie in der Feinkeramik, in der Papier- und Pappeverarbeitung, in der Kunststoffverarbeitung und im Bekleidungs-gewerbe um 5 bis 10%.

2003: Investitionsanstieg um knapp 5%

Nach den aktuellen Ergebnissen der Investitionserhebung des ifo Instituts werden die Investitionen der westdeutschen Industrie 2003 wieder zunehmen. So planen 55% der Unternehmen ihre Investitionsausgaben zu erhöhen, während 32% weniger als im letzten Jahr investieren wollen. Rund 13% wollen gleichviel wie in 2002 investieren. Der aus den »Mehr«- und »Weniger«-Meldungen für 2003 resultierende Saldo beträgt somit + 23 (vgl. Tab. 2). Im vergangenen Jahr lag der entsprechende Saldo nur bei + 6. Berücksichtigt man ferner die quantifizierten Angaben der Unternehmen, dann ist damit zu rechnen, dass die westdeutsche Industrie 2003 um knapp 5% mehr investieren wird als im letzten Jahr (vgl. Abb. 1). Real gesehen, d.h. unter Ausschaltung der zu er-

Abb. 1
Planung und tatsächliche Entwicklung der Investitionen in der westdeutschen Industrie



wartenden Preissteigerungen für neue Bauten und Ausrüstungen, wird das westdeutsche verarbeitende Gewerbe seine Bruttoanlageinvestitionen 2003 voraussichtlich um 4% erhöhen (vgl. Tab. 1).

Ein weiteres Indiz für die sich anbahnende Belebung der Investitionstätigkeit ist die Entwicklung der Auftragseingänge bei den Industrieausrüstern des Maschinenbaus, die ein guter Indikator für die Investitionsneigung der Unternehmen ist. Im zweiten Halbjahr letzten Jahres haben die Bestellungen wieder etwas zugenommen (vgl. Abb. 2).

Investitionssteigerungen in fast allen Bereichen

Betrachtet man die Investitionspläne für dieses Jahr auf Hauptgruppenebene, so ist im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe und im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe eine Erhöhung und im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe eine Kürzung der Ausgaben für neue Bauten und Ausrüstungsgüter zu erwarten. Im *Nahrungs- und Genussmittelgewerbe* ist ein Investitionsvolumen geplant, das dem von 2002 entspricht. Das gilt auch für den *Bergbau*.

Tab. 1
Bruttoanlageinvestitionen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe Westdeutschlands
 (in jeweiligen Preisen)

	in Mill. €		Veränderungsraten in %		
	2000	2001 ^{a)}	2001/2000 ^{a)}	2002/2001 ^{a)}	2003/2002 ^{b)}
Bergbau	590	610	+ 3	+ 3	± 0
Verarbeitendes Gewerbe	44 960	45 720	+ 2	- 5	+ 5
davon:					
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	12 210	11 940	- 2	- 7	+ 2
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	22 470	24 235	+ 8	- 2	+ 8
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	6 840	6 125	- 10	- 9	- 1
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	3 440	3 420	- 1	- 8	± 0
Bergbau und verarbeitendes Gewerbe	45 550	46 330	+ 2	- 5	+ 5

^{a)} Vorläufig. – ^{b)} Geschätzt aufgrund von Planangaben.

Quelle: ifo Investitionserhebungen.

Im *Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe* ist nach den vorliegenden Plänen der Unternehmen für 2003 nur ein leichter Investitionsanstieg von 2% vorgesehen. So will die chemische Industrie, die gemessen am Investitionsvolumen die größte Branche im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe ist, in ähnlichem Umfang in neue Bauten und Ausrüstungsgüter investieren wie im letzten Jahr. Das gilt auch für die NE-Metallerzeugung und die Gießereien. Relativ starke Investitionserhöhungen – zwischen 10 und 20% – sind aus jetziger Sicht in folgenden Branchen zu erwarten: Holzbearbeitung, Zellstoff-, Papier- und Pappeherzeugung, Mineralölverarbeitung (einschl. Vertrieb) und Gummierzeugung. Kürzungen der Investitionsausgaben um 5 bis 10% haben demgegenüber die Unternehmen der eisenschaffenden Industrie und die des Bereichs Steine und Erden vorgesehen.

Das *Investitionsgüter produzierende Gewerbe* trägt mit einer Investitionserhöhung von 7% am stärksten zum Anstieg in 2003 bei. In fast allen Branchen dieses Bereichs sind Zuwächse geplant. Der Straßenfahrzeugbau will seine Ausgaben für Sachanlagen um 5% aufstocken. Das gilt auch

für den Maschinenbau, den Stahl- und Leichtmetallbau und die Herstellung von EBM-Waren. Etwas stärkere Erhöhungen – zwischen 10 und 15% – sind in der Elektrotechnik und in der Feinmechanik, Optik geplant. Der Luft- und Raumfahrzeugbau hat einen Investitionszuwachs von rund 20% gemeldet. In der Stahlverformung und in der Herstellung von EDV-Geräten dürften sich die Investitionen auf dem Vorjahresniveau bewegen.

Im Gegensatz zu den anderen Bereichen werden im *Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe* die Investitionsausgaben 2003 im Durchschnitt leicht – um 1% – eingeschränkt. Die Verbrauchsgüterindustrien sind besonders stark von der schwachen Binnennachfrage betroffen. Investitionserhöhungen zwischen 5 und 10% sind nur in der Papier- und Pappeherzeugung, in der Kunststoffverarbeitung sowie im Textil- und im Bekleidungs-gewerbe geplant. Investitionseinschränkungen zwischen 5 und 10% haben demgegenüber die Unternehmen des Bereichs Druckerei und Vervielfältigung, der Feinkeramik und die Hersteller von Musikinstrumenten, Spielwaren und Schmuck usw. vorge-

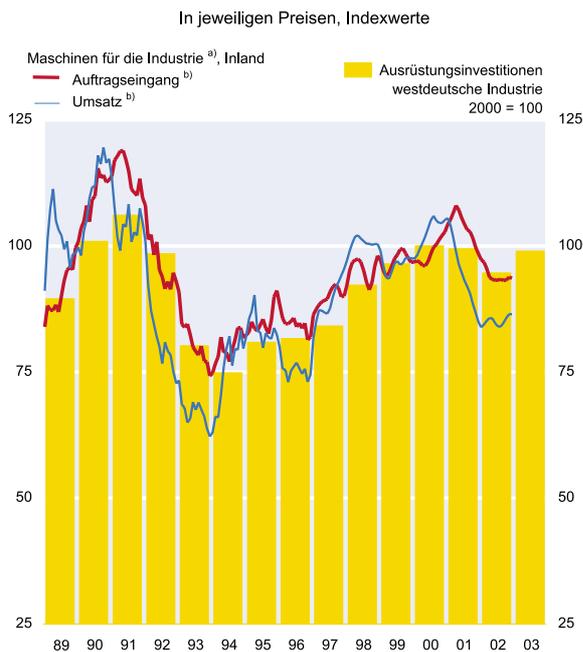
Tab. 2
Tendenzen der Investitionsplanung im verarbeitenden Gewerbe Westdeutschlands

	Im Jahre 2003 wollen gegenüber 2002 ...% der Unternehmen ^{a)} investieren				Zum Vergleich: Planungstendenzen für 2002 2001	
	mehr	etwa gleich viel	weniger	Saldo ^{b)}	Saldo ^{b)}	Saldo ^{b)}
Verarbeitendes Gewerbe	55,3	12,5	32,2	+ 23	+ 6	+ 15
davon:						
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	43,4	3,0	53,6	- 10	- 27	+ 14
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	62,7	15,9	21,4	+ 41	+ 24	+ 23
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	50,6	12,2	37,1	+ 13	- 10	+ 3
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	49,8	21,2	29,1	+ 21	+ 23	- 7

^{a)} Die Firmenangaben wurden mit dem Umsatz gewichtet. Die Ergebnisse der Hauptgruppen wurden durch Gewichtung der Gruppendaten mit den hochgeschätzten Investitionen ermittelt. – ^{b)} Der Saldo ist die Differenz der »Mehr«- und »Weniger«-Meldungen.

Quelle: ifo Investitionserhebungen.

Abb. 2
Nachfrage der westdeutschen Industrie nach Ausrüstungsgütern



a) Hersteller von Baustoffmaschinen, Hütten- u. Walzwerksanlagen, Gießereimaschinen, Apparatebau, Holzbearbeitungsmaschinen, Gummi- u. Kunststoffmaschinen, Druck- u. Papiermaschinen, Werkzeugmaschinen, Präzisionswerkzeuge, Schuh- u. Ledermaschinen, Trocknungsanlagen, Textilmaschinen, Nähmaschinen und Nahrungsmittelmaschinen.
b) Saisonbereinigt und geglättet.

Quelle: VDMA, ifo Institut.

sehen. In der Holzverarbeitung und im Ledergewerbe dürften die Budgetkürzungen in diesem Jahr sogar über 10% liegen. Ein gegenüber 2002 unverändertes Investitionsvolumen ist nach dem derzeitigen Planungsstand in der Herstellung und Verarbeitung von Glas zu erwarten.

Ersatzbedarf hat zugenommen

Im Rahmen der Herbsthebung werden die Unternehmen auch zu ihren Investitionsmotiven befragt. Die hier dargestellten Ergebnisse hinsichtlich der Investitionsziele sind jedoch nicht mit denen der Frühjahrserhebung vergleichbar, da die Fragestellung sich unterscheidet. Während im Frühjahr die Unternehmen nur das Hauptmotiv ihrer Investitionstätigkeit ankreuzen müssen, werden sie in der Herbsthebung um eine prozentuale Aufteilung der Investitionen nach den unterschiedlichen Investitionsmotiven gebeten. Die Fragestellung erlaubt es somit, die Investitionen im Hinblick auf die jeweilige Zielsetzung unmittelbar zu quantifizieren. Des Weiteren ist der Zielekatalog umfangreicher als in der Frühjahrserhebung.

Wie in Zeiten eher schwacher Investitionstätigkeit zu erwarten, liegt das Schwergewicht der Investitionen bei *Er-*

satzbeschaffungen, die relativ konjunkturunabhängig sind (vgl. Tab. 3). Im Industriedurchschnitt waren 2002 gut 31% der Ausgaben für neue Bauten und Ausrüstungsgüter diesem Investitionsmotiv zuzuordnen. In diesem Jahr liegt der entsprechende Prozentsatz bei 30%. Damit werden 2003 – wie schon im letzten Jahr – knapp 14 Mrd. € für Ersatzbeschaffungen ausgegeben (vgl. Abb. 3). Verglichen mit dem Industriedurchschnitt haben Ersatzbeschaffungen 2003 in folgenden Branchen ein besonders starkes Gewicht: Steine und Erden, Zellstoff-, Papier- und Pappeherzeugung, Stahl- und Leichtmetallbau, Herstellung und Verarbeitung von Glas sowie im Ledergewerbe.

An zweiter Stelle steht das *Erweiterungsmotiv*, und zwar sowohl im letzten als auch in diesem Jahr. Im Durchschnitt des verarbeitenden Gewerbes ist ein Viertel der Investitionen in 2003 für Erweiterungsprojekte vorgesehen. In diesem Jahr wollen die Unternehmen der Mineralölverarbeitung (einschl. Vertrieb), des Luft- und Raumfahrzeugbaus sowie die Ziehereien und Kaltwalzwerke relativ stark ihre Kapazitäten erweitern.

Der von Anfang bis Mitte der neunziger Jahre zu beobachtende relativ hohe Anteil an Rationalisierungsinvestitionen ist im Laufe der letzten Jahre etwas zurückgegangen. Anscheinend sind inzwischen die in dieser Richtung als notwendig erachteten Investitionen schon in erheblichem Umfang umgesetzt worden. Im Industriedurchschnitt entfällt auf *Rationalisierungsmaßnahmen* nur gut ein Sechstel der Investitionsmittel. Hervorzuheben sind die für dieses Jahr geplanten Rationalisierungsaktivitäten in der Holzbearbeitung, in der Herstellung von EBM-Waren, in der Feinkeramik, in der Papier- und Pappeverarbeitung und bei den Gießereien.

Ein Achtel der Investitionen des verarbeitenden Gewerbes fließt in diesem – wie schon im letzten – Jahr in *Umstrukturierungsmaßnahmen*. Darunter sind Umstrukturierungen im

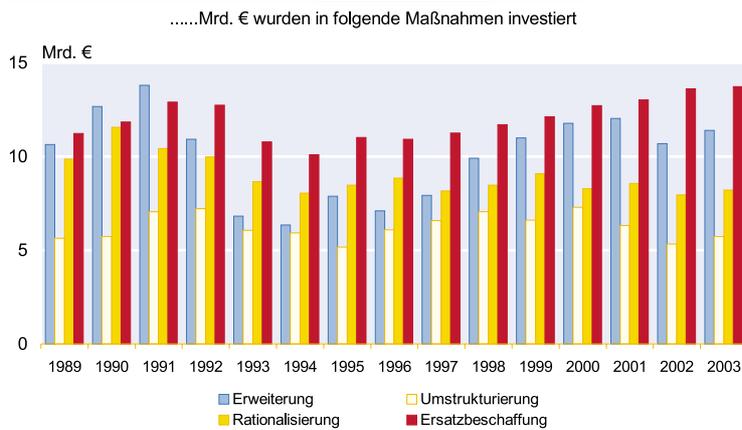
Tab. 3
Struktur der Investitionen
im westdeutschen verarbeitenden Gewerbe

Investitionskategorien	Anteil an den Gesamtinvestitionen in % ^{a)}	
	2002	2003
Kapazitätserweiterung	24,5	25,0
Umstrukturierung	12,2	12,6
Rationalisierung	18,2	18,0
Ersatzbeschaffung	31,2	30,1
Andere Investitionsvorhaben ^{b)}	13,9	14,3
Investitionen insgesamt	100,0	100,0

^{a)} Hochgerechnete, strukturbereinigte Anteilswerte. – ^{b)} Investitionen für Umweltschutzzwecke, zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, für Forschung und Entwicklung sowie für Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung u. a. m.

Quelle: ifo Investitionserhebung Herbst 2002.

Abb. 3
Westdeutsche Industrie investiert vor allem in Ersatzbeschaffungen



Produktionsprogramm ohne wesentliche Erweiterungseffekte zu verstehen, wie z.B. Erweiterung der Kapazität zur Herstellung bestimmter Produkte/Produktprogramme bei gleichzeitiger Einschränkung anderer Fertigungskapazitäten. Dieses Investitionsmotiv hat in den letzten zwei Jahren spürbar an Gewicht verloren. Ein recht hohes Gewicht hat es jedoch weiterhin im Straßenfahrzeugbau. Diese Branche hat für 2003 rund ein Viertel ihrer Investitionen für Umstrukturierungen vorgesehen.

Die restlichen Bruttoanlageinvestitionen im verarbeitenden Gewerbe (gut ein Siebtel) sind den sog. »anderen Investitionsvorhaben« zuzuordnen. Darunter fallen z.B. Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie Umweltschutzinvestitionen. Eine überdurchschnittliche große Rolle spielen diese Investitionen 2003 in der Herstellung von EDV-Geräten, im Straßenfahrzeugbau, in der Gummiverarbeitung und im Ledergewerbe.

Zusammenfassung

Das westdeutsche verarbeitende Gewerbe hat – wie die aktuellen Ergebnisse des ifo Investitionstests zeigen – seine Investitionen im letzten Jahr erstmals seit 1994 wieder gekürzt, und zwar stärker, als es sich in der Frühjahrserhebung abgezeichnet hatte. Nach einer vom ifo Institut durchgeführten Sonderumfrage Mitte letzten Jahres hat jedes dritte Unternehmen seine Investitionsabsichten bereits im Laufe des ersten Halbjahres nach unten revidiert. Als Hauptgründe wurden hierfür die allgemeine konjunkturelle Entwicklung und die damit verschlechterte Auftragslage genannt. Insgesamt gesehen hat die westdeutsche Industrie nach der aktuellen Hochrechnung mit knapp 44 Mrd. € 2002 und 5% weniger in neue Bauten und Ausrüstungsgüter investiert als 2001. Der reale Rückgang bewegte sich aufgrund der nur minimalen Preiserhöhungen für Investitions-

güter in gleicher Größenordnung. Damit haben sich die Investitionen im westdeutschen verarbeitenden Gewerbe jedoch nicht so ungünstig entwickelt wie in der Gesamtwirtschaft. Hier betrug der Rückgang gut 6% (real knapp 7%).

Nach den Investitionsplänen der Unternehmen werden die Investitionen der westdeutschen Industrie 2003 wieder zunehmen. So beabsichtigen 55% der Unternehmen ihre Investitionsausgaben 2003 zu erhöhen, während 32% weniger als im letzten Jahr investieren wollen. Rund 13% wollen gleichviel wie in 2002 investieren. Der aus den »Mehr«- und »Weniger«-Meldungen für 2003 resultierende Saldo beträgt somit + 23. Berücksichtigt man ferner die quantifizierten Angaben der Unternehmen, dann ist damit zu rechnen, dass die westdeutsche Industrie 2003 um fast 5% mehr investieren wird als im letzten Jahr. Real gesehen, d.h. unter Ausschaltung der zu erwartenden Preissteigerungen für neue Bauten und Ausrüstungen, wird das westdeutsche verarbeitende Gewerbe seine Bruttoanlageinvestitionen 2003 voraussichtlich um 4% erhöhen.

Vorrangiges Investitionsziel des westdeutschen verarbeitenden Gewerbes ist in diesem – wie schon im letzten – Jahr die Ersatzbeschaffung. Im Durchschnitt ist in diesem Jahr knapp ein Drittel des Investitionsbudgets für Ersatzbeschaffungen vorgesehen. Mit einem Anteil von 25% stehen Erweiterungsinvestitionen an zweiter Stelle, gefolgt von Rationalisierungsmaßnahmen mit 20%.

Literatur

Sinn, H.-W., W. Nierhaus, W. Meister, O.-E. Kuntze und J.-E. Sturm (2002), »ifo Konjunkturprognose 2003: Nur zögerliche Belebung«, ifo Schnelldienst 55 (24), 22–44.

Dänemark: Allmähliche Konjunkturerholung auf solider Wirtschaftsbasis

28

Oscar-Erich Kuntze

Relativ gute Wirtschaftsentwicklung 2002. Verzögerte konjunkturelle Erholung 2003. Spannungsarmer Aufschwung 2004. Wirtschaftspolitik stimuliert 2003 wenig und wird 2004 konjunkturneutral. Noch keine Entscheidung für die Einführung des Euro. Hervorragende dänische EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2002. Weiterhin Überschüsse in Staatshaushalt und Leistungsbilanz. Verlangsamung des Preisauftriebs zu erwarten. Lage auf dem Arbeitsmarkt weiter günstig.

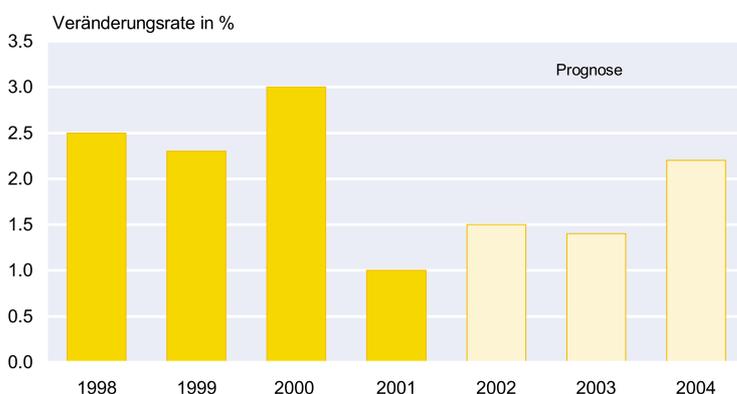
Das politische und soziale Umfeld wurde 2002 dominiert von der dänischen Ratspräsidentschaft in der EU. Dabei hat die Regierung ausgezeichnete Arbeit geleistet, was – wie auch das finnische Beispiel im zweiten Halbjahr 1999 und die belgische Bilanz im zweiten Semester 2001 – neuerlich zeigt, dass in dieser Hinsicht gute Resultate nicht von der Größe und Wirtschaftsmacht eines Landes abhängig sind. Hartnäckige Verhandlungsführung, effiziente Organisation, Transparenz und Einfühlungsvermögen wurden allgemein sehr gelobt und brachten den Dänen zudem den Ruf eines ehrlichen Maklers. Dies, obwohl sie durch die Nichtteilnahme ihres Landes an der rechtlichen, militärischen, währungspolitischen und polizeilichen Zusammenarbeit innerhalb der EU gehandicapt waren. Bei der Zusammenarbeit von EU-Institutionen wurden neue Maßstäbe gesetzt. Auf diese Weise gelang es, strittige Punkte wie die Liberalisierung des Energiesektors, das »Single Sky«-Abkommen für einen gemeinsamen europäischen Luftraum ab 2004, vor allem aber mit Schwung und Geschick die ebenfalls bis zuletzt heiklen

Verhandlungen über die Erweiterung der EU um zehn Länder, deren Beitritt zum 1. Mai 2004 vorgesehen ist, zu einem guten Abschluss zu bringen. Die Kriterien hierfür waren unter der dänischen EU-Präsidentschaft 1993 festgelegt worden.

Dieser Erfolg ist zu einem wesentlichen Teil Ministerpräsident Fogh Rasmussen zu danken, der erst ein halbes Jahr im Amt war und daher als Risiko für eine erfolgreiche Durchführung der EU-Ratspräsidentschaft galt. Seine Partei, die liberale, aber zur politischen Mitte hin tendierende Venstre, war aus den Parlamentswahlen vom November 2001 als stärkste Partei mit verdoppelter Abgeordnetenzahl hervorgegangen, während die seit dem Beginn der neunziger Jahre dominierenden Sozialdemokraten eine herbe Niederlage einstecken mussten. Wie üblich, leitet Rasmussen eine Minderheitsregierung, gestützt auf die Venstre und Det Konservative Parti. Beide Parteien verfügen im stark fragmentierten Folketing nur über 72 der 179 Sitze. Sie müssen sich ihre Mehrheiten von Fall zu Fall suchen. Gestützt wird die Regierung von der rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei, zu der jedoch Distanz bewahrt und deren Drängen nach formaler Einbindung in die Regierungsmacht abgewehrt werden konnte. Das fällt auch nicht allzu schwer, da die meisten Gesetze, einschließlich des Staatshaushalts, traditionell im Konsens mit den Oppositionsparteien beschlossen werden. So hat auch die sozialdemokratische Opposition dem Großteil der Gesetze des bürgerlichen Kabinetts zugestimmt. Bemerkenswerter Weise gilt das auch für die im Herbst 2002 erfolgte einschneidende Reform der Arbeitsmarktpolitik.

Um die Sozialdemokratische Partei war es nach ihrer Wahlniederlage zunächst still

Reales Bruttoinlandsprodukt



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

geworden – kein Wunder, war sie doch erstmals seit 1920 nicht mehr die stärkste politische Kraft. Derzeit befindet sie sich in einer Phase der Konsolidierung und des Neuanfangs. So wurden neue politische Ziele formuliert: Niedrigere Steuerbelastung, verstärkten Wohnungsbau, Verbesserung von Gesundheitswesen und Umweltpolitik. Zur Ausländerpolitik, die zu ihrer Wahlniederlage maßgeblich beigetragen hatte, wurde indes eine Festlegung vermieden. Auch kam es zu einem Führungswechsel. Nachdem der frühere Premierminister und Parteivorsitzende Poul Rasmussen im Sommer 2002 dreimal in wichtigen Fragen auf Parteiforen und in der Fraktion Niederlagen einstecken musste, legte er Ende des Jahres den Vorsitz nieder. Nachfolger wurde sein etwa gleich alter, langjähriger Vertrauter Mogens Lykketoft. Mit dem ehemaligen Außenminister übernahm zwar eine starke und strategisch denkende Persönlichkeit das Parteiruder. Aber die von der Basis gewünschte Verjüngung und Erneuerung der Spitze blieb aus, was die Geschlossenheit der Sozialdemokratische Partei auf längere Zeit beeinträchtigen dürfte.

Die traditionell den Sozialdemokraten nahe stehenden Gewerkschaften (Organisationsgrad ungefähr 87%, da sie die Arbeitslosenstellen verwalten) fürchten seit dem Regierungswechsel ein Schwinden ihres Einflusses. Das Klima zwischen dem dominierenden Verband LO und der Regierung ist schlecht. Hieraus resultieren auch harsche Reaktionen, wie etwa die Massendemonstration im März 2002 als Antwort auf die Arbeitsmarktreformen.

Die auswärtigen Gebiete Dänemarks, die über Autonomie in inneren Angelegenheiten verfügenden Färöer-Inseln und Grönland, bereiten dem Mutterland in letzter Zeit einigen Verdross. Auf Grönland brach die kurz nach den Wahlen Ende 2002 gebildete Regierung bereits Anfang 2003 auseinander, u.a. weil sie den seit längerem eingerissenen Nepotismus ungeniert fortgesetzt hatte. Bei fast allen Parteien ist jedoch der Wunsch nach noch mehr Autonomie, auch auf dem Gebiet der Außenpolitik, gewachsen. Auf den Färöer-Inseln geht die jahrzehntelange, gleichgewichtige Spaltung der Bevölkerung in Befürworter und Gegner einer Eigenstaatlichkeit weiter. Zwar haben die Separatisten bei den Wahlen vom April 2002 eine knappe Niederlage erlitten. Damit ist jedoch das Problem nicht gelöst. Und es wird sogar hochbrisant werden, falls im Off-shore-Gebiet der Inseln abbauwürdige Ölvorkommen gefunden werden sollten.

2002 erfolgte die einschneidendste Reform der Regierungsbehörden seit 1953. Die Zahl der Ministerien wurde von 21 auf 18 verringert, und Zuständigkeiten wurden in erheblichem Umfang innerhalb derselben neu verteilt. Es entstand ein Superministerium für Wirtschaft, das nun auch die Kompetenzen für Energie, Stadtentwicklung und Wohnungsbau bekam. Im Außenministerium ging das Ministerium für Entwicklungshilfe auf. Beim Finanzressort liegen jetzt u.a. auch die Zuständigkeiten für die amtlichen Konjunktur-

prognosen sowie für die Zusammenarbeit in der EU/ECIFIN. Auch das Steuerministerium erhielt weitere Zuständigkeiten. Wirtschaftsfragen werden nur noch von zwei Ministerien entschieden. Das macht Entscheidungsprozesse effizienter und transparenter und verringert die Bürokratie.

Die Kontinuität der Wirtschaftspolitik scheint gewährleistet, einschließlich des grundsätzlichen Erhalts des Wohlfahrtsstaates. Das gilt vor allem für die Preisstabilisierung und für die konsolidierungsorientierte Finanzpolitik; eine nennenswerte Senkung der im internationalen Vergleich sehr hohen Steuer- und Abgabenquote ist nicht abzusehen. Geld- und Wechselkurspolitisch bleibt es bei der engen Bindung an den Euro-Raum im Rahmen des EWS II. Die neue arbeitsmarktpolitische Linie wird konsequent umgesetzt. Größere Aufmerksamkeit als bisher gilt dem auch hier vielfach unzulänglichen Gesundheitswesen. Bei der Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Einrichtungen geht man behutsam vor. Gleiches gilt für die nahezu vom gesamten politischen und wirtschaftlichen Establishment befürwortete Abschaffung der im Maastricht II-Vertrag den Dänen zugestandenen Ausnahmeregelungen einschließlich der Einführung des Euro. Letztere dürfte akut werden, sollte in Schweden das diesbezügliche Referendum am 14. September 2003 positiv ausgehen.

Wirtschaftsentwicklung 2002

Die weltwirtschaftlichen Rahmendaten stellten sich etwa folgendermaßen dar: In den Vereinigten Staaten stieg das reale Bruttoinlandsprodukt um 2¹/₂%. In Japan entsprachen Nachfrage und Produktion annähernd den Volumina von 2001. In Mitteleuropa expandierte die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um fast 2¹/₂%. In Westeuropa, wie auch in der EU, nahm das reale Bruttoinlandsprodukt um knapp 1% zu; im Euro-Raum stieg es um gut 3³/₄% und in Deutschland um 1¹/₄%. Der Einfuhrpreis für Rohöl betrug in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt ca. 25¹/₂ US-Dollar pro Barrel; gegenüber dem Vorjahr ist das eine Verteuerung um rund 4%. Industrierohstoffe (ohne Öl) verbilligten sich gegenüber dem Jahr 2001 auf Dollar-Basis um etwa 3%. Der Wechselkurs des Euro betrug im Schnitt des Jahres 0,95 US-Dollar; im Jahre 2001 waren es 0,90 US-Dollar gewesen. Das Volumen des Welthandels hat gegenüber 2001 um 2³/₄% expandiert.

Nach der konjunkturellen Verlangsamung – bis hin zur Stagnation im zweiten Halbjahr – 2001 haben sich Nachfrage und Produktion in Dänemark wieder lebhafter erhöht. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte um 1¹/₂% zugenommen haben, im Wesentlichen getragen von der Inlandsnachfrage. Stimulierend wirkten Geld- und Finanzpolitik, während der aufwärts tendierende Außenwert der Krone gebremst hat; US-Dollar und Pfund Sterling haben gegenüber der Kro-

ne abgewertet, während norwegische und schwedische Krone an Wert gewonnen haben. Im Verlauf war die konjunkturelle Entwicklung ziemlich erratisch. Einer deutlich beschleunigten Produktionsausweitung – wesentlich bedingt durch das Anziehen der weltweiten Nachfrage – folgten ein leichter Produktionsrückgang im dritten sowie eine schwache Belegung im vierten Quartal, wiederum als Folge der Entwicklung der Ausfuhr. Diese wies gleichwohl die höchste Expansionsrate aller großen Nachfrageaggregate auf. Noch etwas kräftiger wurden die Importe ausgeweitet, so dass der Außenbeitrag zum Wirtschaftswachstum etwa null gewesen sein dürfte. Die Bruttoanlageinvestitionen haben sich im Verlauf des Jahres deutlich erholt, getragen von den öffentlichen Investitionen und den Unternehmensinvestitionen, während der Wohnungsbau eingeschränkt wurde. Der private Konsum gewann erheblich an Schwung. Der Staatsverbrauch nahm nur wenig schneller zu. Auf dem Arbeitsmarkt blieb die Lage dank erhöhter Beschäftigung im öffentlichen Dienst unverändert; die Arbeitslosenquote betrug wieder 4¹/₄%. Die Konsumentenpreise stiegen um 2,4%.

Der Export von Gütern und Dienstleistungen ist um 2³/₄% ausgeweitet worden. Im westeuropäischen Vergleich ist das ein sehr günstiges Resultat, obwohl die Lohnstückkosten etwa gleich stark gestiegen sind wie in den anderen Volkswirtschaften Westeuropas. Erklären lässt sich dies mit der vielfach stark rationalisierten Produktion qualitativ hochstehender Waren, welche vielfach als Nischenprodukte internationaler Marktführer sind. Hier sieht die Entwicklung der Lohnstückkosten wesentlich günstiger aus als in der Gesamtwirtschaft. Das gilt nicht nur für pharmazeutische Erzeugnisse, sondern u.a. auch für Armaturen und Komponenten. Zudem ist die Landwirtschaft nach wie vor sehr effizient und hochgradig auf die Bedürfnisse der ausländischen Abnehmer ausgerichtet. Hierdurch wurde eine gewisse Krisenfestigkeit erreicht. Auch sind die Exportfirmen verstärkt auf bisher weniger beachtete Märkte wie Spanien, Finnland und Irland ausgewichen. Demgegenüber litt die bedeutende Ausfuhr von Dienstleistungen unter den erheblich reduzierten Einnahmen der Seeschifffahrt, während die weniger gewichtigen Zuflüsse aus dem Ausländertourismus stark zugelegt haben. Die Einfuhr von Waren und Dienstleistungen hat infolge der relativ lebhaften Inlandsnachfrage dynamischer expandiert als die Ausfuhr. Bei etwas verbesserten Terms of Trade ist der Überschuss der Leistungsbilanz mit 2¹/₄% des BIP gegenüber dem Vorjahr nur wenig zurückgegangen.

Die Bruttoanlageinvestitionen sind um 1³/₄% gestiegen – ganz im Gegensatz zum westeuropäischen Rückgang. Im Verlauf war bis in den Herbst hinein ein Anstieg zu beobachten. Besonders stark – um etwa 6% – hat die öffentliche Hand ihre Investitionen ausgeweitet, wobei neben Bauvorhaben auch lebhaft in Informations- und Kommunikationstechnik investiert wurde. Die im Jahre 2001 ausgeprägte Rezession im Wohnungsbau – bedingt durch einen Einbruch

bei den Erhaltungsinvestitionen – ist im Verlauf einer Erholung gewichen. Gleichwohl errechnet sich wegen des beträchtlichen Unterhangs zu Jahresbeginn ein Minus gegenüber dem Vorjahr. Die Erhaltungsinvestitionen erholten sich zwar allmählich, doch hat der Wohnungsneubau trotz günstiger Finanzierungsbedingungen nicht mehr nennenswert zugenommen, obwohl der Wohnungsmarkt besonders im Großraum Kopenhagen einen spürbaren Nachfrageüberhang aufweist. Der gewerbliche Bau verharrte auf dem 2001 gesunkenen Niveau. Das gilt besonders für Bürobauten infolge des nach kurzer Erholung wieder verschlechterten konjunkturellen Umfelds, während die Landwirtschaft mehr in Gebäude investierte. Demgegenüber ist in Ausrüstungen sehr lebhaft investiert worden, vor allem zur Rationalisierung der Produktion. Die Auslastung der Kapazitäten in der verarbeitenden Industrie ist im Laufe des Jahres tendenziell zwar etwas gestiegen, lag aber um 1,6 Prozentpunkte unter dem Niveau von 2001. Der Durchschnitt der neunziger Jahre wurde nur knapp unterschritten.

Der private Konsum hat nach drei Jahren mit recht flauer Entwicklung bei steigender Tendenz im Verlauf um rund 2% und damit reichlich doppelt so stark expandiert wie im Jahr zuvor. Obwohl die Verbraucher ihre Nachfrage auf breiter Front erhöhten, wurde die Entwicklung durch einen Sonderfaktor in Form sehr stark zunehmender Käufe von Personautos überzeichnet. Dies ist nicht nur eine Reaktion auf den zwischen 1998 und 2001 um insgesamt 40% gesunkenen Absatz, sondern auch auf die Absicht der ausländischen Kfz-Hersteller, ihre Netto-Preise EU-weit anzugleichen. Darüber hinaus haben die anhaltend günstige Lage auf dem Arbeitsmarkt, spürbare (wenn auch etwas geringere als 2001) Reallohnsteigerungen sowie sinkende Zinsen stimulierend gewirkt. Die Sparquote ist leicht gesunken. Andererseits ist mit den nach achtjähriger Hausse nur noch verhalten steigenden Haus- und Wohnungspreisen der Spielraum zur Aufnahme zusätzlicher Hypotheken geringer geworden. Das Konsumklima blieb das Jahr über günstig. Irritierende Meldungen über die Weltkonjunktur sowie kräftig steigende Energiepreise haben erst zum Jahresende eine deutliche Verschlechterung bewirkt. Der öffentliche Verbrauch expandierte mit 1¹/₄% ungefähr im Rhythmus des Vorjahres.

Auf dem Arbeitsmarkt blieb die Lage günstig. Die Zahl der Beschäftigten, wie auch die der Arbeitslosen, war gegenüber 2001 unverändert; die Arbeitslosenquote lag – entsprechend dem Berechnungsmodus von EUROSTAT – wieder bei 4¹/₄%. Allerdings verringerte sich die Beschäftigung im privaten Sektor, was aber wie üblich durch Einstellungen im öffentlichen Dienst nahezu kompensiert wurde. Für Fachkräfte waren die Beschäftigungsaussichten im Allgemeinen immer noch befriedigend.

Die Konsumentenpreise sind im Jahresdurchschnitt um 2,4% gestiegen. Zu der in den meisten anderen westeuro-

päischen Ländern während des Sommerhalbjahrs zu beobachtenden Preisstabilität kam es nicht. Die Inflation hat sich in diesem Zeitraum lediglich verlangsamt. Davor und danach beschleunigte sich die Teuerung, wesentlich bedingt durch erhöhte Ökosteuern sowie steigende Energiepreise. Preisdämpfend wirkten die Importpreise. Sie sind gegenüber 2001 um 2¹/₄% gesunken.

Wirtschaftspolitik

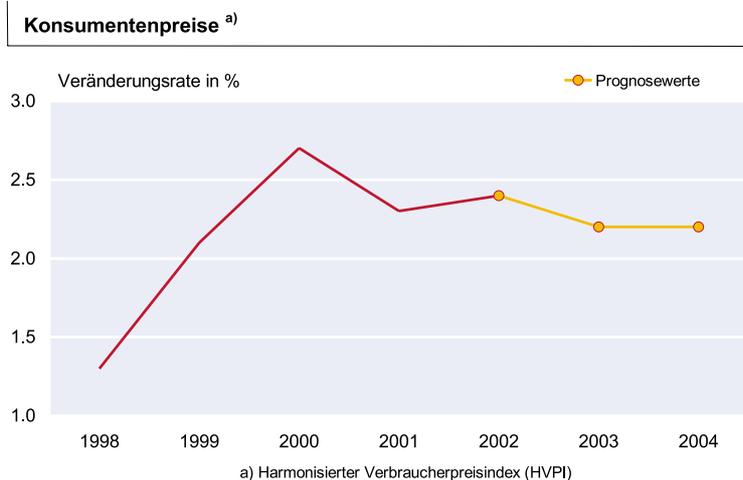
Von der Wirtschaftspolitik dürften 2003 nur noch geringe Impulse auf die Konjunktur ausgehen. 2004 ist mit einer insgesamt etwa konjunkturneutralen Linie zu rechnen. Im Einzelnen sind allerdings jeweils unterschiedliche Einflüsse wahrscheinlich. So wird die Geldpolitik im laufenden Jahr deutlich anregen, und auch seitens der Finanzpolitik ist entgegen ihren Intentionen ein leichter Anstoß zu erwarten. Die Lohnpolitik wirkt in die gleiche Richtung, wenn auch schwächer als 2002. Demgegenüber bremst die Wechselkurspolitik deutlich – Effekte, die 2004 auslaufen. Dann dürfte die Finanzpolitik konjunkturneutral und die Geldpolitik kaum noch stimulierend wirken. Die Anstöße seitens der Lohnpolitik werden mäßig sein.

Die Geldpolitik orientiert sich weiterhin am Vorgehen der Europäischen Zentralbank (EZB). Da Dänemark seit Anfang 1999 durch das EWS II (Europäisches Währungssystem) eng mit dem Euro-Raum verbunden ist, hat sie nur geringen monetären Spielraum, und die Notenbank accordiert ihre Leitzinsänderungen mit jenen der EZB. Denn der Wechselkurs der Krone darf nur um maximal 2,25% nach beiden Seiten vom Leitkurs gegenüber dem Euro abweichen. Droht diese Bandbreite überschritten zu werden, muss die dänische Zentralbank eingreifen. Erst wenn das nicht reicht, wird die EZB aktiv. Zu größeren Währungsspekulationen taugt die Krone mithin nicht. In den Jahren bis 2001 lagen

die Notierungen der Krone dicht beim Leitkurs von 7,46 Kronen pro Euro. Es bedurfte keiner nennenswerten Eingriffe zur Kursstabilisierung mit Ausnahme einiger Tage im September 2000, als die Dänen (mit negativem Resultat) über die Einführung des Euro abgestimmt haben. Phasen der Kronenstärke – die auch die robuste fundamentale Verfassung der dänischen Volkswirtschaft reflektieren – wurden allerdings genutzt, um den Abstand zwischen dem dänischen und dem EZB-Leitzins zu verringern. So auch Anfang 2002, als starke Fremdwährungszuflüsse eine autonome Zurücknahme des Schlüsselzinses (Satz für zweiwöchige Ausleihungen) von 3,60 auf 3,55% bewirkten. Im August wurde er aus dem gleichen Grunde, wiederum autonom, in zwei kleinen Schritten auf 3,45% gesenkt. Als die EZB ihren Leitzins von 3,25% um 50 Basispunkte herabsetzte, folgte die dänische Notenbank prompt und reduzierte ihre Bankrate entsprechend auf 2,95%. Diese monetären Lockerungen regen infolge der üblichen Wirkungsverzögerung die Konjunktur erst 2003 spürbar an. Ein weiterer, in absehbarer Zeit im Schulterschluss mit der EZB erfolgender spürbarer Zinsschritt nach unten würde die konjunkturstimulierenden Anstöße nach 2004 hineinziehen. Im Laufe des Jahres lässt der Impuls jedoch nach. Dies könnte jedoch durch sinkende Kapitalmarktzinsen ausgeglichen werden, falls das Euro-Referendum in Schweden positiv ausgeht und damit die Einführung des Euro in Dänemark wahrscheinlich wird.

Währungspolitisch bereitete die Einführung des Euro-Bargeldes im Euro-Raum keine nennenswerten Probleme. Die Akzeptanz des Euro in Läden und Gaststätten ist größer als die der D-Mark, die einst an der Südgrenze und zur Touristensaison vielfach als Zahlungsmittel angenommen wurde. Der Handel zeichnet auch in Euro aus. In der Wirtschaft hält die Tendenz zur Euroisierung an. Etwa die Hälfte des Außenhandels wird mit dem Euro-Raum abgewickelt. Bei Dienstleistungen ist der Anteil noch größer.

Integrationspolitisch besteht immer noch die Option eines Beitritts zum Euro-Raum. Die großen sowie die meisten kleineren politischen Parteien plädieren dafür, ebenso mehrheitlich die Gewerkschaften und die Wirtschaft. Auch die Zentralbank erachtet diesen Schritt mit Blick auf die seit Jahren praktizierte Festkurspolitik gegenüber dem Euro als konsequent. Meinungsumfragen zufolge überwiegt bei der Bevölkerung seit einiger Zeit die Zahl der Befürworter jene der Skeptiker. Aber es gibt immer noch viele Unentschiedene. Nachdem das Euro-Referendum im Jahre 2000 mit einer knappen Ablehnung ausging, lässt die Regierung das heiße Eisen zunächst weiter ruhen, doch wird die Entwicklung in Norwegen (wo die Befürworter eines EU-Beitritts zuletzt eine ein-



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

drucksvolle Mehrheit erlangten) und in Schweden aufmerksam beobachtet. Entscheidend für das weitere Vorgehen wird der Ausgang der Volksbefragung in Schweden im September 2003 werden. Fällt diese positiv aus, wird Dänemark nachziehen. Die Beitrittskriterien (entsprechend dem Vertrag von Maastricht) werden schon lange erfüllt, und für die Währungsumstellung bestehen konkrete Pläne: Zwischen zustimmendem Referendum und dem Beitritt zum Euro-Raum soll ein Jahr liegen. Weitere zwei bis drei Jahre sind bis zur Einführung des Euro-Bargelds vorgesehen. Während einer Abschlussphase von zwei Monaten können Euro und Krone parallel zirkulieren. Basierend auf den Umstellungserfahrungen im Euro-Raum dürfte man die Frist jedoch verkürzen. Auch die Erfahrungen mit den Bemühungen um eine möglichst inflationsneutrale Umstellung dürften beherzigt werden. So etwa die unterschiedlichen Ergebnisse in Deutschland – wo sich die Regierung auf Zusagen von Verbänden verließ, die Umstellung inflationsneutral durchzuführen – und in Österreich, wo man für die Monate vor und nach der Einführung des Euro-Bargelds strikte Preiskontrollen dekretierte. Die Regierung wäre gut beraten, dem zwar ordnungspolitisch bedenklichen, stabilitätspolitisch aber gebotenen und vor allem populären österreichischen Beispiel zu folgen. Dabei könnte man auf entsprechenden Gesetze aus den inflationsgeprägten sechziger und siebziger Jahren zurückgreifen.

Die Konjunktur wurde 2002 von der Finanzpolitik gestützt. Das gilt besonders für den Wohnungsbau, der durch verschiedene neue Maßnahmen gefördert wird. Der Rückgang des Budgetüberschusses von 3,1% im Jahre 2001 auf ca. 2% des BIP überzeichnet diesen Effekt jedoch. Denn ein halber Prozentpunkt resultiert aus der Ausgliederung der Zusatz-Sozialversicherung aus den öffentlichen Haushalten. Hinzu kommt der Rückgang der Körperschaftsteuern von dem außergewöhnlich hohen Niveau des Vorjahres. Für die Jahre 2003 bis 2005 hat sich die Regierung gegenüber der EU-Kommission zu Überschüssen in den öffentlichen Haushalten von jährlich 2% des BIP verpflichtet. Im laufenden Jahr dürfte das Ziel jedoch verfehlt und die Konjunktur neuerlich leicht stimuliert werden, obwohl die zwischen Regierung und Gebietskörperschaften vereinbarte Ausgabenbegrenzung seine Einhaltung sichern soll. Aber erstens ist derlei schon früher ohne durchschlagenden Erfolg versucht worden. Dies umso weniger, als die Regierung ambitionierte Schritte unternimmt, um das nicht immer befriedigende Schul- und Krankenhauswesen zu verbessern, deren Etats jedoch über die Gebietskörperschaften laufen. Zweitens bleibt das Wirtschaftswachstum hinter den beim Erstellen des Staatshaushalts getroffenen Annahmen zurück. Die Staatsverschuldung wird sich indes brutto weiter auf eine Größenordnung von 43% des BIP verringern (1993, als die Verschuldung ihren Höhepunkt erreichte, war sie mit 83,8% fast doppelt so hoch); im Durchschnitt der EU sind hingegen mehr als 63% zu erwarten. Hinsichtlich Steuer- und Abga-

benbelastung (ca. 53% in Relation zum BIP) steht Dänemark mit Norwegen und Schweden weiter an der Spitze der westlichen Industrieländer. 2004 dürfte die Einhaltung des Konsolidierungsziels u.a. durch die kräftig steigenden Unternehmenssteuern erleichtert werden.

Lohnpolitisch wird die weitere Mäßigung bei den tariflichen Lohnsteigerungen nur verhalten fortgesetzt. Dies umso mehr, als die auch hier tonangebende Metallarbeitergewerkschaft einer moderaten Linie folgt. Die Abkehr von den tradierten zentralen Lohnverhandlungen hat den Lohndruck nicht in der erwarteten Weise verringert. Es ist zu erwarten, dass die Lohnkosten heuer um fast 4% und 2004 um 3³/₄% steigen. Mit einer Zunahme der Lohnstückkosten um etwa 2% wird der westeuropäische Durchschnitt weiter spürbar übertroffen. Vor allem die exportorientierten Unternehmen suchen dieses Manko wie bisher durch Rationalisierung, Spezialisierung auf hochwertige und innovative Erzeugnisse etc. zu kompensieren.

Dies liegt ganz auf der **industriepolitischen** Linie, die nicht nur den Einsatz von Informationstechnologie – sehr erfolgreich wie die PC- und Internetdichte zeigt – energisch vorantreibt, sondern vor allem zukunftssträchtige Bereiche wie Pharmazie und Medizin fördert.

Ordnungspolitisch werden Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung weiter geführt. Nicht nur die Anteile an der Fluglinie SAS möchte man gerne verkaufen (auch die Regierungen von Norwegen und Schweden wollen sich von ihren Anteilen trennen), sondern u.a. auch das Elektrizitätsunternehmen NESAs, die Post und die staatliche Erdölgesellschaft. In öffentlichem Besitz befindliche Wohnungen sollen – prioritär an die Mieter – verkauft werden. Entrümpelt wird auch das Subventionswesen im Baubereich.

Besonders ausgeprägt sind Liberalisierung und Deregulierung bei den laufenden, auch ausländerpolitisch motivierten, **Arbeitsmarktreformen**, die anderen europäischen Staaten zumindest teilweise zum Vorbild dienen oder dienen könnten. Ziel ist eine hohe Flexibilität des Faktors Arbeit. Entlassungen sind ganz kurzfristig möglich (für Massenentlassungen gelten besondere Regelungen). Ferner soll die weit überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit bei Ausländern energisch gedrückt und ihre Integration in die Gesellschaft forciert werden, wozu auch die Asylgesetze Mitte 2002 drastisch verschärft und der muttersprachliche Unterricht für Einwanderer gestrichen wurde. Auch bei Arbeitsmöglichkeiten für wenig qualifizierte Kräfte verfährt man seitdem restriktiver. Fast gleichzeitig wurden aber die Regelungen für die Arbeitsaufnahme ausländischer Spezialisten auf jenen Gebieten liberalisiert, wo qualifiziertes Personal fehlt. Der Zwang, Arbeit anzunehmen, wurde drastisch verschärft. Wer nichts seiner Qualifikation entsprechendes findet, muss Stellen fast aller Art akzeptieren. Andernfalls werden die Unterstüt-

zungszahlungen erheblich gekürzt. Auf diese Weise sollen rund zusätzliche 150 000 Kräfte mobilisiert und die hierdurch eingesparten staatlichen Leistungen zur Senkung der Einkommensteuer verwendet werden. Der Zwang zur vorbildlich angebotenen Aus- und Weiterbildung für Arbeitssuchende bleibt ebenso bestehen wie die hohe Arbeitslosenunterstützung.

Wirtschaftsentwicklung 2003

Als weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen werden angenommen: Es kommt nicht zu einem bewaffneten Konflikt im Irak. In den USA erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um 2¹/₂%. Die gesamtwirtschaftliche Erzeugung expandiert in Japan um fast 3⁴/₄%. In Mitteleuropa nehmen Nachfrage und Produktion um 2³/₄% zu. In Westeuropa wird das reale Bruttoinlandsprodukt um knapp 1¹/₂% ausgeweitet; für die EU sowie für den Euro-Raum sind niedrigere Raten zu erwarten, während die Zunahme in Deutschland 1% beträgt. Der Einfuhrpreis für Rohöl liegt in den westlichen Industrieländern im Schnitt des Jahres bei 24¹/₂ US-Dollar pro Barrel. Die Preise für Industrierohstoffe (ohne Öl) steigen im Jahresmittel um 2¹/₂%. Der Wechselkurs des Euro bewegt sich im Schnitt des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 1 bis 1,10 US-Dollar. Das Volumen des Welt Handels expandiert in einer Größenordnung von 5³/₄%.

In Dänemark erholt sich die Konjunktur 2003 nur allmählich. Die zunächst verhaltene konjunkturelle Entwicklung vollzieht sich jedoch auf einem soliden, ausgewogenen und spannungsarmen gesamtwirtschaftlichen Fundament. Allerdings ist die Steuer- und Abgabenbelastung nach wie vor eine der höchsten der Welt, und der öffentliche Dienst ist (wie z.B. auch in Österreich) im Vergleich zu den meisten anderen westlichen Industrieländern überbesetzt. Doch welches »magische Vieleck« man auch immer bemüht – die Postulate werden an keiner Ecke verfehlt. Leistungsbilanz, Staatshaushalt, Inflationsrate (mit Einschränkung) und Arbeitslosenquote – um nur die wichtigsten zu nennen – weisen günstige Werte aus. Die Staatsverschuldung wird heuer in Relation zum BIP nur noch rund halb so hoch sein wie 1993. Die Beschäftigten sind motiviert und überwiegend gut qualifiziert. Die Exportwirtschaft kann dank ihrer effizienten, hochentwickelten, gut vermarkteten und vielfach auf Spitzenforschung basierten Produktion, mit der sie oft genug lukrative Nischen besetzt, mit den im westeuropäischen Vergleich überdurchschnittlich steigenden Löhnen einigermaßen verkraften. Bei der Realisierung von Reformen nimmt das in mancher Hinsicht als Vorbild dienende Land innerhalb der EU ebenso einen der Spitzenplätze ein wie bei der Lebensqualität. Dabei galt Dänemark vor zwanzig Jahren noch als »kranker Mann am Öresund«. Die Wende kam im Sommer 1982 mit der konservativ dominierten Regierung Schlüter, welche die sich rasch drehende Lohn-Preis-Spi-

rale und die ständigen Zahlungsbilanzprobleme mit dem Abgehen von der Abwertungspolitik und der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen erfolgreich bekämpfte. Es dauerte allerdings bis zum Ende der achtziger Jahre, bis das Verlassen der jahrzehntelang eingefahrenen Geleise auch von Unternehmern, Gewerkschaften und dem Gros der Bevölkerung nachvollzogen war. In den neunziger Jahren führten sozialdemokratisch dominierte Kabinette den Umbau ebenso fort wie jetzt die Administration des Liberalen Rasmussen. So, wie der Wandel auch jetzt im weitgehenden parteiübergreifenden Konsens fortgeführt wird, sind die ökonomischen Zukunftsperspektiven des Landes ungeachtet der Veränderungen in der Welt und in Europa sogar auf längere Sicht günstig zu beurteilen.

Nur noch wenig gestützt von der Wirtschaftspolitik gewinnt die Konjunktur im Anschluss an eine flauere Entwicklung im Winterhalbjahr 2002/2003 allmählich wieder an Dynamik. Das reale Bruttoinlandsprodukt expandiert um fast 1¹/₂%. Privater und staatlicher Verbrauch wirken weiter stützend. Die Ausfuhr gewinnt mit dem Ende der Irak-Krise erheblich an Tempo. Vergleichsweise schwach fällt hingegen die Zunahme bei den Bruttoanlageinvestitionen aus, weil sich öffentliche und Unternehmensinvestitionen schwächer als 2002 entwickeln dürften, während der Wohnungsbau erheblich in Fahrt kommt. Auf dem Arbeitsmarkt verändert sich die Lage nicht wesentlich, die Arbeitslosenquote bleibt etwa konstant. Der Preisauftrieb lässt langsam nach, so dass die Konsumentenpreise nur noch um reichlich 2% steigen. Die Leistungsbilanz weist bei verbesserten Terms of Trade erneut einen Überschuss aus.

Der private Konsum wird im Wesentlichen stimuliert von den etwa im Takt mit den Reallohnen wieder um annähernd 2% steigenden realen verfügbaren Einkommen. Die Beschäftigung stagniert annähernd, was jedoch das Konsumklima günstig beeinflusst. Die Sparquote dürfte nur noch wenig sinken, da sie im Vorjahr durch einen Sonderfaktor (vorgezogene Käufe von Personewagen) spürbar gedrückt worden ist. Auf diesen irregulären vorjährigen Schub hin ist heuer ein Rückgang beim Absatz von Neuwagen zu erwarten. Dieser dürfte indes mehr als kompensiert werden durch die Nachfrage nach Einrichtungsgegenständen im Zuge des kräftig zunehmenden Wohnungsneubaus. Zudem fördern die günstigen Finanzierungsbedingungen die Anschaffung langlebiger Güter, wenn auch die inzwischen im Allgemeinen überzogenen Preise von Wohnimmobilien kaum noch steigen dürften, was den Anstieg der Hypothekenkredite bremst. Der Staatsverbrauch expandiert mit ca. 1¹/₄% fast im Rhythmus des Vorjahres.

Die Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen (rund + 3³/₄%) gewinnt nach dem Frühjahr im Zuge der internationalen Entspannung und der weltwirtschaftlichen Erholung deutlich an Schwung. Allerdings werden weiterhin Anteile am Weltmarkt

Veränderungsraten des realen BIP und seiner Komponenten

– in % –

	2001	2002 ^{a)}		2003 ^{a)}			2004 ^{a)}		
		EU ^{c)}	DØR ^{b)}	EU ^{c)}	OECD ^{d)}	DØR ^{b)}	EU ^{c)}	OECD ^{d)}	
Bruttoinlandsprodukt	1,0	1,7	1,9	2,1	2,0	1,9	2,4	2,5	
Inlandsnachfrage	1,1	1,8	2,2	2,3	1,6	1,8	2,7	2,2	
Privater Verbrauch	0,8	2,1	2,7	2,2	2,0	1,9	2,2	2,2	
Staatsverbrauch	1,2	1,4	1,0	0,9	0,8	1,0	1,0	0,9	
Bruttoanlageinvestitionen	0,0	2,3	1,3	3,8	1,5	2,5	5,2	3,4	
Exporte ^{e)}	3,7	3,6	3,6	4,0	6,1	4,2	4,9	7,1	
Importe ^{e)}	4,3	4,1	4,5	4,8	5,7	2,4	5,7	6,9	
Industrieproduktion (ohne Bau)	1,7	- 1,4	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	
Konsumentenpreise (HVPI)	2,3	2,4	1,9	2,0	2,0	1,7	2,0	2,2	
Arbeitslosenquote	4,3	4,2	5,0	4,2	4,2	5,0	4,1	4,1	
Leistungsbilanz ^{f)}	2,5	2,1	2,2	2,1	2,8	2,6	2,2	2,9	
Finanzierungssaldo des Staates ^{g)}	3,1	2,0	2,0	2,0	2,4	2,2	2,5	2,9	

^{a)} Schätzungen. – ^{b)} Det Økonomiske Råd, Kopenhagen, vom November 2002. – ^{c)} Kommission der EU, Brüssel, vom November 2002. – ^{d)} Organisation for Economic Cooperation and Development, Paris, vom November 2002. – ^{e)} Güter und Dienstleistungen. – ^{f)} In Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

verloren, auch weil das Wirtschaftswachstum der Hauptabsatzregion Westeuropa merklich hinter der Expansion der Weltwirtschaft zurückbleibt. Zudem dämpfen die im westeuropäischen Vergleich leicht überdurchschnittlich steigenden Lohnstückkosten sowie die kräftige Aufwertung der Krone gegenüber US-Dollar und – deutlich weniger ausgeprägt – gegenüber dem Pfund Sterling die Erholung. Dies, obwohl sich viele ausfuhrorientierte Unternehmen als Nischenanbieter auf dem Weltmarkt weiter sehr erfolgreich behaupten können. Der **Import**, angeregt durch die lebhaftere Inlandsnachfrage, dürfte um etwa 4¹/₄% expandieren. Bei spürbar verbesserten Terms of Trade wird der Überschuss der **Leistungsbilanz** wieder eine Größenordnung von 2% erreichen.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** erhöhen sich um ca. 1¹/₂%. Die Entwicklung wird wesentlich getragen vom Wohnungsneubau, der trotz kaum noch steigender Haus- und Wohnungspreise um mindestens 5% zunehmen dürfte. Der Staat fördert den Bau von Mietwohnungen im Allgemeinen und – wie in Schweden – Wohnungen für Junge, ältere Leute sowie für Behinderte. Nach dem ausgeprägten Rückgang der Vorjahre ist eine Zunahme der Renovierungen wahrscheinlich. Der öffentliche Bau wird durch die Ausgabenbremse der öffentlichen Hand gedämpft und wird im Verlauf des Jahres wohl nur etwa stagnieren, gegenüber 2002 aber noch ein Plus aufweisen. In die Verbesserung des Eisenbahnnetzes im Großraum Kopenhagen fließt allerdings mehr Geld. Im gewerblichen Bau zeichnet sich nach der spürbaren Zunahme im Vorjahr eine schwächere Entwicklung ab. Diese steht im Zusammenhang mit den verhaltener expandierenden Ausrüstungsinvestitionen. Diese erholen sich erst im weiteren Verlauf des Jahres, wenn die Kapazitäten besser ausgelastet und die Absatz- und Ertragsersparungen günstiger sind. Vorrangig wird in die Rationalisierung investiert, um dem Lohn-

kostendruck entgegen zu wirken und die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland möglichst zu halten.

Auf dem **Arbeitsmarkt**, einem Nachläufer der Konjunktur, ändert sich die Lage nicht nennenswert. Die Arbeitslosenquote dürfte wieder bei 4¹/₄% liegen. Beschäftigung und Arbeitslosenzahl bleiben etwa stabil, da die öffentliche Hand wie üblich die im Privatsektor erfolgenden Entlassungen durch erhöhte Einstellungen kompensiert. Im Allgemeinen wird qualifiziertes Personal jedoch gehalten, um für den kommenden Aufschwung gerüstet zu sein. Denn die Erfahrung zeigt, dass es auf diesem Gebiet dann zu erheblichen Knappheitserscheinungen kommen wird.

Die Preisentwicklung beruhigt sich mit fallenden Ölpreisen nach dem Frühjahr wieder. Die Importpreise wirken infolge der Aufwertung der Krone stabilisierend. Zudem ist die konjunkturelle Erholung noch nicht kräftig genug, als dass die Gewinnmargen in nennenswertem Maße über Preiserhöhungen realisiert werden können. Umweltsteuern sowie Verkehrstarife wirken spürbar inflationär, während der Löhne etwas verlangsamt steigen. Die **Konsumentenpreise** erhöhen sich im Jahresdurchschnitt um rund 2¹/₄%.

Wirtschaftsentwicklung 2004

Als weltwirtschaftliche Rahmendaten werden angenommen: In den **Vereinigten Staaten** expandiert das reale Bruttoinlandsprodukt um 2³/₄%. Nachfrage und Produktion nehmen in **Japan** um 1¹/₄% zu. In **Mitteleuropa** steigt die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um ungefähr 3%. In **Westeuropa**, der EU und im Euro-Raum erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um knapp 2¹/₂%; in Deutschland expandiert es um fast 2¹/₄%. Der Importpreis für **Rohöl** liegt in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt bei

24 US-Dollar pro Barrel. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) kosten etwa 6% mehr als 2003. Der **Wechselkurs des Euro** liegt im Schnitt des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 1,05 bis 1,15 US-Dollar. Das **Volumen des Welthandels** dürfte in einer Größenordnung von 7% ausgeweitet werden.

In **Dänemark** kräftigt sich der konjunkturelle Aufschwung im Laufe des Jahres langsam weiter. Die Wirtschaftspolitik wird – bei neutraler Geld- und Finanzpolitik, bremsendem Wechselkurs, aber anregender Lohnpolitik – wohl nicht mehr stützend wirken. Ein Impuls könnte allerdings vom Kapitalmarkt kommen, falls das schwedische Euro-Referendum vom September 2003 positiv ausfällt und damit gute Aussichten für die Einführung des Euro auch in Dänemark bestehen. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** dürfte um 2¹/₄% expandieren, in erster Linie getragen von der im Zuge des weltwirtschaftlichen Aufschwungs kräftig zunehmenden Ausfuhr. Auch die **Bruttoanlageinvestitionen** gewinnen an Schwung, wobei die **Ausrüstungsinvestitionen** lebhafter ausgeweitet werden als die **Bauinvestitionen**. Auf dem Arbeitsmarkt bleibt die Lage günstig. Obwohl sie sich im späteren Verlauf des Jahres etwas bessert, sinkt die **Arbeitslosenquote** im Schnitt des Jahres nur auf knapp 4¹/₄%. Die **Stabilisierung des Preisniveaus** macht keine Fortschritte mehr. Im Jahresdurchschnitt liegen die **Konsumentenpreise** um gut 2% über dem Niveau von 2003. Die **Leistungsbilanz** weist in Relation zum BIP ein Aktivum in der Größenordnung des Vorjahres aus.

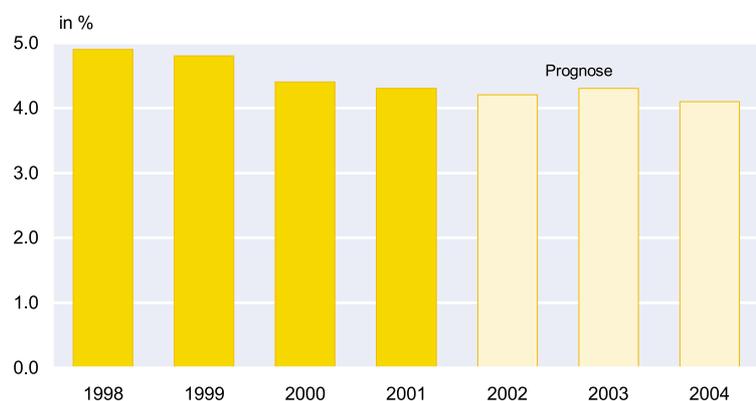
Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen nimmt um 4³/₄% zu. Die Entwicklung ist eng korreliert mit dem weltwirtschaftlichen Aufschwung, was angesichts einer Exportquote von ca. 46% nicht erstaunt. Der Zuwachs bleibt jedoch deutlich hinter der Ausweitung des Welthandels zurück, was teilweise auf die überdurchschnittlich steigenden Lohnstückkosten zurückzuführen ist. Zudem wird die Absatzsteigerung außerhalb Europas durch die Aufwertung der Krone und die damit verminderte preisliche Wettbewerbsfähigkeit gedämpft. Gegenüber dem Euro-Raum, Schweden und Mitteleuropa bleibt der Wechselkurs jedoch annähernd stabil; nach Europa gehen rund 75% der Warenausfuhr. Überdurchschnittlich steigen die Lieferungen von Investitionsgütern im Zuge des weltweit aufwärtsschwingenden Investitionszyklus. Auch die **Dienstleistungsexporte** erhöhen sich kräftig; das gilt vor allem für die bedeutenden Einnahmen aus Seefrachten. Die **Einfuhr** nimmt spürbar lebhafter zu als der Export. Bei nochmals verbesserten Terms of Trade dürfte neuerlich ein Überschuss der **Leistungsbilanz** von etwa 2% des BIP resultieren.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** (+ ca. 3¹/₂%) erholen sich spürbar. Das gilt vor allem für

die **Ausrüstungsinvestitionen**. In einer derartigen Konstellation – langsame Investitionszunahme im Vorjahr und interner sowie weltweiter Konjunkturaufschwung – reagieren diese erfahrungsgemäß rasch und dynamisch. Günstige Finanzierungsbedingungen, zunehmende Auslastung der Kapazitäten und verbesserte Absatz- und Ertragsserwartungen wirken ebenso stimulierend, wie der Zwang zur Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit trotz merklich steigender Löhne in Rationalisierung, in den Ersatz veralteter Anlagen und in Produktinnovationen zu investieren. Weniger ausgeprägt, aber schneller als 2003 expandieren die **Bauinvestitionen**. Das gilt auch für den gewerblichen Bau. Die **Umwälzungen im Einzelhandel** in Richtung weniger und kleinerer Geschäfte bei gleichzeitiger Zunahme größerer Einkaufszentren regt nicht nur Neu-, sondern auch **Umbau- und Renovierungsinvestitionen** an. Die beabsichtigte Senkung der **Maut auf der Brücke über den Öresund** dürfte die Errichtung von **Logistikzentren** auf der dänischen Seite beflügeln. Die öffentliche Hand wird mehr Geld in das **Bildungs- und Gesundheitswesen** stecken – auch hier vorwiegend für **Um-, Ausbau und Erhaltung**. Der **Wohnungsneubau** dürfte im Ausmaß von 2003 ausgeweitet werden, vor allem stimuliert von günstigen Zinsen, gutem Wirtschaftsklima und der **Wohnungsknappheit** in den Agglomerationen (vor allem im Großraum Kopenhagen).

Der **private Konsum** expandiert mit rund 2¹/₄% etwa im Rhythmus des Vorjahres. Die **Reallöhne** dürften wieder um etwa 2% steigen. Dies und die stabile, sich ab Herbst bessernde Arbeitsmarktlage lassen ein günstigeres Konsumklima erwarten, was zusammen mit den niedrigen Zinsen für eine sinkende Sparquote spricht. **Dauerhafte Güter** profitieren wieder überproportional. Das gilt besonders für **Wohnungseinrichtungen** und den sich normalisierenden Absatz von **Pkw**. Der **Staatsverbrauch** wird erneut um ungefähr 1% ausgeweitet. Zwar bringt die konjunkturelle Erholung **Einsparungen** mit sich. Aber die geplanten Verbesserungen im

Arbeitslosenquote



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

Schul- und Gesundheitswesen erfordern spürbar höhere Aufwendungen.

Auf dem Arbeitsmarkt ändert sich die Situation bis weit in das Jahr hinein kaum, mit Ausnahme der verstärkten Nachfrage nach Fachkräften. Der öffentliche Dienst wird in dem Maße wieder Personal abgeben, wie der private Sektor Beschäftigte benötigt. Angebotsseitig sollte die verschärfte Arbeits- und Sozialgesetzgebung bereits eine Entlastung bringen. Bei erst im weiteren Verlauf des Jahres langsam steigender Beschäftigung und nicht nennenswert sinkender Arbeitslosenzahl dürfte die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt reichlich 4% betragen.

Der Preisauftrieb verlangsamt sich nicht weiter, obwohl die Importpreise noch leicht stabilisierend wirken. Mit der Festigung der Konjunktur verbessern sich die Möglichkeiten zur Ausweitung der Gewinnspannen. Die Konsumentenpreise dürften um reichlich 2% über dem Niveau von 2003 liegen.

Abgeschlossen am 31. Januar 2003

Der Preisindex des Bruttoinlandsprodukts (BIP-Deflator) ist einer der wichtigsten Inflationsindikatoren im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Der BIP-Deflator misst die Preisentwicklung der gesamten von der Wirtschaft erbrachten Produktionsleistung (vgl. Statistisches Bundesamt 2002, S. 36). Im vergangenen Jahr zeigte sich eine bemerkenswerte Divergenz zwischen der Entwicklung des BIP-Deflators und der Preisentwicklung der Teilkomponenten des Bruttoinlandsprodukts. So stieg der Preisindex des Bruttoinlandsprodukts mit 1,8% kräftig an, während die Preisindizes der Endnachfrage (Konsum, Bruttoinvestitionen und Exporte) deutlich geringere Raten aufwiesen und der Importpreisindex sogar rückläufig war (vgl. Tab. 1). Der vorliegende Beitrag zeigt, wie der BIP-Deflator berechnet wird und wie die Ergebnisse zu interpretieren sind.

Der Preisindex des Bruttoinlandsprodukts wird in der deutschen VGR nicht originär ermittelt, sondern implizit aus der Relation des BIP in jeweiligen Preisen (nominales BIP) und in konstanten Preisen (eines Basisjahres) berechnet. Das Bruttoinlandsprodukt ist von der *Entstehungsseite* her grosso modo als Differenz der beiden Güterströme *Produktionswert* (Gesamtheit aller im Inland produzierten Waren und Dienstleistungen) und *Vorleistungen* (einschließlich eingeführter Güter) definiert, von der *Verwendungsseite* als Differenz der beiden Güterströme *Endnachfrage* und *Importe*. Als Saldogröße hat das BIP naturgemäß keine eigene Gütermengenstruktur¹; es kann damit nicht unmittelbar in eine Mengen-(Volumen-) und in eine Preiskomponente aufgeteilt werden. Die Berechnung des Bruttoinlandsprodukts in konstanten Preisen (reales BIP) erfolgt deshalb – zur Vereinfachung wird im Folgenden allein auf die Verwendungsseite abgestellt – durch getrennte Deflationierung der *Endnachfrage* und der *Importe* mittels geeigneter Preisindizes.²

Anschließend wird aus den beiden preisbereinigten Größen der Saldo (= reales BIP) gebildet (»Methode der doppelten Deflationierung«). Der implizite Preisindex des Bruttoinlandsprodukts ergibt sich schließlich als Quotient aus nominalem BIP und realem BIP. Aufgrund des angewandten Berechnungsverfahrens ist der BIP-Deflator kein *statistischer Mittelwert* aus den Preisindizes der *Endnachfrage* (bzw. ihrer Komponenten) und der Importe. Zwar ähnelt der BIP-Deflator einem *harmonischen Mittel* aus den beiden Preisindizes, jedoch gehen die Importe mit negativem Vorzeichen in die Indexformel ein.³

Dies hat im quantitativen Ergebnis u.a. zur Folge (vgl. Neubauer 1996, S. 122), dass die Werte des BIP-Deflators im Allgemeinen außerhalb des Wertintervalls des Preisindex der Endnachfrage und des Importpreisindex liegen. Nur wenn der Preisindex der Endnachfrage zufällig gleich dem Preisindex der Importe ist, sind alle drei Indizes einander identisch. Bei Vorjahresvergleichen kann es darüber hinaus dazu kommen, dass die Veränderungsraten des BIP-Deflators größer oder auch kleiner sind als die Veränderungsraten der Preisindizes der einzelnen BIP-Komponenten. Dies ist normalerweise immer dann der Fall, wenn es zu kräftigen Bewegungen bei den Importpreisen kommt. Genau dies war aber im vergangenen Jahr geschehen. Vor allem in der zweiten Jahreshälfte waren die Importpreise infolge der Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar recht kräftig gesunken. Da die Exportpreise in diesem Zeitraum nicht im entsprechenden Ausmaß zurückgenommen wurden, erzielte die deutsche Volkswirtschaft im Jahr 2002 ein zusätzliches Realeinkommensplus in Höhe von 14,4 Mrd. € (umgerechnet 0,7 Prozentpunkte des realen BIP) gegenüber dem Ausland.⁴ Terms-of-Trade-bedingte Realeinkommensgewinne machen sich im Inland über niedrigere Endverbraucherpreise bemerkbar, sofern sie von den Produzenten an die nachgelagerten Stufen weitergegeben werden. Andernfalls kommt es zu einer Ausweitung der (Stück-)Gewinne, was die Realeinkommen der Unternehmen erhöht.

¹ Das nominale BIP kann als Differenz der Güterströme Produktionswert und Vorleistungen bzw. Endnachfrage und Importe nicht als ein Aggregat $\sum q(t)p(t)$ dargestellt werden, das sich aus den Mengen $q(t)$ bewertet zu Preisen $p(t)$ eines Jahres t ergibt (vgl. Neubauer 1996, S. 120 ff.).

Tab. 1
Zur Preisentwicklung des Bruttoinlandsprodukts
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2001	2002
Konsum	1,7	1,2
Bruttoinvestitionen	-0,2	0,4
Exporte	1,0	0,1
Endnachfrage	1,2	0,8
Importe	0,6	-2,1
Bruttoinlandsprodukt	1,4	1,8

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

² Konkret werden die in der Endnachfrage und in den Importen enthaltenen Wertgrößen mit Hilfe von Preisindizes der amtlichen Preisstatistik auf möglichst niedrigem Aggregationsniveau deflationiert.

³ Das nominale Bruttoinlandsprodukt BIP entspricht der Differenz von nominaler Endnachfrage END und nominalen Importen IM: $BIP = END - IM$. Das reale Bruttoinlandsprodukt BIP_R entspricht der Differenz der getrennt deflationierten realen Größen: $BIP_R = END/p_{END} - IM/p_{IM}$, mit p_{END} : Preisindex der Endnachfrage und p_{IM} : Preisindex der Importe. Dann ergibt sich der BIP-Deflator p_{BIP} als Quotient aus dem nominalen Bruttoinlandsprodukt BIP und dem realen Bruttoinlandsprodukt BIP_R : $p_{BIP} = BIP/BIP_R = (END - IM)/(END/p_{END} - IM/p_{IM})$, was einem harmonischen Mittel der Preisindizes p_{END} und p_{IM} mit den Gewichten END/BIP und $-IM/BIP$ gleichkommt.

⁴ Derartige Terms-of-Trade-bedingte Realeinkommensgewinne werden im Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen nicht erfasst, weil durch die Methode der doppelten Deflationierung sowohl Änderungen des Preisniveaus als auch der Preisstrukturen ausgeschaltet werden. Unberücksichtigt bleiben damit realeinkommenswirksame Preiseffekte, die sich z.B. daraus ergeben, dass sich die Preise für Importgüter anders als die Preise der BIP-Verwendung bewegen (vgl. W. Nierhaus 2000 sowie Neubauer 1996, S. 123).

In welcher Richtung sich die Stückgewinne bewegen, wird durch den Preisindex des Bruttoinlandsprodukts (*BIP-Deflator*) (mit-)angezeigt. *Verteilungsseitig* lässt sich dieser Index in die beiden Komponenten Arbeitnehmerentgelte je Einheit reales BIP (Lohnstückkosten) sowie Betriebsüberschüsse und Selbstständigeneinkommen je Einheit reales BIP (Stückgewinne) zerlegen. Hinzuzurechnen sind die Abschreibungen, die die produktionsbedingte Wertminderung des Sachkapitals erfassen, und die Nettoproduktionsabgaben (Produktions- und Importabgaben abzüglich Subventionen).⁵ In der Veränderungsrate des BIP-Deflators sind alle Komponenten der Verteilung als gewogener Durchschnitt enthalten. Ohne Berücksichtigung der Abschreibungen und der Nettoproduktionsabgaben können die Gewichte mit den Quoten der funktionalen Einkommensverteilung (Lohn- bzw. Gewinnquote) gleichgesetzt werden.

Die Analyse der Einzelkomponenten des BIP-Deflators über die Verteilungsseite für das Jahr 2002 zeigt, dass die Betriebsüberschüsse (einschließlich der Selbstständigeneinkommen) im vergangenen Jahr – trotz der insgesamt äußerst schwachen Konjunktur – deutlich stärker als das reale BIP gestiegen sind (vgl. Tab. 2). Die im Inlandsgeschäft tätigen Unternehmen haben die primär wechselkursbedingten Terms-of-Trade-Gewinne offenbar nicht in vollem Umfang an die Endverbraucher weitergegeben, sondern

⁵ Von der Verteilungsseite ist das nominale BIP definiert als Summe aus Arbeitnehmerentgelten L, Betriebsüberschüssen und Selbstständigeneinkommen G; Abschreibungen A und den Nettoproduktionsabgaben S: $BIP = L + G + A + S$. Damit lässt sich der BIP-Deflator wie folgt darstellen: $p_{BIP} = BIP/BIP_R = L/BIP_R + G/BIP_R + A/BIP_R + S/BIP_R$, mit L/BIP_R : Lohnstückkosten, G/BIP_R : Stückgewinne; A/BIP_R : Abschreibungen je Einheit reales BIP, S/BIP_R : Saldo aus Produktions- bzw. Importabgaben und Subventionen je Einheit reales BIP.

auch dazu benützt, ihre stark gedrückten Gewinnmargen wieder etwas auszuweiten. Dagegen hat sich die Zunahme der Arbeitnehmerentgelte – je Einheit reales BIP – im vergangenen Jahr trotz deutlich höherer Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung etwas abgeschwächt, auf sie entfielen lediglich 0,4 Prozentpunkte des Anstiegs des BIP-Deflators. Die Komponente Nettoproduktionsabgaben (je Einheit reales BIP) trug 0,2 Prozentpunkte bei; neben der vierten Ökosteuer-Stufe sowie der Anhebung der Versicherungs- und der Tabaksteuer schlug hier auch zu Buche, dass die Subventionen an die Unternehmen rückläufig waren. Nahezu im gleichen Umfang wie im Jahr 2001 machte sich schließlich der relativ stetig steigende Abschreibungsbedarf als preiswirksamer Kostenfaktor bemerkbar (0,3 Prozentpunkte).

Summa Summarum

Der Preisindex für das Bruttoinlandsprodukt (BIP-Deflator) ist ein generelles Maß für die Verteuerung der von der Wirtschaft erbrachten Produktionsleistung im Inland. Er wird implizit aus der Relation des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen und in konstanten Preisen berechnet. Zieht man den BIP-Deflator zur Messung für die Geldwertänderung heran, so ist hierbei zu beachten, dass sinkende (bzw. steigende) Importpreise – sofern sie nicht in den Preisen der Endnachfrage weitergegeben werden – den BIP-Deflator ceteris paribus erhöhen (bzw. senken). Da im laufenden Jahr ölpreisbedingt – trotz merklicher Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar – mit einer Verschlechterung der Terms-of-Trade zu rechnen ist, dürfte sich das Anstiegstempo des BIP-Deflators spürbar verlangsamen. Im Jahresdurchschnitt 2003 kann mit einer Steigerungsrate von 1% gerechnet werden (vgl. Sinn et al, S. 43).

Tab. 2

Komponentenzerlegung des BIP-Deflators Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozentpunkten

	2001	2002
Bruttoinlandsprodukt¹⁾	1,4	1,8
Arbeitnehmerentgelte ²⁾	0,7	0,4
Betriebsüberschüsse und Selbstständigeneinkommen ²⁾	0,3	0,8
Abschreibungen ²⁾	0,4	0,3
Nettoproduktionsabgaben ²⁾	0,0	0,2

1) Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

2) Je Einheit reales Bruttoinlandsprodukt.

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

Literatur

- Neubauer, W. (1996), *Preisstatistik*, München: Vahlen.
 Nierhaus, W. (2000), »Realeinkommen im neuen Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen«, *ifo Schnelldienst* 53 (4), 7–13.
 Sinn, H.-W., W. Nierhaus, W. Meister, O.-E. Kuntze und J.-E. Sturm (2002), »ifo Konjunkturprognose 2003: Nur zögerliche Belebung« *ifo Schnelldienst* 55 (24), 22–44.
 Statistisches Bundesamt (2002), Fachserie 18, Reihe 1.3., *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Konten und Standardtabellen*.

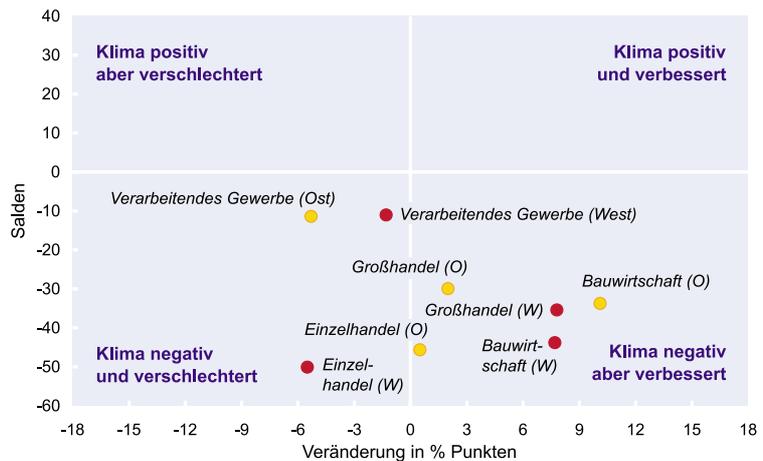
Das Geschäftsklima in der gewerblichen Wirtschaft Westdeutschlands hat sich nach der kontinuierlichen Abwärtsentwicklung in den letzten sieben Monaten im Januar 2003 wieder geringfügig verbessert (Saldowert: – 21,4 Prozentpunkte). Neben den Erwartungen (Saldowert: – 8,8 Prozentpunkte) tendierte diesmal auch die Geschäftslage wieder leicht nach oben (Saldowert: – 33,1 Prozentpunkte). In den neuen Bundesländern hellte sich das Geschäftsklima zum zweiten Mal in Folge (Saldowert: – 25,7 Prozentpunkte) auf. Dies resultiert allerdings nur aus einer erneuten weniger negativen Einschätzung der Geschäftsaussichten (Saldowert: – 22,1 Prozentpunkte), während sich die aktuelle Geschäftslage etwas verschlechterte (Saldowert: – 29,3 Prozentpunkte).

Die geringe Klimabesserung ist keinesfalls als Indiz für eine bevorstehende konjunkturelle Wende zu interpretieren; eine solche lässt sich erst belegen, wenn sich der Indikator nochmals zwei bis drei Monate – deutlich – nach oben entwickelt.

Im verarbeitenden Gewerbe kühlte sich das Geschäftsklima sogar ab, vor allem in Ostdeutschland. Auch im westdeutschen Einzelhandel ergab sich eine Abwärtstendenz. In den übrigen Bereichen tendierte der Indikator – allerdings mit unterschiedlicher Intensität – nach oben (vgl. Abbildung).

An der negativen Beurteilung der Geschäftslage im verarbeitenden Gewerbe Westdeutschlands hat sich nichts Wesentliches verändert. Einer leichten Aufwärtsentwicklung im Vorproduktbereich und im Investitionsgüterbereich stand eine Verschlechterung im Ge- und Verbrauchsgütersektor gegenüber. In den Geschäftserwartungen ist die Zuversicht abgeklungen, wobei sich auch der im Dezember zu beobachtende Optimismus hinsichtlich der Chancen auf den ausländischen Märkten wieder etwas abgeschwächt hat. Die Auftragsreserven galten weiterhin als zu gering, die Fertigwarenlager als überhöht. Dementsprechend zeigten die Produktionspläne wieder leicht nach unten. In den neuen Bundesländern wurden nach der Besserung im Vormonat sowohl die aktuelle Geschäftssituation als auch die Perspektiven wieder ungünstiger bewertet als im Vormonat. Zwar äußerten sich die Firmen nicht mehr ganz so unzufrieden mit ihrer Auftragslage, der Lagerdruck hat jedoch etwas zugenommen. Die Produktion dürfte den Plänen zufolge in den nächsten Monaten etwas eingeschränkt werden. Während im Westen der Grad der Kapazitätsauslastung im Laufe der letzten drei Monate etwas abgenommen hat (83,4%), blieb er im Osten weitgehend unverändert (80,7%, einschl. Nahrungs- und Genussmittelgewerbe). Gewisse Spielräume für Preisheraufsetzungen sahen nur die Unternehmen in den alten Bundesländern, in den neuen rechnete man sogar mit

Geschäftsklima nach Wirtschaftsbereichen im Januar 2003¹⁾



¹⁾ Saisonbereinigte Werte. W=Westdeutschland, O=Ostdeutschland.
Quelle: ifo Konjunkturtest.

einem leichten Rückgang. Den Meldungen zufolge dürfte in beiden Teilen Deutschlands der Personalabbau unvermindert anhalten.

Die Unternehmen des westdeutschen Baugewerbes beurteilten ihre aktuelle Geschäftslage deutlich weniger negativ als im Dezember 2002. Eine Aufhellung der Perspektiven war allerdings nur im Hochbau zu beobachten, und zwar in allen drei Sparten. Im Tiefbau hat dagegen die Skepsis sogar wieder zugenommen. Der Auslastungsgrad der Gerätekapazitäten (57%) hat sich im Durchschnitt geringfügig vermindert und lag somit weiterhin unter dem vergleichbaren Vorjahreswert. Auch die Reichweite der Auftragsbestände (2,3 Monate) war trotz einer leichten Zunahme noch geringer als vor Jahresfrist; dennoch hat die Unzufriedenheit mit der Auftragslage erneut etwas abgenommen. Auch in den neuen Bundesländern fielen die Urteile zu Geschäftslage und -aussichten deutlich weniger negativ aus als im Vormonat. Hier übertrafen die Auftragsreserven mit einer Reichweite von 2,0 Monaten bereits den Wert vom Januar letzten Jahres. Die Geräteauslastung (59%) lag allerdings deutlich unter Vorjahresniveau. Während die Unternehmen in Westdeutschland davon ausgingen, in den nächsten Monaten höhere Preise durchsetzen zu können, dürfte den Meldungen zufolge in den neuen Bundesländern der Preisdruck wieder stärker werden. In Westdeutschland zeichnete sich offenbar auch eine Entspannung der Personalsituation ab.

Die Besserung des Geschäftsklimas im Großhandel in den alten Bundesländern ist sowohl auf eine weniger ungünstige Beurteilung der aktuellen Geschäftslage als auch eine weniger pessimistische Einschätzung der Perspektiven zu-

¹⁾ Die ausführlichen Ergebnisse des ifo Konjunkturtests sowie Unternehmensbefragungen in den anderen EU-Ländern werden in den »ifo Konjunkturperspektiven« veröffentlicht. Die Zeitschrift kann zum Preis von 75,- EUR/Jahr abonniert werden.

rückzuführen. Dies betraf gleichermaßen den Produktionsverbindungshandel und den Konsumgüterbereich (einschl. Nahrungs- und Genussmittelhandel). Die Umsätze lagen aber erneut unter dem vergleichbaren Vorjahresergebnis, die überhöhten Lager konnten nicht weiter abgebaut werden. Dementsprechend sahen die Pläne der Firmen weitere Kürzungen der Bestellvolumina vor. In Ostdeutschland hat der Pessimismus in den Geschäftserwartungen deutlich nachgelassen. Die aktuelle Geschäftslage fiel allerdings auf ein sehr unbefriedigendes Niveau zurück. Ausschlaggebend hierfür dürfte gewesen sein, dass trotz relativ reger Absatztätigkeit der Lagerdruck stark zugenommen hat. Die Orderpläne zeigten vermehrt nach unten. Wie in Westdeutschland rechneten auch die Firmen in Ostdeutschland mit einem deutlichen Anstieg der Verkaufspreise in den nächsten Monaten. Die Zahl der Mitarbeiter wird den Firmenangaben zufolge weiter reduziert werden.

Die Geschäftslage des westdeutschen Einzelhandels verschlechterte sich auf den ungünstigsten Wert der letzten 30 Jahre. Von der Abwärtsentwicklung waren sowohl der Food- als auch der Non-Food-Bereich betroffen. Der ohnehin hohe Lagerdruck hat wegen des offenbar unbefriedigenden Weihnachtsgeschäfts zugenommen. Hinsichtlich der künftigen Geschäftsentwicklung äußerten sich die Unternehmen etwas weniger pessimistisch, ihre Orderpläne kündigten – allerdings abgeschwächt – weitere Einschränkungen an. Die ostdeutschen Einzelhandelsunternehmen beurteilten ihre aktuelle Geschäftssituation wieder deutlich weniger negativ als im Vormonat, obwohl sie die überhöhten Lager nur unwesentlich vermindern konnten. Sie beabsichtigten daher, in den nächsten Monaten die Ordertätigkeit weiter drastisch einzuschränken. Die Geschäftsaussichten insgesamt wurden erneut pessimistisch eingeschätzt, wenngleich nicht mehr so verbreitet wie in den beiden Vormonaten. In beiden Berichtskreisen gingen die Firmen davon aus, dass sie bei den Verkaufspreisen erneut Zugeständnisse machen müssen. Die Zahl der Beschäftigten dürfte im Westen wie im Osten weiter zurückgehen.

ifo Institut für Wirtschaftsforschung

im Internet:

<http://www.ifo.de>

Englisch:

<http://www.cesifo.de/IfolInstitute>

